

Politische Berichte



17. Oktober 1986
Jg. 7 Nr. 21

G 7756 D

Preis:
2,50

WEITER SO, DEUTSCHLAND

**„EIN FREIES UND GEEINTES DEUTSCHLAND -
DAS BLEIBT UNSER NATIONALER UND
EUROPÄISCHER AUFTRAG.“**



CDU/CSU: Die Landtagswahlen in Bayern und die Strategie der Unionsparteien
Seite 4



Asylrecht: Regierungskoalition: Die Grenzen dicht und die Flüchtlinge raus!
Seite 7



Frankreich/Afrika: Militärische Interventionen zur Sicherung weitgespannter neokolonialer Interessen
Seite 12

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

CDU/CSU: Landtagswahlen in Bayern, Strategie der Union..... 4

Schmücker-Prozeß: Zehn Jahre kurzer Prozeß!..... 7

Asylrecht: Regierungskoalition: Grenzen dicht, Flüchtlinge raus!... 7

Neue Heimat: Versicherungskapital will mehr Markt bei Wohnungen 8
Dokumente dazu 9

U. Günther, Justiziar d. Grünen im Bundestag: "Prognostizieren,... daß der Bundeswahlaus-schuß die MLPD nicht zur Wahl zu-lassen wird" 10
Erklärung 11

Auslandsberichterstattung

Frankreich/Afrika: Militärische Interventionen zur Sicherung neokoloniale Interessen 12
USA und WEU zum Tschad-Krieg.. 13

EG: Innenminister bereiten EG-weite Polizeikompetenzen vor.... 13

Visumpflicht für DDR-Transit: Der Kampf um das Asylrecht wird in der BRD entschieden 14

Ägypten: IWF-Auflagen ver-schärfen gesellschaftliches Elend. 14

Iran: Regierungspapole: Hungern für den Sieg 15

USA: Antidrogenkampagne – den Dreh gefunden? 15

Internationale Meldungen..... 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

"Kurdistan Report" zu von Weiz-säckers Türkei-Besuch 18
Interview der "Welt" mit Abs..... 18
"Schwarze Visionen" 18
Zukunft der Arbeitsmedizin..... 19

KPD/GIM: "Vereinigte Soziali-stische Partei (VSP)" gebildet 19
Aufgabenpapier, Bundestagswahl. 20

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten..... 21

Waffenhandel: Hamburger Kaufleute verdienen am Golfkrieg 22

Ausländerwoche: CSU: Aus

Weniger Kinder, mehr Polizei: die Jugendkriminalität steigt

Kürzlich fand in Köln der 20. Deutsche Jugendgerichtstag statt. Die anwesenden Experten aus Wissenschaft, Staatsanwaltschaften, Polizeibehörden und Sozialämtern berichteten aus ihrer Praxis. So sei z.B. aufgefallen, daß im Landkreis Lüchow-Dannenberg seit 1984 die registrierte Kriminalität von Jugendlichen ums Doppelte, die von Kindern sogar um das Zweieinhalb-fache gestiegen sei, zumeist seien die Kinder durch sogenannte Bagatelldelikte polizeiauffällig geworden. Prof. Christian Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen hatte hierfür eine Erklärung: Die Polizeikräfte in diesem Gebiet seien wegen der Aktionen gegen das Kernkraftwerk Brokdorf Anfang der 80er Jahre verstärkt worden. Nachdem dort kaum noch Demonstrationen stattgefunden hätten, sei die Polizei nicht mehr ausgelastet gewesen und hätte sich halt aufs Kinderfangen verlegt. Prof. Horst Schüler-Springorum aus München äußerte die Befürchtung, wegen des Geburtenrückgangs könnten solche Verhältnisse bald allgemein anzutreffen sein. Jugendliche, insbesondere Ausländer, würden stärker kriminalisiert, wenn Justiz und Polizei mehr Zeit hätten, sich um den einzelnen "Klienten" zu kümmern. Als eine Konsequenz forderte er eine "all-mähliche Reduzierung der Überkapazitäten im Jugendstrafvollzug". Lösten solche Bemerkungen Furcht um "Arbeitsplatzvernichtung" bei dem anwesenden Personal aus? Keineswegs. Bundesjustizminister Engelhard hatte bereits zur Eröffnung der Tagung eine Reform des Jugendstrafrechts angekündigt, die den "Erziehungsgedanken" noch weiter stärken solle. Eine solche Reform würde nicht am fehlenden Geld scheitern. Auch ohne die Details erkennt man die Absicht: Der gesellschaftliche Skandal einer wachsenden Zahl von kriminellen Kindern und Jugendlichen wird aus den Statistiken entfernt. Das Heer der Verfolger, Einsperrer und Zurechtbieger erhält freie Hand. Als Erziehungsobjekt des Stockprügels auf der Poli-

zeiwache hätte der beim Herumlungern erwischte Türkenbub keine Rechte geltend zu machen. – (alk)

Anträge zum Gewerkschaftstag

Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier hat am 12. Oktober in Essen begonnen. Es liegen über 300 Anträge vor. Aufgrund der Erfahrungen mit der Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche in den Betrieben und der Tatsache, daß die IG Druck bei Gruner + Jahr die 6-Tage Woche abgesegnet hat, sprechen sich viele Anträge gegen Wochenendarbeit, für den freien Samstag, gegen vermehrte Flexibilisierung aus. Der Antrag des Hauptvorstandes zur Allgemeinen Tarifpolitik nimmt Teile der Forderungen aus den Ortsvereinen und Landesbezirken auf. So soll die 5-Tage-Woche für alle Beschäftigten gelten von Montag bis Freitag, gleichzeitig heißt es: "Wochenendarbeit ist nur in zwin-genden Ausnahmefällen zuzulassen. Eine Ausweitung von Produktionszeiten aus Anlaß der Arbeitszeitverkür-zung ist abzulehnen." Die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung durch die Betriebsräte statt tarifvertraglicher Regelung wird nur in einem Antrag von Hamburg kritisiert. – Im Antrag des Hauptvorstandes zur Medienpoli-tik wird die Notwendigkeit des öffent-lich-rechtlichen Rundfunkmonopols betont, allerdings unter anderem mit der Begründung, kommerzieller Rund-funk sei mit dem verfassungsrechtli-chen Gebot der Meinungspluralität nicht zu vereinbaren, und mit dem be-fürchteten Zeitungssterben, das Ver-lust der Arbeitsplätze zur Folge hät-te. Der Antrag geht nicht über die Forderung nach Trennung von privat-wirtschaftlich strukturierter Presse und öffentlich rechtlichem Rundfunk hinaus. Die Forderung nach Enteignung der Medienkonzerne, wie sie auf dem Gewerkschaftstag 1983 beschlos-sen worden war, wird im Antrag des Hauptvorstandes nicht berücksich-tigt. In einem Antrag von Niedersach-sen wird die Fortsetzung der Diskussi-on über Marktanteilsbeschränkungen, über öffentlich-rechtliche Zeitungen, über genossenschaftliche Modelle ge-fordert. – (hao)

Nachtrag zu den Ergebnissen der ZK-Sitzung vom 13./14.9.

Im Bericht und den Beschlußpunkten "Überprüfung unserer Politik – Fortsetzung der wissenschaftlichen Arbeit und Propaganda im Bereich Industrie und Handel (veröffentlicht in: Politi-sche Nr. 20/86, Seite 34f) wird geän-dert:

a) Letzter Spiegelstrich, 1. Satz, er-setze "den Angestelltenbereich" durch "... im Bereich der werktätigen Intelligenz". Ersetze "Software-Indu-strie" durch "Software-Entwicklung".

b) Am Ende wird folgendes ange-fügt: "Zur 7. o. DK wird ein Bericht über die Diskriminierung der Arbeiter ausländischer Nationalität ausgear-beitet, insbesondere durch Tarife, So-zialversicherungsrecht usw."

Verhindert die Todesurteile gegen die Sechs von Sharpeville (Südafrika/Azania)!



Von der südafrikanischen Justiz zum Tode verurteilt: Theresa Ramashamola, 24; Mojalefa Reginald Sefatsa, 30; Reid Malepe Mokoena, 22; Oupa Moses Diniso, 30; Duma Joshua Khumalo, 26; Francis Don Mokhesi, 28.

Den Sechs wird vorgeworfen, daß sie sich am Kampf gegen die Einführung der sog. neuen Verfassung (1984) beteiligten. Sie sind die ersten, die gemeinschaftlich wegen eines ihnen vorgeworfenen politischen Vergehens angeklagt, für schuldig befunden und verurteilt worden sind. Theresa Ramashamola ist die erste Frau, die für ein politisches Vergehen zum Tode verurteilt wurde. Gegenwärtig warten sie darauf, daß das Regime einen Termin für die Berufungsverhandlungen festsetzt.

Zur Unterstützung der Forderung nach Freilassung der sechs zum Tode verurteilten Azanier finden in mehreren Städten der BRD und in Westberlin Veranstaltungen statt. Frau Joyce Mokhesi, die Schwester des zum Tode verurteilten Francis Don Mokhesi, die ursprünglich sprechen sollte, wurde von der UNO eingeladen, die den Kampf für die Freilassung der Sechs von Sharpeville unterstützt. Sie kommt deshalb nicht in die BRD, forderte aber in einem Telegramm die Solidaritätsbewegung auf:

"Wir rufen dringend zu Spenden auf, damit diese Patrioten, unter ihnen mein Bruder, ausreichend und ordentlich verteidigt werden können. Wir bitten Euch außerdem dringend, die Familien dieser Patrioten finanziell zu unterstützen, die unter der Drohung des Galgens stehen. Wir appellieren an Euch, die Kampagne für ihre Freilassung zu intensivieren und ihr Leben zu retten. Wir sind überzeugt davon, daß ihre Henker die wirklichen Mörder sind."

An ihrer Stelle spricht auf den Veranstaltungen Roy Mduu, der seit einigen Jahrzehnten am azanischen Befreiungskampf teilnimmt und zur Zeit in Großbritannien den Protest gegen die barbarischen Todesurteile mit organisiert.

Veranstaltungen

Do, 16.10. 20.00h. Heilbronn, Wilhelm-Waiblinger-Haus, Schützenstr. 16
Fr, 17.10. 20.00h. Karlsruhe, Dietrich-Bonhöfer-Haus
Sa, 18.10. 20.00h. Konstanz, Im Wintergarten des "Fischkopf"
Mo, 20.10. 20.00h. München, Milbertshofener Bierstüberl
Nietzschestr./Ecke Schopenhauerstr.
Di, 21.10. 20.00h. Schweinfurt, Kulturhaus
Do, 23.10. 20.15h. Braunschweig, Freizeit- und Bildungszentrum, Nimesstr.
Sa, 25.10. 16.30h. Westberlin, Mehringhof, Gneisenastr. 2
Mo, 27.10. 20.00h. Lüneburg, Glockenhaus
Di, 28.10. Elmshorn (Ort und Zeit noch nicht bekannt)
Mi, 29.10. Hamburg (Ort und Zeit noch nicht bekannt)
Do, 30.10. 20.00h. Kiel, Pumpe, Galerie-Raum
Spendenkonto: R. Lötzer, BfG Köln, Nr. 21 54424600 (BLZ 370 101 11)

Christlichkeit noch lange kein Komunalwahlrecht. 22

Sonntagsarbeit: "Schutz der Familie" gegen Sonntagsarbeit? 23

Ritterkreuzträger: Antifaschisten bekämpfen "Ordensgemeinschafts"treffen 23

Nds. Kommunalwahlen: Die Reaktion kann sich weiter festigen – große Koalition wird geübt 24

§ 129a: Zum Umgang der Linken mit "ihren" Gefangenen 25

Krankenhausfinanzierung: CSU gibt Geld, wenn Fünftage-woche kippt 25

Hamburg: Bürgerschaftswahlkampf: Der Ausländerfeindlichkeit bleibt Tür und Tor geöffnet 26
Asylpolitik als Vorbild für Bonn ... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Schwerbehindertengesetz: "Für Arbeitgeber ein Bombengeschäft" 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Analphabetismus: "Einzelschicksale mit ungewöhnlichen Bildungsausfällen" 30

Fernsehen: Apostelgymnasium kein Hort des Widerstandes 30

Farbe Lila: Frauenunterdrückung als rassistischer Vorwurf 30

Polanskis "Piraten": Polemik gegen Piratenfilme und "Panzerkreuzer Potemkin" 31

Adenauer-Stiftung: Europäische Strategien für Süd- und Mittelamerika 31

Linke/Neue Heimat: Gemeinwirtschaft aufgeben wäre falsch! . 32
Stellungnahmen. 33

Spezialberichte

Russ. Revolution 1917-1921: "Alle Macht den Sowjets" und Aufbau des sowjetischen Zentralstaates sind zwei Paar Schuhe. 34
Arbeiterkontrolle und Leitung der Wirtschaft in Revolution und Kriegskommunismus. 36
Die Bündnispolitik der Bolschewiki gegenüber den Bauern. 39

Titelbild: Karikatur, psy. Gö.

CDU/CSU

Die Landtagswahlen in Bayern und die Strategie der Unionsparteien

Nach den Landtagswahlen in Bayern können die Vorstellungen, nach denen die Union/FDP-Regierung durch eine Koalition aus SPD und Grünen abzulösen wäre, wohl endgültig ad acta gelegt werden. Erstens wird sich zeigen, daß die politische Rechte genug Stimmen an die FDP geben wird, um dieser über die fünf Prozent zu helfen. Die Bürgerlichen bilden ein Lager. In diesem Lager gibt es ausreichend Verschiebemöglichkeiten.

Zweitens können die GRÜNEN nicht gewinnen, was die SPD verlieren kann. Die SPD verliert an die Grünen, sie verliert aber vor allem Mobilisierungskraft. Die SPD muß Mobilisierungskraft verlieren, weil sie einen Verrat an ihrer eigenen Tradition begeht. Die SPD war als parlamentarische Kraft erstarkt, als sie das allgemeine Wahlrecht gegenüber dem Klassenwahlrecht des Kaiserreichs einklagte. Heute klagt sie das Wahlrecht für die vielen Millionen Angehörigen der Arbeiterklasse nicht ein, denen es doch vorenthalten wird. Weil die SPD nicht einmal mehr die Forderung nach bürgerlicher Gleichheit aller Arbeiter mit anderen Einwohnern des Landes aufrechterhält, kann sie als Arbeiterpartei nicht mehr mobilisieren.

Drittens hat sich mit den Republikanern eine Situation herausgebildet, die den Strategen der Rechten paßt. Die Republikaner erhielten mit 3% ein Stimmreservoir, das so schnell nicht verschwinden wird. Mit den Republikanern hat die äußerste Rechte einen Weg gefunden, sich respektabel zu

machen. Wesentlich dabei ist, daß die Republikaner eine Rechtsentwicklung anstreben, eingebettet in das Atlantische Bündnis. Ein Erstarken der Republikaner wird, anders als beispielsweise seinerzeit der NPD, keineswegs zu großen Auslandsprotesten führen.

Das Wahlergebnis in Bayern mit seinen insgesamt über fünf Prozent "anderer", sei es aus dem klerikalen, sei es aus dem faschistischen, jedenfalls aber aus einem Bereich rechts von den CSU-Positionen, hat die Situation in der BRD verändert. Im politischen Kampf gegen die Linke kann die Kapitalistenklasse jetzt mit Sturmtruppen rechnen. Nach einer nicht breit erscheinenden Bewegung von Straßenfaschismus von Skin-Head-Rüpel wird jetzt ein reputierlicher Schlips-Faschismus erkennbar, der Ansehen gewinnt und über Geld verfügt.

Diese Bedingung schafft für die Strategie der Unionsparteien glänzende Ausgangspositionen. Sie braucht nicht mehr als Speerspitze arbeiterfeindlicher Politik aufzutreten, sondern kann sich integrierend gebärden.

Das Zukunftsmanifest der CDU
Das Zukunftsmanifest der CDU wird in ernsthaften bürgerlichen Zeitungen als vage bezeichnet. Daraus darf man nicht schließen, daß die politische Bedeutung dieses Manifestes gering sei. Auch das Grundwerteprogramm der frühen siebziger Jahre ist vage gewesen und hat dennoch als Plattform für die Sammlung der jetzigen parlamentarischen Mehrheit genügt.

Die CDU versucht, sich aus dem

Ruch einer konservativen Partei zu befreien, sie stellt an den Beginn ihrer Überlegungen eine Entwicklungsidee. Ihr Ziel sei es, die Welt schrittweise freiheitlicher, gerechter und menschlicher zu machen – trotz Irrtum und Schuld, trotz Mühsal und Rückschlägen. Diese Losung wird weithin als Bekenntnis der Union zum Fortschritt aufgefaßt werden, obschon sie das Gegenteil besagt. Man überlege, was in der Unionspropaganda als unfrei, ungerecht und unmenschlich bezeichnet wird, man beachte den Wirkungskreis, der ja keineswegs auf die BRD konzentriert ist, sondern die ganze Welt bezeichnet. Die Union legt den Grund für eine Mobilisierung zur Beseitigung von X, Y, und Z anderswo.

Die Union nimmt die Auseinandersetzung mit den GRÜNEN an. Die CDU trete dafür ein, in der Forschung und bei der Nutzung der Technik drei ethische Grundforderungen einzuhalten: Wahrung der Menschenwürde, Verantwortung für die Schöpfung und Verantwortung für künftige Generationen. Die meisten Leute werden dies als Bekenntnis der Union zur Mäßigung beim Einsatz von Technologien auffassen, obschon auch hier das Gegenteil bezweckt wird. Die Union schiebt die Frage der politischen Verantwortlichkeit in den Bereich der Ethik ab, nicht dorthin also, wo der Gewählte sich vor dem Wähler verantwortet, sondern dort, wo der Gewählte sich den bohrenden Fragen seines Gewissens stellt und antwortet, was Siemens, MBB oder wer es auch sei ihm eingeblasen hat. Die Auffassung

Kabinettsentwurf zum Strahlenschutzgesetz

Am 30.9.1986 hat das Bundeskabinett den Entwurf des "Gesetz(es) zum Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastung" verabschiedet. Der Bundesumweltminister hat die nach dem Unfall von Tschernobyl von Sozialdemokraten, Liberalen und auch linken Kreisen erhobene Forderung nach besserem staatlichen Katastrophenschutz zu Herzen genommen. Nach der Devise: Was gefährlich ist, bestimmen wir! "... kann der Bundesumweltminister Dosiswerte und Kontaminationswerte durch Rechtsverordnung bestimmen." Die von der NPD vorgebrachte Forderung nach einem "disziplinierenden" Gesetz, das die Autorität des Staates sichert, weiß Wallmann in seinem Entwurf gut aufgehoben: "Gleichzeitig ist es das Ziel des Gesetzes, Verunsicherungen und Befürchtungen durch unterschiedliche

und häufig inkompetente Bewertungen von Strahlenbelastungen dadurch zu vermeiden, daß auf der Grundlage des bestverfügbaren Sachverständigenbündnisses bundeseinheitliche Maßnahmen und Empfehlungen getroffen werden." Im Ergebnis war der nach Tschernobyl gemachte "Kompetenzwettbewerb" offenbar nützlich. – (dif)

Zimmermann macht im Innern mobil

Anläßlich des Wechsels des THW-Direktors hat Innenminister Zimmermann am 27.09.86 in Landshut eine Rede gehalten. Kernpunkte waren: Mobilisierung von Anhang im Technischen Hilfswerk für die weitere Zentralisierung in Sachen Zivil- und Katastrophenschutz beim Bundesinnenministerium (Motto: "Konsequenzen aus Tschernobyl"), Werbung von Personal für das "geplante bundesweite Krisenmanagement". Zimmermann vertritt die Beibehaltung der Freistel-

lungsquote: "Wie für die Bundeswehr gilt es auch für den Zivil- und Katastrophenschutz, den notwendigen Personalbestand ... zu sichern." Sein Rat an THW-Direktor Henkel: "ein hohes Maß an Durchsetzungskraft", um "im Spannungsverhältnis zwischen der gebotenen hierarchischen Struktur einer Bundesbehörde und dem Selbstverständnis einer Helferorganisation" den Interessen des imperialistischen Staates Geltung zu verschaffen! – (mab)

Raus Landesregierung: Volksbegehren unzulässig

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat den Antrag auf ein Volksbegehren zur Verstaatlichung und anschließenden Stilllegung aller Kernenergieanlagen abgelehnt. Die Grünen haben gemeinsam mit Jusos und anderen mehr als 100000 Unterschriften unter den Antrag gesammelt. Die Landesregierung lehnte mit Begrün-

Die Landtagswahlen in Bayern haben das bürgerliche, rechte, halb-faschistische und reaktionäre Lager gestärkt. Die CSU konnte ihre Verluste den äußersten rechten Parteien zu kommen lassen. Die Republikaner erzielten ihre Spitzenergebnisse in Oberbayern. In Altötting, Rosenheim und Traunstein erreichten sie bis über 7%. Aber auch in München formieren sich die Republikaner mit über 34400 Erst- und Zweitstimmen zu einer aggressiven nationalistischen Kraft. Die NPD konnte außerdem ihren Einfluß halten.

Das vorläufige amtliche Endergebnis

BAYERN	Landtag 1986			Landtag 1982		Bundestag 1983
	Erst- u. Zweitstimmen	Prozent	Mandate	Prozent	Mandate	Zweitstimmen in Prozenten
Wahlbeteiligung	11 346 739	70,3	204	78,0	204	87,6
CSU	6 330 206	55,8	128	58,3	133	59,5
SPD	3 117 675	27,5	61	31,9	71	28,9
Grüne	853 335	7,5	15	4,6		4,7
FDP	428 147	3,8	-	3,5		6,2
NPD	58 163	0,5	-	0,6		0,3
BP	71 927	0,6	-	0,5		-
ÖDP	76 548	0,7	-	0,4		0,2
FP	1 373	0,0	-	-		-
CBV	5 579	0,0	-	-		0,2
IWP	1 524	0,0	-	-		-
REP	341 977	3,0	-	-		-
FVP	40 085	0,4	-	-		-
Unabh.	17 762	0,2	-	-		-
BSP	1 587	0,0	-	-		-
HP	851	0,0	-	-		-

von der repräsentativen Demokratie wird vollständig nach rechts, in den Bereich des Repräsentativen verschoben. Die politische Rücksetzung soll aber nicht unentgeltlich geschehen. Die Union verspricht eine Ausweitung der staatlichen Förderung von Grundlagenforschung, also Planstellen.

Die Union sagt, neue Technologien ermöglichen eine Arbeitsgestaltung mit höherer Verantwortlichkeit für den einzelnen. Je mehr ein Unternehmen seinen Mitarbeitern Raum für Kreativität, Eigeninitiative und persönliche Verantwortung ließe, desto größer würde die Identifikation der Arbeitnehmer mit ihrer Arbeit und der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens. Das darf nicht so verstanden werden, als fordere die Union die Erleichterung der Qual industriell organisierter Arbeit ein. Sie sagt ja nicht: Niemand muß ... oder niemand darf

... Nein, es geht nicht um alle, sondern um die einzelnen. Von der Überzahl der Arbeiten, bei denen die sog. Kreativität höchstens ein Störfaktor ist, spricht die Union im ganzen Manifest nicht.

Die Union setzt sich nicht für ein Recht auf lebenslanges Lernen ein, wenn sie mehr Angebote der beruflichen Qualifikation sowie der Weiterbildung und Umschulung in engem Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft ankündigt. Im Begriff des Zusammenwirkens von Staat und Wirtschaft steckt die Ankündigung, ein Ausbeutungssystem einrichten zu wollen, das die Zuweisung unerträglicher Arbeit als objektiv, wegen Versagens in der Ausbildung als unabweisbar usw. rechtfertigen wird.

Die Union liebt die Familie, und wie anders sollen Bürger das deuten als: mit Geld! Wenn die Union aber eine

materielle Besserstellung der Familie – auch alleinerziehender Mütter und Väter – verspricht, so ist ein Strafgehalt für Nichtfortpflanzung in Sicht.

Die CDU wendet sich gegen die Idee der Gleichberechtigung, wenn sie die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Arbeit in der Familie und der Arbeit im Beruf fordert. Sie spekuliert auf die plumpe Interpretation des Vorganges der Geburt und weiß, daß solange die daraus erwachsende Arbeit als Hausarbeit institutionalisiert ist, im großen und ganzen die Frauen diese verrichten werden und an den Herd nicht gefesselt, sondern durch eigenen Wunsch gebunden erscheinen.

Der Mensch brauche Arbeit und Muße, Verstand und Gefühl, Technik und Kultur. Aus dieser Feststellung folgert die Union, es sei die Kultur und besonders auch kleine Kulturgruppen zu fördern. Wer aber die oben genannte Muße nicht hat, wird sich auch nicht in einer kleinen Kulturgruppe betätigen. Besonders eklig ist, daß die Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebes in diesen Zusammenhang gerückt wird, herauskommen wird eine Art Peepshow für Urlauber.

Ein Staat, der sich, wie die Union will, auf seine eigentlichen Aufgaben beschränkt, ist danach jedenfalls ein Staat, der eine Einheit von sozialer Sicherung und Eigenvorsorge erzwingt. Wo also die Eigenvorsorge fehlt, kann auch keine soziale Sicherung verlangt werden. Sie schafft ein Argument, mit dem die öffentliche Hand sogar angesichts offensichtlich Verhungern geschlossenen bleiben kann, ja sogar muß. Da die eigenverantwortliche Sicherung nur im Erwerb von Eigentum bestehen kann, wird auf der anderen Seite diese öffentliche Hand stark gefordert sein, das Eigentum zu schützen. Aber keine Angst: Keiner soll sich in die Nutzlosigkeit gestoßen füh-

dungen ab, die auch gegen jedes weitere Volksbegehren anzuführen sind: Erstens habe der Antrag finanzielle Folgen – das Land müsse Entschädigungen zahlen. Zweitens seien laut Grundgesetz "Umwegenteignungen" unzulässig. – (uld)

Renten: Höhere Abzüge, weniger Invalidenrenten

Am 24. September hat das Bundeskabinett mit der Gesetzesvorlage zur Rentenanpassung eine weitere Erhöhung der sog. Eigenbeteiligung der Rentner an den Krankenkassenbeiträgen beschlossen. Ab Juli 1987 soll der bisher dafür von der Rente abgezogene Anteil von 5,2% um 0,7% auf 5,9% heraufgesetzt werden. Innerhalb von vier Jahren hat die Regierung damit den halben Kassenbeitrag auf die Rentner abgewälzt. Zugleich soll der Arbeitsminister ermächtigt werden, die Höhe der Rentenanpassung Anfang 1987 per Rechtsverordnung festzule-

gen. Zu erwarten sei nach Abzug der erhöhten Krankenversicherung ca. 3%. Wie aus dem Bericht der Bundesregierung hervorgeht, ist im Jahre 1985 der Zugang von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten gegenüber dem Jahr 1984 insgesamt um ein Drittel gesunken: Für Frauen von 173000 auf 86000 und bei Männern von 160000 auf 140000. Dies ist Folge des Haushaltsbegleitgesetzes 1984, das die Zuerkennung von Invalidenrenten von mehrjähriger versicherungspflichtiger Beschäftigung auch unmittelbar vor Eintritt der Invalidität abhängig macht. – (haj)

Funkes Ausländerbericht: "Hierbleiben, arbeiten!"

Liselotte Funke (FDP), Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, hat die Bundesregierung auf steigenden Bedarf der Kapitalisten nach ausländischen Lohnabhängigen aufmerksam gemacht. Vor allem für Beschäftigun-

gen mit viel Nacht- und Schichtarbeit, an den Bändern der Automobilwerke, im Untertagebergbau und im Dienstleistungsbereich sei der Bedarf der Kapitalisten eher steigend, meldet sie in ihrem jetzt veröffentlichten "Bericht zur Ausländerbeschäftigung". Dieser steigende Bedarf ist von der Regierung mit der Lockerung gesetzlicher Schranken gegen Arbeitsbedingungen, die völlig gesunde Leute in wenigen Jahren zum Wrack machen, planmäßig herbeigeführt. Funke's Folgerung: Aus der hohen Arbeitslosigkeit dürfe "nicht der voreilige Schluß gezogen werden, daß künftig auf einen größeren Teil der ausländischen Arbeitnehmer verzichtet werden könnte." Die Ausländerbeauftragte schlägt deshalb u.a. ein uneingeschränktes Nachzugsrecht von Familienangehörigen ausländischer Arbeiter vor. Das soll den steigenden Bedarf der Kapitalisten befriedigen helfen. – (rüf)

CDU-Bundesgeschäftsstelle

Antrag des CDU-Bundesvorstandes
für den 34. Bundesparteitag

**ZUKUNFTSMANIFEST
DER CDU**

Für eine Gesellschaft von morgen:
fortschrittlich und menschlich

Gliederung:

Mut zur Zukunft

Wissenschaft und Technik im Dienste
des Menschen und einer lebenswerten
Umwelt

Forschung und Technologie als Grund-
lagen für wirtschaftlichen Fort-
schritt, neue Arbeitsplätze und sozia-
le Sicherheit

Neue Chancen durch mehr Beschäfti-

gung und mehr Wahlmöglichkeiten
Durch Bildung und Weiterbildung zu
mehr persönlicher und beruflicher
Selbstentfaltung

Die Familie als unverzichtbare Vor-
aussetzung für eine menschliche Ge-
sellschaft

Für eine neue Partnerschaft zwischen
Mann und Frau

Mehr Sinnerfüllung in einer farbigen
Kulturgesellschaft

Für einen Staat, der sich auf seine ei-
gentlichen Aufgaben beschränkt

Ehrenamtliches Engagement, soziale
Initiativen und Selbsthilfegruppen als
Bereicherung des modernen Sozial-
staates

Sicherheit, Geborgenheit und eigen-
ständige Lebensgestaltung im Alter

Für eine Welt, die ein Leben in Frie-
den, Freiheit und Würde ermöglicht

len. Es werden sich schon Zwangsar-
beiten finden.

Die Union reagiert auf die breit
feststellbare Tendenz, soziale Anlie-
gen kollektiv oder wenigstens nicht
einzeln, in Selbsthilfegruppen usw. zu
verfolgen. Sie hat aber keineswegs die
Anerkennung und finanzielle Förde-
rung solcher Initiativen im Auge,
wenn sie sagt, daß neue Formen der
Zusammenarbeit zwischen Staat, Ver-
bänden, Selbsthilfegruppen und dem
einzelnen Bürger nötig seien. Das
zielt auf Staatskontrolle.

Ältere Menschen seien in der Regel
aktive und selbstbewußte Mitbürger,
die ihre Erfahrungen und Kenntnisse
nutzen, erweitern und auch weiterge-
ben wollten. Dies wolle die Union
ideell und materiell unterstützen. An
dieser Charakterisierung des älteren
Menschen sieht man vielleicht am
deutlichsten, auf welche Bevölke-
rungsgruppen das Manifest zielt und

auf welche nicht. Es zielt auf jene, die
nach einem Arbeitsleben im wesentli-
chen nicht verschlissen sind.

Am Ende des Manifestes folgt ein
Bekenntnis zur Einheit und Freiheit
Deutschlands à la nationaler Ver-
pflichtung.

In einer ersten Würdigung des Mani-
festes läßt sich wohl feststellen, daß
dieses ausschließlich auf die grün-al-
ternativen Wählerschichten zielt. Die
industriellen Arbeiter sind überhaupt
nicht gefragt. Das Manifest ist der
Versuch, die grün-alternativen Wäh-
lerschichten aus dem Gegensatz zum
Kapitalismus herauszuholen und ge-
wissermaßen aus dem Studium der grün-al-
ternativen Bewegung erkennbare Äu-
ßerlichkeiten zu berücksichtigen, zu
integrieren. Es ist das Versprechen,
gut zu füttern und die Leine lang zu
lassen.

*

Die Nichtbeachtung der Arbeiter-

bewegung — ihr bleibt im Manifest
buchstäblich nur die Aufgabe zuge-
wiesen, flexible Tarife abzuschließen,
d.h. sich Stück um Stück aufzulösen —
entspricht keineswegs der politischen
Planung der Union für die nächsten
Jahre. In ihrem Entwurf zu einem
Wahlprogramm liest man vielmehr
folgendes: "Durch eine Novellierung
des Betriebsverfassungsgesetzes und
des Bundespersonalvertretungsgeset-
zes sollen die Minderheitenrechte in
den Betrieben und Verwaltungen ver-
stärkt werden ... Wenn Funktionäre
einzelner Gewerkschaften diese vor
den Karren einer Partei spannen, ver-
stoßen sie gegen den unverzichtbaren
Grundsatz parteipolitischer Neutrali-
tät und gefährden damit die Einheits-
gewerkschaft." Die Union stellt die
Weichen für eine Spaltung des DGB.
Absicherung rechter Gruppierungen in
den Betriebsräten ist dazu die Grund-
legung.

Die Bild-Zeitung vom Dienstag, den
16.10., feiert den Wahlerfolg der Re-
publikaner wie noch selten etwas.
Warum? Weil sie eine Kraft sieht, die
ungezügelt und unverantwortlich als
Kampftruppe gegen die Linke ideolo-
gisch, politisch und sonstwie einge-
setzt werden kann. Der Triumph ist so
groß, weil der bayerische Wahlkampf
gezeigt hat, daß die Grünen nicht in
der Lage sind, reaktionäre Trends in
der öffentlichen Meinung zu brechen.
Wahrscheinlich sind die GRÜNEN da-
zu nicht in der Lage, weil sie die Ar-
beiterfeindlichkeit reaktionärer Poli-
tik als Mittelstandspartei nicht rich-
tig erkennen können oder auch nicht
wollen. Daß die linken, revolutionä-
ren, sozialistischen Gruppierungen im
Bayernwahlkampf wegen Nicht-Kan-
didatur auch nicht zur Stelle waren,
hat sich für eine antifaschistische Mo-
bilisierung als hinderlich erwiesen.
— (alk, dil, maf)

**Sprengstoff von syrischer
Botschaft? Gezielte Lüge!**

Am 17. November soll in Westberlin
der Prozeß gegen die zwei Jordanier
Ahmad Hasi und Farouk Salameh be-
ginnen. Ihnen wird vorgeworfen, am
Karfreitag auf die Deutsch-Arabische
Gesellschaft in Kreuzberg einen Bom-
benanschlag verübt zu haben. Damals
waren neun Personen z.T. lebens-
gefährlich verletzt worden. Die An-
klage lautet auf versuchten Mord und
Herbeiführung einer Sprengstoff-
explosion. Ursprünglich war den bei-
den Jordaniern auch der Anschlag auf
die Diskothek La Belle vorgeworfen
worden. Dieser Vorwurf mußte wieder
fallengelassen werden. Auch konnte
die Behauptung von Justiz und
Staatschutz nicht aufrechterhalten
werden, daß der Sprengstoff aus der
syrischen bzw. libyschen Botschaft in
Berlin, Hauptstadt der DDR, stamme.
Der Westberliner Justizsprecher Neu-

haus teilte am 8.10.86 mit, der
Sprengstoff sei im Koffer über die
Transitstrecken nach Westberlin ge-
bracht worden. In Teilen der west-
deutschen Presse (Kölner Stadtan-
zeiger v. 9.10.86) wird daraus freilich
wieder die syrische Botschaft in Ber-
lin, Hauptstadt der DDR, die man im
Transit überhaupt nicht passieren
kann. — (kla)

**IGFM: Unterstützung für
südafrikanische Rassisten**

Am 1. Oktober führte die Internatio-
nale Gesellschaft für Menschenrech-
te, die ihren Sitz in Frankfurt hat,
eine Pressekonferenz durch, um eine
weitere Organisation zu präsentieren,
die gegen die "Verletzung von Men-
schenrechten" in Afrika kämpft —
diesmal in Sambia. Die sambische Re-
gierung erklärt, die Organisation sei
von Südafrika finanziert. Die IGFM
hat bereits die reaktionäre Unita in
Angola und die FMNR in Mosambique

zu Menschenrechtsorganisationen er-
koren, beides Organisationen, die mit
Unterstützung der imperialistischen
Staaten gegen ihre antikolonialen Re-
gierungen kämpfen. Zusätzlich klagte
die IGFM die namibische Befreiungs-
organisation SWAPO an — auch sie
verletze in Flüchtlingslagern "Men-
schenrechte". Die IGFM lanciert
Kampagnen gegen alle Organisationen
und Staaten im südlichen Afrika, die
den Befreiungskampf in Südafrika un-
terstützen. — (uld)

**Reykjavik: Auch Bonn
wollte ein Scheitern**

Nach dem Scheitern des Gipfeltref-
fens zwischen US-Präsident Reagan
und dem sowjetischen Parteichef Gor-
batschow gibt sich die bürgerliche
Presse überrascht und enttäuscht. Of-
fenbar hatte man damit gerechnet,
die Sowjetunion zu Zugeständnissen
zwingen zu können, ohne selber nen-
nenswerte Abstriche an den eigenen

"Schmücker-Prozeß"**Zehn Jahre
kurzer Prozeß!**

Nach insgesamt zehnjähriger Verhandlungsdauer machten die Richter am Westberliner Landgericht in der dritten Auflage des "Schmücker-Verfahrens" am 3. Juli 1986 kurzen Prozeß. Völlig unerwartet und ohne die Angeklagten vorher noch einmal zu Wort kommen zu lassen, verurteilte das Gericht Ilse Schwipper zu lebenslanger Gefängnisstrafe und die vier Mitangeklagten zu mehrjährigen Freiheitsstrafen.

Eine Aktionseinheit aus Strafverteidigervereinigung, AStA, Bürgerkontrollieren die Polizei, Humanistischer Union, Christen für den Sozialismus, BWK, KB, Volksfront, Die Grünen, "Dritte-Welt"-Haus und Bremer Bürgerinitiativen mobilisierte in Bremen für eine Veranstaltung gegen die Verurteilung 300 Teilnehmer. Reiner Elfferding, Anwalt im Schmücker-Prozeß, berichtete ausführlich über den Verlauf des Verfahrens.

Ulrich Schmücker wurde 1974 im Grunewald/Westberlin tot aufgefunden. Er gehörte zur Gruppe "Bewegung 2. Juni", der auch die Angeklagten zugehört haben sollen. Schmücker hatte nach einer Verhaftung Kenntnisse über die Gruppe preisgegeben und andere Mitglieder belastet. Dafür erhielt er selbst eine milde Strafe, arbeitete aber auch weiterhin mit dem Verfassungsschutz zusammen. Sein Tod wurde den Angeklagten als Fememord angelastet. Jürgen Bodeux, der kurze Zeit bei der Wolfsburger Gruppe Bäckerstraße wohnte, belastete die Gruppe mit Aussagen als Kronzeuge der Anklage. Er war der einzige, der seine Verurteilung 1976 akzeptierte

und nach dem Prozeßende aus der Haft entlassen wurde. Die Verteidiger der Angeklagten haben hinlänglich nachweisen können, daß Jürgen Bodeux zumindest nach dem Tod von Ulrich Schmücker ebenfalls Verbindungen zum Verfassungsschutz hatte. Der Nachweis, daß Bodeux bereits vor dem Tod Schmückers für den Verfassungsschutz gearbeitet hatte, gelang deshalb nicht in vollem Umfang, weil den hierfür genannten Zeugen immer wieder "zum Wohle des Landes" eine Aussagegenehmigung nicht erteilt wurde.

Beweisanträge der Verteidigung wurden abgewiesen, Akten verschwanden, wurden manipuliert, gänzlich vernichtet, oder es wurde dem Gericht und der Verteidigung schlicht die Herausgabe und Einsichtnahme verweigert. Zeugen blieben vor der Tür stehen oder wurden erst gar nicht geladen.

Bereits zweimal hat der Bundesgerichtshof die Verurteilung der Angeklagten aufgehoben. Grund für die Aufhebung war immer die Tatsache, daß die Landgerichte die Umstände, die den Aussagen des "Kronzeugen" Bodeux zugrundelagen, nicht ausreichend aufgeklärt hatten. Genau aber die Aussagen des Jürgen Bodeux sind es, auf deren Grundlage die Richter erneut ihr Urteil fällten, als hätten nicht die Verteidiger in den letzten zehn Jahren unermüdlich immer neue Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten des Zeugen aufgedeckt.

Immer wieder ist in diesem Verfahren dokumentiert worden, daß letztlich die Geheimdienste den Ausgang des Verfahrens bestimmen. Sie kontrollieren, welche Informationen dem Gericht und der Verteidigung zugänglich gemacht werden und welche Zeugen aussagen dürfen. Über zwanzig Parallelverfahren vor verschiedenen

Verwaltungsgerichten mit Klagen auf Herausgabe von Aktenmaterial und Erteilung von Aussagegenehmigungen waren nötig, um wenigstens einen Bruchteil der für die Sachaufklärung notwendigen Informationen zu erhalten.

Trotz dieser massiven Eingriffe in das Strafverfahren hat das Berliner Landgericht nun zum dritten Mal eine Verurteilung ausgesprochen. Auf der Bremer Veranstaltung wurde deshalb die sofortige Einstellung des Verfahrens gefordert!

Die siebeneinhalb Jahre Untersuchungshaft haben bei Ilse Schwipper lebensgefährliche Gesundheitsstörungen verursacht, so daß sie seit dem 4.5.82 Haftverschonung hat.

Seit der erneuten Verurteilung betreibt die Staatsanwaltschaft die Aufhebung der Haftverschonung. Durch die ständige Bedrohung, wieder in Isolationshaft zu müssen, ist es nicht möglich, daß sich der Gesundheitszustand bessert. Es besteht die Gefahr, daß Ilse Schwipper so noch vor der Aufhebung des Urteils zu Tode gequält wird. — (job)

Asylrecht**Regierungskoalition: Grenzen
dicht, Flüchtlinge raus!**

Noch in diesem Jahr will die Regierungskoalition die gesetzlichen Mittel schaffen, um Flüchtlinge, die aus Kriegs-, Krisen- und Notgebieten kommen und in der Bundesrepublik Asyl und Schutz suchen, "rechtlich eindeutig" von vornherein zurückweisen bzw. noch schneller ausweisen zu können. Am 22. Oktober führt deshalb der Bundestagsinnenausschuß eine weitere Anhörung darüber durch, wie

Rüstungsprogrammen machen zu müssen. Das ist — vorerst — nicht gelungen. Wie entschlossen die Bundesregierung war, ihren Teil zu einem solchen Ausgang des Gipfels beizutragen, hatte sie kurz vorher unterstrichen. Sie beschloß, ein Stopp oder gar eine teilweise Rücknahme der Stationierung der Mittelstreckenraketen käme nur infrage, wenn die Sowjetunion ihrerseits sowohl Mittelstrecken- als auch Kurzstreckenraketen zu verschrotten bereit sei. Das hätte der NATO klare Überlegenheit bei atomaren Gefechtsfeldwaffen und Mittelstreckenwaffen verschafft und den Druck vor allem auf die kleinen RGW-Länder enorm erhöht. Daß das Bundeskabinett solche Forderungen schon vor Reykjavik offen formulierte, dokumentiert das starke Interesse auch der BRD an einem Scheitern der Verhandlungen. Die BRD will die Mittelstreckenraketen unbedingt behalten. — (rül)



"Die Wenderegierung will Alleinverfügung über Atomwaffen" — eine der Losungen auf der Demonstration der Friedensbewegung am vergangenen Wochenende im Hunsrück. Mehr als 100000 Demonstranten folgten dem Aufruf zu der Protestaktion gegen die geplante Stationierung der Cruise-Missiles-Mittelstreckenraketen. Die Reaktionäre hatten auf eine geringere Beteiligung gehofft. Sie werden ihre Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Friedensbewegung nun steuern. — (rül)

das Asylverfahrens- und das Ausländergesetz zweckdienlich geändert werden können. Thema ist, ob und wie Verkehrsunternehmen als Polizeior-gane des BRD-Staates eingesetzt werden können. Die Verkehrsunternehmen sollen verpflichtet werden, in anderen Staaten die Passagiere zu prüfen: Wen die Lufthansa für verdächtig hält, einen nach in der BRD geltenden Gesetzen unbegründeten Asylantrag stellen zu wollen, den soll sie von der Beförderung ausschließen. Die entsprechende Frage des Innenausschusses lautet: "Welche Verpflichtungen können ... Beförderungsunternehmen auferlegt werden und welche Maßnahmen sollten bei Nichtbeachtung ergriffen werden können, damit die Einreise von ... Ausländern ohne Aufenthaltserlaubnis im Luft-, See- und Landverkehr wirksam bekämpft werden kann?"

Für die Abschiebung der Flüchtlinge, die in die Bundesrepublik gelangen, hat die Konferenz der Innenminister, die am 3.10. tagte, einstimmig – wie der Vorsitzende, der bayerische CSU-Minister Hillermeier betonte – festgelegt: Grundsätzlich können Asylbewerber, deren Antrag abgelehnt worden ist, auch in Kriegsgebiete abgeschoben werden. Die von CDU, CSU und FDP regierten Länder wollen von jetzt an den bisher praktizierten Abschiebestopp aufheben. Hillermeier erläuterte: Die Entscheidung solle davon abhängig gemacht werden, ob der Betroffene größerem Schaden für Leib und Leben ausgesetzt sei als seine Landsleute. Je mehr Menschen durch Krieg, Not und Verfolgung umkommen, desto sicherer werden CDU, CSU und FDP also für die Abschiebung von Flüchtlingen in Kriegsgebiete stimmen. Mehr tot als die anderen wird der "Betroffene" sicher nicht sein. Die SPD-regierten Länder veröffentlichten drei Tage später, sie wollten die Abschiebep Praxis nicht ändern – zumindest vorerst nicht.

Der Beschluß der Innenminister zeigt an, wie die Regierungskoalition die Asyl- und Ausländergesetze geändert sehen will. Die Regierungskoalition schreibt damit fort, was die SPD/FDP-Regierung angefangen hatte. In dem 1982 in Kraft getretenen Asylverfahrensgesetz ist die Genfer Flüchtlingskonvention vom 28.7.1951 als zweite Rechtsgrundlage des Asylrechts – neben dem Grundgesetz, Artikel 16 – beseitigt worden. Der Flüchtlingskommissar der UN kritisierte bei einer Anhörung im Februar 1986: "Angesichts der gegenwärtigen Rechtslage gibt es für die Bestimmung der Flüchtlingseigenschaft nach der Konvention kein Verfahren, geschweige denn, daß ... eine zentrale Behörde bestehen würde, die für die Prüfung der Flüchtlingseigenschaft zuständig wäre."

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 10/3678 – (gba)

Neue Heimat

Versicherungskapital treibt zu mehr Markt in der Wohnungswirtschaft

Die Kampagne gegen die Neue Heimat wurde vom Finanzkapital von Anfang an betrieben, um die bestehenden Schranken hinsichtlich Mieterhöhungen, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, Senkung von Wohnstandards usw. zu beseitigen. Die Neue Heimat steht für Sozialen Wohnungsbau und gemeinnützigen Wohnungsbau statt Profitwirtschaft im Wohnungssektor, für Kostenmiete statt Marktmiete, für solide Wohnstandards statt Luxuswohnungen oder Kellerlöcher. Seit Beginn der Kampagne Anfang der 80er Jahre wurden daher zur Erhöhung der Rendite in der Wohnungswirtschaft eine Reihe von Maßnahmen durchgesetzt bzw. eingeleitet: Mieterhöhungen können auch aus dem eigenen Wohnungsbestand begründet werden, Mietspiegel haben sich an Marktmieten zu orientieren, Staffelmieten wurden zugelassen, im sozialen Wohnungsbau wurden die billigen Mieten angehoben, die Bindungsfristen verkürzt und die Fehlbele-

erstand und Vermietung unter der Kostenmiete waren unvermeidlich, größere Verluste vorprogrammiert.

Wer waren die treibenden Kräfte für diese Politik? Ausgangspunkt dieser Politik war das Interesse des Finanzkapitals, speziell seiner im Immobiliengeschäft tätigen Branchen an einer Anhebung der Rendite im Wohnungs- und Immobiliengeschäft. Das zieht sich wie ein roter Faden durch ihre Publikationen (vgl. Kasten). Speziell die Lebensversicherungen suchen die langfristig sichere Rendite, die besonders die Bodenrente bietet. Sie wird von der Konjunktur wenig berührt, steigt bei zunehmender Bebauung langfristig weiter und wird von der Inflation positiv beeinflusst. Das aber bedeutet, daß selbst ein statistisch geringfügiger Anteil des Immobiliengeschäfts bei solchen Unternehmen eine große Bedeutung hat. Einen noch größeren Stellenwert hat das Hypothekengeschäft, da dies ebenfalls eine langfristig sichere Rendite ver-



Hohe Mieten für "Betonstilos", CDU-Forschungsvorhaben zu den Großsiedlungen soll größere Geschäfte ermöglichen.

gungsabgabe eingeführt, die Beseitigung des gemeinnützigen Wohnungsbaus wurde vorbereitet und die Mindeststandards für den sozialen Wohnungsbau und für die Wohnungswirtschaft wurden weitgehend beseitigt. Wo irgend möglich wird die Neue Heimat als Vorwand für diese reaktionären Maßnahmen zitiert. Dabei ist gerade diese auch von den Sozialdemokraten betriebene Politik die wesentliche Ursache für die Verschuldung der Neuen Heimat: Die Mieten wurden gerade im sozialen Wohnungsbau so hochgetrieben, daß sie für viele angesichts der Lohnsenkungen nicht mehr bezahlbar wurden. Wohnungs-

spricht, aber zusätzlich den Lebensversicherungen die Ausweitung der Versicherungsabschlüsse ermöglicht. So wurde von den 15,8 Mio. Wohnungen, die seit 1950 in der BRD gebaut wurden, 3,1 Mio. von den Versicherungen gebaut oder finanziert, also jede fünfte Wohnung. Außerdem ist das Hypothekengeschäft der Versicherungen bei Erwerb von Wohneigentum aus dem Bestand hinzuzurechnen, das mit dem Rückgang des Neubaus ein immer größeres Gewicht erhält.

1984 hatten die Lebensversicherungen 22 Mrd. DM bzw. 8,5% (1970: 7 Mrd. DM, 12,9%) ihres Vermögens im

Versicherungswirtschaft und Wohnungsbau

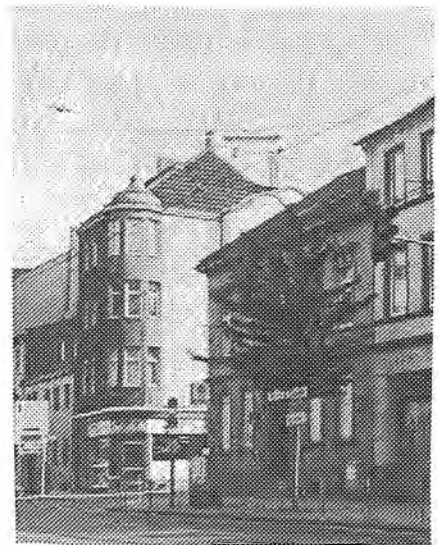
1. Auszug aus der Zeitschrift "Versicherungswirtschaft" vom 15.8.81: "Es gibt Wohnungen gleichen Wohnwerts zu außerordentlich unterschiedlichen Preisen ... Zudem drücken die stark subventionierten Mieten im sozialen Wohnungsbau das erreichbare Mietenniveau im freifinanzierten Wohnungsbau ... Die Subventionierung der Wohnungswirtschaft wird oft damit begründet, daß es sich bei der Wohnung um ein Grundbedürfnis handle, das verbilligt befriedigt werden müsse. Dies Argument erscheint nicht recht beweiskräftig, da z.B. auch Nahrungsmittel zu diesen Primärbedürfnissen gehören, ohne daß man sie subventioniert ... Etliche Länder haben im Bundesrat eigene Gesetzentwürfe eingebracht, durch die steuerliche Vergünstigungen zur Belegung des privaten Wohnungsbaues, eine Fortentwicklung des geltenden Mietrechts und die Beseitigung von Fehlentwicklungen im sozialen Wohnungsbau erreicht werden sollen. Während die Regierung in gewissem Umfang staatliche Eingriffe weiterhin für erforderlich hält, wollen CDU/CSU-regierte Länder den Kräften des freien Marktes mehr Chancen einräumen, damit die Zerteilung in einen Markt für Kostenmieten und einen solchen für Vergleichsmieten langsam verschwindet. Die Verbände der Wohnungswirtschaft setzen sich mittlerweile gleichfalls für mehr marktwirtschaftliche Elemente ein. Die Überführung des Wohnungswesens in den Markt dürfte angesichts des verzweigten Sündenregisters allerdings nur mit Hilfe langjähriger Über-

gangsphasen vollziehbar sein ... Mehr Markt würde z.B. heißen, daß sich die Lebensversicherungen, die 1981 etwa 30 Mrd. DM anlegen, stärker auf diesem Sektor engagierten. Sie haben ständig Anlagebedarf und beteiligen sich am Mietwohnungsbau, solange wenigstens auf mittlere Sicht eine angemessene Rendite für die Versicherten herauskommt."

2. Auszug aus dem Interview der Zeitschrift "Versicherungswirtschaft" (VW) mit Bundesbauminister Schneider (S) (CSU), in "Versicherungswirtschaft" vom 1.2.1983:

VW: "Die Assekuranz hatte sich ... vor einer Reihe von Jahren deutlich aus dem Sektor zurückziehen müssen, weil nicht mehr jene Renditen zu erwirtschaften waren, die man letztlich im Interesse der Versicherten benötigte. Andererseits hat sie wiederholt die Bereitschaft zur Rückkehr in diesen Anlagenbereich signalisiert, falls veränderte Rahmenbedingungen ... einen Neubeginn rechtfertigen würden ... Auch heute noch wird in der Bundesrepublik Deutschland jede vierte Wohnung mit Geldern der Versicherungswirtschaft errichtet ... Die Objektförderung – nicht nur im Sozialen Wohnungsbau – gilt als ineffizient und hat zudem negative Auswirkungen auf den gesamten Wohnungsmarkt."

S: "... auch unter gesamtwirtschaftlichen und ordnungspolitischen Gesichtspunkten ist der freifinanzierte Wohnungsbau wieder zu stärken. Die Beschlüsse zum Mietrecht sollen dementsprechend die Rahmenbedingungen für Investoren im freifinanzierten Mietwohnungsbau verbessern ... Die Versicherungswirtschaft hat sich in allen zurückliegenden Jahren an der



Finanzierung des Wohnungsbaus durch die Hergabe von Hypotheken insbesondere an Bauherren von Ein- und Zweifamilienhäusern beteiligt. Die Bereitstellung von Hypotheken ist dabei in der Regel mit dem Abschluß eines Lebensversicherungsvertrags verbunden ... Die beschlossenen Änderungen zum Mietrecht räumen die auch von der Lebensversicherungswirtschaft häufig genannten 'Investitionshemmnisse' aus ... Die Mietanpassungsmöglichkeiten im Wohnungsbestand sind vor allem für institutionelle Anleger von großem Gewicht ... allerdings ist ... ein deutlicher Akzent im 2. Förderungsweg (Objektförderung im Sozialen Wohnungsbau, d. V.) gesetzt worden. Die Art der Förderung (degressive Aufwendungszuschüsse) ist hier bewußt auf die Gegebenheiten der Lebensversicherungsunternehmen zugeschnitten worden."

Grundstücksgeschäft (Wohnungsbau, Gewerbebau, Grunderwerb) angelegt und 55 Mrd. DM bzw. 21% (1970 15 Mrd. DM, 27%) in Hypotheken. Beide Anlageformen sind, wie ersichtlich, absolut expandiert, nur der Anteil am Gesamtvermögen ist rückläufig. Dafür ist die Anlage in Schuldscheinforderungen, die an Gebietskörperschaften, Industrie und Kreditinstitute auf Gebäude, Grundstücke und Maschinen ausgegeben werden, relativ von 34% auf 42% gestiegen. Der Grund für diese Entwicklung: starker Anlagedruck bei den Versicherungen auf Grund ihrer enormen Expansion. Die Versicherungswirtschaft ist enorm expansiv. "Die wachsenden Risiken, die der rasche ökonomische, soziale und technologische Wandel mit sich bringt, erfordern einen entsprechenden Ausbau der Risikoversicherung. So sind denn auch in der Vergangenheit die Beitragseinnahmen der Versicherungswirtschaft stets deutlich schneller als die verfügbaren

Einkommen und die gesamtwirtschaftliche Produktionsleistung gestiegen." (Jahrbuch des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. 1985, S. 11) Daher ist besonders bei den Lebensversicherern ein starker Anlagedruck vorhanden. Gleichzeitig fordern die Industriekapitalisten eine Verbesserung ihrer Eigenkapitalausstattung durch das verstärkte Engagement der Versicherungswirtschaft in ihrem Bereich. Diesem Anliegen will das Versicherungskapital durchaus nachkommen. (vgl. Jahrbuch ... ebd.) Es erhöhen sich damit jedoch auch die Risiken vor allem im wachsenden Auslandsgeschäft. D.h. die sichereren Anlagen in der Wohnungswirtschaft gewinnen dadurch auch bei geringem Anteil noch mehr an Bedeutung. Sie sollen die Expansion des westdeutschen Kapitals absichern.

Durch die in den letzten Jahren beschlossenen Maßnahmen z.B. zur Er-

höhung der Mieten wurde auch für den Wohnungsbestand der Lebensversicherungen sicherlich eine ordentliche Rendite erreicht. Gleichzeitig steigt aber mit der Miete auch der Druck auf die Lohnabhängigen, sich Wohnungseigentum anzulegen, insbesondere bei den gehobenen Einkommen, auf die die steuerliche Förderung zugeschnitten ist. Damit steigen aber auch die Hypothekengeschäfte der Banken und Lebensversicherungen. Daher bewirkt die Erhöhung der Rendite im Mietwohnungsbau auch wachsendes Hypothekengeschäft, welches für das Kapital im Immobiliengeschäft den wichtigsten Zins darstellt. Insofern kommt den o.g. Maßnahmen zur Erhöhung der Rendite im Mietwohnungsbau eine Schlüsselrolle zu, um den Interessen des Finanzkapitals im gesamten Wohnungssektor gerecht zu werden, auch bezüglich der Ausweitung des Hypothekengeschäftes, sprich Ausweitung des Wohneigentums. – (jeb)

Interview mit U. Günther, Justiziar d. Grünen im Bundestag

"Prognostizieren, ... daß der Wahlausschuß die MLPD nicht zur Wahl zulassen wird"

Frage: Was sind – im gesetzlichen Rahmen und aus Sicht der Grünen – Aufgaben und Kriterien für eine Partei? Welchen Stellenwert hat dabei die Satzung einer Partei?

Antwort: Ich denke, daß es gemäß dem Grundgesetz für eine Partei ausreichend ist, wenn die Partei einfach ganz formale Eigenschaften einschließt, was heißt, sie ist eine Mitgliedsorganisation, die auf politische Verhältnisse Einwirkung nehmen will. Das ist meines Erachtens als formelles Erfordernis ausreichend.

Frage: Welche Bedingungen sind mit der Zulassung einer politischen Organisation zu den Bundestagswahlen verbunden? Welche Rolle spielt dabei eine Satzung für die Zulassung, und welchen Einfluß hat eine bisher ausgeübte Parteieigenschaft für diese Zulassung?

Antwort: Die Frage kann man eigentlich so gar nicht beantworten. Meiner Einschätzung nach ist es so, daß in der Vergangenheit alle formellen Erfordernisse wie auch eben die Frage der Satzung immer im Zusammenhang gesehen wurden, jedenfalls politisch, mit den jeweiligen Stärkeverhältnissen der Parteien, und da ist es einfach so, daß kleinere Gruppierungen sehr viel größere politische Schwierigkeiten bekommen haben und haben werden wie größere Parteien. Bei größeren Parteien wird man denen keine juristischen Hindernisse in den Weg legen. Das hat eben auch letztlich dazu geführt, daß zum Beispiel die Schwierigkeiten, die den Grünen gemacht worden sind, schon abgenommen haben.

Frage: Der Bundeswahlleiter stellt Mindestforderungen an die Satzung der MLPD und hat die Parteiunterlagen deshalb nicht in seine Parteisammlung aufgenommen. Was meint die Grünen und deren Vertreter im Bundeswahlausschuß zu dieser Willkür?

Antwort: Bei dem Begriff Willkür tue ich mich schon etwas schwer. Jetzt einfach mal als Faktum, es gab Praktiken und wird Praktiken geben, die darauf hinauslaufen, Kleinere zu diskriminieren. Das halte ich nicht für gut, aber ich muß das einfach mal als Faktum zur Kenntnis nehmen, um das bewerten zu können. Insofern sehe ich im Begriff Willkür ein Element, das suggeriert, daß so was einzigartig ist, während ich da Kontinuitäten sehe. Vom Ergebnis ist klar, der Bundes-

wahlleiter sollte sich an relativ wenige formelle Erfordernisse halten und nicht die Masse, wie das in den Schriftsätzen geltend gemacht wird.

Frage: Das Hessische Verwaltungsgericht hat die Satzung der MLPD als "unbeachtlichen Satzungsentwurf" beurteilt. Welche Bedeutung hat diese Entscheidung für den Bundeswahlausschuß?

Antwort: Im Ergebnis ist damit mit ziemlicher Sicherheit zu prognostizieren, daß der Bundeswahlausschuß die MLPD nicht für die Wahl zulassen wird. Auch das ist jetzt keine Bewertung, sondern nur eine Prognose, was sich tun wird.

Frage: Die MLPD hatte schon an Kommunal- und Landtagswahlen teilgenommen. Ist insofern die Parteieigenschaft geklärt?

Antwort: Nein, das kann man nicht sagen, weil im Grunde genommen, rein juristisch, muß der Bundeswahlleiter die Voraussetzungen für sich prüfen, und das wird sicherlich nicht präjudiziert im juristischen Sinne durch Entscheidungen anderer. Insofern ist es korrekt, wenn er selbst prüft.

Frage: Der Wahlausschuß hat schon öfter wegen Formfehlern Parteien nicht zugelassen, z.B. nach dem Protokoll von 1983. Meistens fehlten die nötigen drei Vorstandsunterschriften. Wissen die Grünen, ob der Wahlausschuß wegen der Satzung eine Partei schon einmal zu den Wahlen nicht zugelassen hat?

Antwort: Ich kann das einfach nicht sagen. Ich hab zwar Vorstellungen, aber genau weiß ich das nicht.

Frage: Kannst du vielleicht sonst etwas zu anderen Arten von Behinderungen, die über den Weg des Wahlausschusses gelaufen sind, sagen?

Antwort: Es gibt Informationen, die immer so tradiert sind, und insofern tue ich mich da schwer, das als gesicherte Information weiterzugeben.

Frage: Neben der Beeinträchtigung elementarer demokratischer Rechte erhalten faschistische Kräfte durch Regierungs- und Behördenpolitik immer mehr Spielraum. Sollten die Grünen nicht gegen die Zulassung von faschistischen Parteien wie der NPD oder der FAP stimmen?

Antwort: Die Antwort, die die Frage-

stellung suggeriert, die teile ich überhaupt nicht. Der Bundeswahlleiter muß ganz bestimmte, ganz wenige formale Kompetenzen, also Überprüfungs Kompetenzen haben, und das gilt eben auch gegenüber Organisationen, die nach politischen Kriterien als faschistisch zu bezeichnen sind – ich will da jetzt gar nicht im einzelnen darüber reden – oder die man als faschistisch bezeichnen könnte. Ich denke, das Grundgesetz hat zu Recht vorgesehen, daß in Artikel 21 ein ganz bestimmtes Verfahren läuft, wie man Parteien verbietet, und diese Bestimmung ist auch in dem Sinne zu verstehen, daß Parteien nur ausnahmsweise und durch ein besonderes Verfahren verboten werden. Ich bin dafür, daß das eben umfassend gilt, und daß man in dem Sinne gerade dem Bundeswahlleiter keine materielle Prüfungskompetenz zuspricht.

Frage: Erstmals gibt es ein hessisches Verwaltungsgerichtsurteil zur NPD, wo zum ersten Mal ein Richter sagt, Artikel 139 des Grundgesetzes wäre eine Vorschrift, die verpflichten würde, solche Parteien nicht zuzulassen. Das war juristisch umstritten. Die meisten Juristen sagen, Artikel 139 sei obsolet. In den beiden Urteilen vom September letzten und Januar diesen Jahres wird zum ersten Mal auch juristisch behauptet, der Artikel 139 sei nicht obsolet. Und wenn es nach dem Artikel 139 geht, wäre der Bundeswahlleiter rein formal nicht berechtigt, eine faschistische Partei zuzulassen. Es geht jetzt gar nicht um Verbot, es geht um eine Ausnahmebestimmung für faschistische Organisationen.

Antwort: Also Artikel 139 Grundgesetz ist eine Ausnahmebestimmung, die im wesentlichen ja heißt, die Bestimmungen des Grundgesetzes gelten nicht für Verbote, die von den Alliierten verhängt worden sind. Und nach meinen Vorstellungen ist es so, daß gewissermaßen die Ausnahme im Grundgesetz die Ausnahme bleiben muß. Meine Vorstellung ist auch, daß man das nur zeitlich eng verstehen kann, wenn man nicht in den Normalzustand der Verfassung einen beständigen Ausnahmezustand reinziehen will. Das will ich nicht, aus grundsätzlichen Demokratie-Erwägungen, weil ich denke, jede Gesellschaft, die im Normalzustand den Ausnahmezustand institutionalisiert, die schafft den Ausnahmezustand. Deswegen akzeptiere ich die Interpretation des 139 in dem Sinne nicht, wobei ich auch zugebe, insofern, gerade in diesem Punkt, spreche ich für mich, da gibt es auch innerhalb der Grünen unterschiedliche Standpunkte.

Frage: Zurück zur Entscheidung des Bundeswahlleiters gegen die MLPD und zur anstehenden Entscheidung des

Bundeswahlausschusses. Werden die Grünen für die Zulassung der MLPD im Wahlausschuß stimmen? Was meint ihr, wie werden die anderen Bundestagsparteien die Auseinandersetzung beurteilen? Werden CDU/CSU und FDP, die den Bundeswahlleiter benannt haben, nicht dessen Praktiken verteidigen?

Antwort: Also die Grünen werden dafür stimmen, daß die MLPD zugelassen wird. Sie werden wahrscheinlich die einzigen sein, die das so tun werden. Es ist für mich völlig klar, daß die anderen Parteien aufgrund der bisherigen Erfahrungen dagegen stimmen werden, und es ist für mich aufgrund dieser Erfahrungen auch klar, daß die MLPD, wenn sich da nicht irgendwas Bahnbrechendes tut, nicht zugelassen werden wird.

Frage: Was wollen die Grünen, die auch schon oft wegen ihrer Satzung behindert wurden, dagegen unternehmen, daß sich der Bundeswahlleiter immer mehr zu einer Parteikontrollinstanz aufschwingen will?

Antwort: Das Problem ist in der Frage, glaube ich, falsch gestellt. Das Problem ist, daß es solche Probleme immer gegeben hat. Auch in der juristischen Literatur wird eigentlich beständig seit 30 Jahren ventiliert, nach Möglichkeiten unterhalb der Ebene eines generellen Verbots, wie man mit bestimmten Gruppierungen umgehen kann. Das ist also kein neues Problem. Ich sehe auch nicht, daß insofern dem Bundeswahlleiter neue Kompetenzen zugewilligt worden sind in letzter Zeit. Ich denke vielmehr, das ist ein Problem, das so in der Rechtskultur eigentlich schon lange verankert ist und wo es Praktiken gibt, die dem entsprechen. Wobei es dann natürlich auch so ist: ob man solche Praktiken mehr oder minder juristisch anwendet oder mehr politisch, das ist auch eine Frage der politischen Opportunität derjenigen, die diese Entscheidungen treffen. Das war und ist so. Was in der Frage noch drinsteckt, das haben wir ja vorhin schon des längeren diskutiert: Also ich sehe in der Frage der Nichtzulassung der MLPD keine politisch grundsätzliche Frage, sondern ich denke, daß es Sache der MLPD wäre, ihre Satzung zu ändern, und wenn sie die Satzung ändert in dem Sinne, daß den formellen Erfordernissen Genüge getan wird und sie dann nicht zugelassen wird, erst dann würde ich sehen, daß das ein Politikum ist. So kann ich das zunächst mal noch nicht sehen, jedenfalls im Augenblick sehe ich's nicht.

Frage: Das heißt, du siehst also jetzt keinen Zusammenhang zwischen dieser Maßnahme und den Versuchen, gegenwärtig fortschrittlichen Organisationen und Parteien auch im Vorfeld

faktischer Entscheidungen die Parteieigenschaft abzuverkennen?

Antwort: Ich sehe den Zusammenhang schon, nur sehe ich nicht, daß das aktuell sich um einen Deut gegenüber der Situation vor zehn oder vor zwanzig Jahren geändert hat. Im Gegenteil, ich denke, daß vor 30 Jahren die Repressionen erheblich stärker gewesen sind.

Frage: Hat es einen Sinn, wenn die MLPD sich vorzeitig an den Bundeswahlausschuß wendet?

Antwort: Sehe ich nicht. Ich sehe lediglich, daß da ein bürokratischer

Mehraufwand getrieben wird. Politisch muß die MLPD für sich entscheiden die zwei Alternativen, die da sind, nämlich erstens die Satzung nicht zu ändern, und dann heißt das ganz klar, sie wird nicht zu den Wahlen zugelassen, und dann kann sie das entsprechend ihren Kräfteverhältnissen zum Politikum machen, was aber, denke ich, kaum gelingen wird. Die zweite Alternative ist, die Satzung zu ändern, dann müßte man die neue Entscheidung abwarten, und dann müßte man mit der Entscheidung irgendwie neu reden. Aber die beiden Alternativen stellen sich nur, und andere gibt es da nicht.

Erklärung

Das oben dokumentierte Gespräch mit Uwe Günther, Justiziar der GRÜNEN im Bundestag, kam auf Wunsch der Politischen Berichte zu Stande. Die GRÜNEN sind als im Bundestag vertretene Partei auch im Bundeswahlausschuß vertreten. Dort wird am 28.11.86 über die Zulassung von bislang nicht im Bundestag vertretenen Parteien zu den Bundestagswahlen und mithin auch über die Zulassung der MLPD entschieden. Ein Gespräch mit Vertretern der MLPD, um das wir uns ebenfalls bemüht hatten, wurde uns vom Vorstand der MLPD rundweg abgelehnt. So müssen wir uns an die Informationen halten, die wir aus der Roten Fahne der MLPD sowie jeweils von uns von der MLPD angeforderten Dokumenten entnehmen können. Nach unserem Eindruck hat sich etwa folgendes abgespielt:

Bereits im Januar erledigt die MLPD die durch das Parteiengesetz vorgeschriebene Wahlanzeige. Der Bundeswahlleiter macht im Februar die MLPD darauf aufmerksam, daß ihr Statut den gesetzlichen Mindestanforderungen nicht entspricht. Die MLPD versucht daraufhin im Februar, gleichwohl eine Aufnahme in die laut Parteiengesetz beim Bundeswahlleiter zu führende Sammlung von Parteiunterlagen zu erreichen. Der Bundeswahlleiter lehnt ab. Die MLPD geht vor Gericht. Ihr Hauptargument ist: Dem Bundeswahlleiter steht kein Recht zur inhaltlichen Prüfung der Parteiunterlagen zu. Die MLPD verliert schließlich vor dem hessischen Verwaltungsgerichtshof. Hauptargument des Gerichtes: Das Statut der MLPD enthalte "... nach den insoweit zutreffenden und auch von der Antragstellerin im einzelnen nicht beanstandeten Feststellungen ... zur mehreren den Mindestinhalt einer Satzung im Sinne von § 6 Abs. 2 Parteiengesetz ausmachenden Punkten überhaupt keine Bestimmungen". Es handle sich um einen rechtlich unbeachtlichen Satzungsentwurf, der nicht in die Sammlung aufgenommen werden müsse. Einer Entscheidung des Bundeswahlausschusses über eine Zulassung der MLPD zu den Wahlen sei dadurch aber nicht vorgegriffen.

Die MLPD rechnet mit der Möglichkeit, bei diesem Sachstand nicht zugelassen zu werden. Der Justiziar der Grünen hält das sogar für hochwahrscheinlich. So ist wohl nicht auszuschließen, daß es der Behörde, unseres Wissens seit langem erstmals bei Bundestagswahlen, gelingt, eine linke Kandidatur zu unterbinden. Konkret sogar, ohne die Inhalte dieser Kandidatur überhaupt erwähnen zu müssen, obwohl im Endeffekt die gesamte sozialistische Propaganda ein Stück weiter illegalisiert würde. Die MLPD aber verteidigt ihr Statut nicht konkret. Die Rote Fahne erklärt lediglich, Entscheidungen über das Statut könnten nur die Mitglieder der MLPD fällen. Ganz recht, genau genommen 2/3 der Delegierten des Parteitages der MLPD. Weil die MLPD mit uns nicht spricht, müssen wir Vermutungen anstellen. Entweder war dem Parteitag der MLPD, als der die Kandidatur beschloß, bewußt, daß erhebliche Schwierigkeiten mit dem Statut zu erwarten waren. Dann hätte er begründen müssen, daß er den Wahlkampf ganz wesentlich zur Durchsetzung des Statutes der MLPD geführt wissen will. Oder das Problem war bei Beschlußfassung über die Kandidatur nicht klar. Dann allerdings wäre es wohl richtig, die Abwägung auf einem Parteitag nachzuholen, der allein ja auch über das Statut entscheiden kann. Mit anderen Worten: Wenn die MLPD diese Auseinandersetzung gesucht hat, dann fragen wir nach der Begründung dafür, uns ist nichts bekannt. Wenn die MLPD jedoch in diese Konfrontation hineingeraten ist, was wir eher glauben, so erwarten wir, daß sie einen Parteitag einberuft, um sich aus einer dann ja auch für sie sinnlosen und ungewollten Auseinandersetzung wieder herauszuarbeiten.

Politische Berichte, Herausgeberkonferenz

Frankreich-Afrika

Militärische Interventionen zur Sicherung weitgespannter neokolonialer Interessen

Ende September hat Frankreich 150 Fallschirmjäger sowie vier Jagdbomber vom Typ "Jaguar" nach Togo entsendet. Desweiteren hat ein französisches Minensuchboot im Hafen der Hauptstadt Lomé angelegt. Die französischen Truppen haben sofort die wichtigsten Punkte in Lomé eingenommen: Präsidentenpalast, Flughafen, nationale Rundfunk- und Fernsehstation. Die ganze Aktion fand statt aufgrund eines "Hilfesuchs" des Präsidenten Eyadéma gegen einen angeblichen Putschversuch, für den Eyadéma zunächst Ghana, jetzt auch Burkina Faso verantwortlich macht. Beide Staaten bestreiten die Urheber-schaft der stattgefundenen Aufstände in Lomé. Neben den französischen Truppen marschierten außerdem 350 Soldaten aus Zaire auf, die USA schickten fünf Experten des "antiterroristischen Kampfes" nach Togo. Was ist nun der Hintergrund für diese Ereignisse? Togo, bis 1960 französische Kolonie, wird seit 1963 vom Diktator Eyadéma regiert, der nach einem Staatsstreich, bei dem der damalige Präsident Sylvanus Olympio ermordet wurde, an die Macht kam. Olympius wollte sich aus der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Umklammerung Frankreichs lösen und sich der BRD und den USA zuwenden. Frankreich hatte vermutlich, wenn auch nicht nachweisbar, die Hände mit im Spiel beim Sturz Olympios. Neben der strategischen Bedeutung innerhalb der frankophonen afrikanischen Staaten ist Togo wichtig als Phosphatlieferant Frankreichs. 1963 schloß Eyadéma einen Verteidigungsvertrag mit Frankreich, der militärische Interventionen Frankreichs im Falle einer "äußeren Bedrohung" Togos vorsieht. Diesen Vertrag machte der französische Staatspräsident Mitterrand jetzt zur Grundlage der Entsendung von Truppen, obwohl sich abzuzeichnen scheint, daß kein "äußerer Aggressor" zu finden ist, sondern der Widerstand der Togolesen selbst gegen die Diktatur Eyadémas zu den Aufständen geführt hat. Bereits seit einem Jahr mehrten sich die Attentatsversuche gegen Eyadéma und immer wurde Ghana und Libyen die Urheber-schaft vorgeworfen. Die jetzt beschuldigten Länder Ghana und Burkina Faso waren übrigens die einzigen der frankophonen afrikanischen Staaten, die die Militäraktion Frankreichs gegen den Tschad verurteilten. In Paris haben die Organisationen "Mouvement togolais pour la démocratie" und "Front démocratique pour la libération du Togo" die Militärintervention Frankreichs verurteilt.

Die Liste der Militärinterventionen Frankreichs in Afrika ist lang. Eines der gravierendsten Beispiele ist das Vorgehen im Tschad, in dem Frankreich bereits mehrfach, in den Jahren 1960/63, 1968, 1975, 1977/80, intervenierte, bevor es 1983 zum massivsten französischen Militäraufgebot seit dem Algerienkrieg kam. Zwischen dem Tschad und Frankreich gibt es ebenfalls Verträge für Verteidigung und militärische Zusammenarbeit, die ein schnelles Eingreifen Frankreichs ermöglichen. Bis 1982 war Goukoni Oueddei Präsident der Regierung der Nationalen Einheit (GUNT) des Tschad. Er verfolgte eine Politik der Einheit der Stämme und der Loslösung von Frankreich. 1981 schloß er einen Freundschaftsvertrag mit Libyen, der Zusammenarbeit in allen Bereichen vorsah. Oueddei wurde 1982 von seinem Verteidigungsminister Habré gestürzt, der seitdem Ministerpräsident ist. 1983 versuchte Oueddei mit Unterstützung Libyens in bewaffneten Kämpfen die Macht wiederzugewinnen. Sowohl Frankreich als auch die USA unterstützten Habré mit

te vorerst mit dem Vertrag zwischen Libyen und Frankreich über den Rückzug der jeweiligen Truppen aus dem Tschad. Ein erheblicher Teil der französischen Truppen zog sich in den Nachbarstaat Zentralafrikanische Republik zurück, die Anzahl der französischen Militärberater im Tschad wurde erhöht.

Ausweitung der Einfluß-sphäre Frankreichs

In den letzten 25 Jahren führten die französischen Imperialisten 16 militärische Interventionen in Afrika durch, so viele wie kein anderes imperialistisches Land. In den frühen 60er Jahren, als eine Vielzahl ehemaliger französischer Kolonien unabhängig wurde, galten die Interventionen hauptsächlich der Niederschlagung von Aufständen und Befreiungsorganisationen gegen die von Frankreich unterstützten Regierungen in seinen ehemaligen Kolonien, wie z.B. 1959-64 in Kamerun, 1960/62 im Kongo, 1960/62/64 in Gabun usw. In den 70er Jahre unter der Präsidentschaft Giscard d'Estaings setzten die französischen Imperialisten ihre Truppen z.B. im Tschad, in Mauretanien 1977-78, in Djibouti 1976-77, in Zaire 1977 und 1978, zusammen mit belgischen Truppen zur Unterdrückung der Aufstände in Shaba und 1979 in der Zentralafrikanischen Republik ein. Die Operationsge-



Französische Militärintervention mit 3000 Soldaten und schwerem Militärgerät im Juni 1983 im Tschad

massiven Waffenlieferungen, Frankreich verstärkte seine Truppen, die USA finanzierten 2000 Soldaten aus Zaire. In den Konkurrenzkampf zwischen Frankreich und den USA und den damals schon massiven imperialistischen Drohungen gegen Libyen mischte sich die EG mit ein. Schon 1981 verabschiedete sie eine Resolution, in der sie Libyen die Invasion in den Tschad vorwarf und der damaligen Regierung Oueddei mit Wirtschaftssanktionen drohte. Die Auseinandersetzung ende-

bierte der französischen Militärpolitik wurden von Giscard auch auf ehemalige nicht-französische Kolonien, wie z.B. Zaire ausgedehnt und zielten auf die Beseitigung von Regierungen, wie in Zentralafrika gegen die Regierung Bokassa. Während der Präsidentschaft Mitterrands marschierten die französischen Truppen mit senegalesischen Verbänden gegen Gambia 1981 und beteiligten sich ebenfalls 1981 am Sturz der Regierung Dacko in der Zentralafrikanischen Republik. Die

Interventionen Frankreichs im Tschad und in Togo halten an.

Hatte Frankreich Anfang der 60er Jahre noch über 60000 Soldaten in seinen ehemaligen Kolonien stehen, mußten sie aufgrund der stärker werdenden Unabhängigkeitsbestrebungen vieler Länder auf 1200 im Senegal, 450 in der Elfenbeinküste, 500 in Gabun, 1200 in der Zentralafrikanischen Republik, 3300 auf Mayotte und Reunion und 4800 in Djibouti reduziert werden. Hinzukommen jedoch noch über 30000 Soldaten der französischen Schnellen Eingreiftruppe, die innerhalb weniger Stunden von Frankreich aus in jedem afrikanischen Land zum Einsatz kommen können.

Viele Interventionen Frankreichs basierten auf bilateralen Verträgen, die zahlreiche Anlässe zuließen. Heute bestehen noch acht solcher Abkommen. Zu weiteren 10 afrikanischen Ländern bestehen Verträge über Militärhilfe. In den 70er Jahren setzte

Frankreich durch, daß regionale Militärabkommen geschlossen wurden, die die beteiligten Staaten zu gemeinsamen Militäraktionen mit Frankreich zwangen. Die französischen Imperialisten festigten darüber hinaus ihren Einfluß durch Ausbildung von afrikanischen Offizieren, 1961 bildeten sie knapp 200 aus, 1982 bereits über 2000. Daneben sind z.Zt. über 1500 französische Militärberater in afrikanischen Staaten stationiert.

Seit der Präsidentschaft Giscard d'Estaings ist der Einfluß Frankreichs gewachsen. Die französischen Imperialisten beanspruchen die Führung bei der Durchsetzung neokolonialer Verhältnisse in Afrika. Sichtbarer Ausdruck dieser Strategie ist der sogenannte franko-afrikanische Gipfel, der seit 1974 jährlich unter der Führung Frankreichs stattfindet. An diesem beteiligen sich inzwischen 38 Staaten, längst nicht nur mehr ehemalige französische Kolonien, sondern



Manöver französischer und togolesischer Truppen in Togo 1981 im Rahmen eines Militärvertrages

auch ehemalige belgische, portugiesische und englische. Die französischen Imperialisten konnten sogar neue Militärverträge mit ehemaligen belgischen und englischen Kolonien, z.B. mit Zaire, Rwanda und Burundi abschließen.

Quellenhinweis: Pascal Chaigneau, *La politique militaire de la France en Afrique*, Paris 1984; Robin Luckham, *French Militarism in Africa*, in: *Review of African Political Economy* Nr. 24; John Chipman, *Mitterrands Afrika-Politik: Wiederbelebung der Dritten Kraft*, in: *Europa-Archiv*, 11/84; *l'Humanité*, lfd. Ausg. – (sur, sie, jok)

USA und WEU unterstützen französischen Tschad-Krieg

Obwohl Frankreich aus der militärischen Struktur der NATO ausgetreten ist, fanden die französischen Interventionen im Tschad in enger militärischer Koordination mit den USA und zumindest mit Kenntnis der BRD statt. Das ergibt sich aus dem Verlauf der Militäraktionen 1983 im Tschad. Nachdem nämlich die USA ab dem 27.7.83 massiv mit der Lieferung von Waffen für die Habré-Truppen begannen und nachdem sie ab dem 6.8.83 im Sudan entlang der Grenze zum Tschad zwei Aufklärungsflugzeuge AWACS stationierten, kam am 11.8.83 die Entscheidung des französischen Präsidenten, Truppen in den Tschad zu entsenden. Es ist davon auszugehen, daß die Ergebnisse der US-Aufklärung im nördlichen Tschad auch der französischen Einsatzführung zur Verfügung standen. Die BRD muß bei den Militäreinsätzen zumindest insofern informiert gewesen sein, als die US-Waffen aus den Basen in der BRD stammten und auch von dort in den Tschad transportiert wurden. (1)

Inzwischen haben Frankreich und die BRD die Westeuropäische Union (WEU) "reaktiviert" und damit eine europäische Militärinstanz geschaffen, die sich für die Absicherung solcher Kriegseinsätze wie der Frankreichs im Tschad zuständig erklärt. In einem gebilligten Bericht an die Parlamentarische Versammlung der WEU im Juni '86 wird der französische Tschad-Krieg mit besonderem Interesse verfolgt und bewertet: "Es hat sich gezeigt, daß die französische Intervention couragiert war und unterstützt wurde von den Vereinig-

ten Staaten, aber schließlich war unbefriedigend, daß Frankreich die Rebellen-Armee lediglich in den Norden des Landes zurückdrängte und nicht zu verhindern suchte, daß libysche Truppen sich ständig in dem Gebiet festsetzen." Dagegen wird das Bombardement eines Flugplatzes im Norden des Tschad durch die französische Luftwaffe Anfang dieses Jahres positiv erwähnt. Die Kritik an der französischen Kriegsführung mündet schließlich in der Aufforderung, bei zukünftigen Militäroperationen eines WEU-Mitgliedes die übrigen zu informieren und um Unterstützung nachzusuchen. Denn es bestünde unter den sieben Mitgliedsländern "ein sehr weiter Konsens" in diesen Fragen. (2)

Auch die gerade abgeschlossene Reform des französischen Heeres drückt die Absicht aus, bei der Kriegsplanung "europäischer" zu denken. Denn neben der 1. Armee, vergleichbar dem Feldheer der Bundeswehr, wurde eine "schnelle Eingreiftruppe" (FAR) mit 47000 Soldaten gebildet, deren wichtigste Aufgabe die französische Beteiligung an der Offensivkriegsführung der NATO gegen Osten ist. Bereits im nächsten Jahr wird die FAR am zentralen Bundeswehrmanöver teilnehmen. Aus der FAR werden sich aber auch zukünftig die Verbände bilden, die Frankreich für seine Übersee-Einsätze benötigt. Die 1983 im Tschad beteiligte 11. Fallschirmjäger-Division und die 9. Marineinfanterie-Division gehören daher jetzt auch zur FAR.

Anmerkungen: (1) Österr. Militär. Zeitschrift 1/84; (2) Bericht a. d. Parl. Versammlung d. WEU "Security and Terrorism", Dok. 1057

EG

Innenminister bereiten EG-weite Polizeikompetenzen vor

Die Regierungen der EG-Staaten bereiten die Beschlußfassung über weitere polizeiliche und juristische Vereinheitlichung und Zusammenarbeit vor. Am 25. September vereinbarten die Innenminister der EG-Staaten, daß am 20. Oktober und am 9. Dezember über folgende Verfahren Beschlüsse gefaßt werden sollen: Erstens sollen die Polizeien der Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Datenverbund erhalten, zweitens soll die "grenzüberschreitende Fahndung" erleichtert, drittens die Grenzkontrollen der EG-Staaten und die Visa-Bestimmungen von EG-Staaten gegenüber Einreisenden aus Drittländern verschärft werden und viertens wollen die EG-Innenminister die Erlaubnis zur Überprüfung von Diplomatengepäck für die Grenzbehörden. Bereits vereinbart ist ein Austausch von Beamten der Sicherheitsbehörden für sechs Wochen.

Die fünf EG-Staaten BRD, Belgien, Frankreich, Luxemburg und Niederlande, die seit Ende 1985 den sogenannten "freien Grenzverkehr" eingeführt haben, beraten bereits darüber, wie der Grenzverkehr "frei" gehalten und die Maßnahmen dennoch greifen

dürfen. Eine Ausweitung der Fahndungskompetenzen der Polizeien sei unumgänglich, teilte der teilnehmende BRD-Staatssekretär laut "Frankfurter Allgemeine" mit.

Auf der letzten Generalversammlung von Interpol beantragten die Teilnehmer aus den EG-Staaten die Änderung der Satzungspassage, die Interpol verbietet, in Angelegenheiten mit politischem, religiösem, rassistischem oder gewerkschaftlichem Charakter tätig zu werden. Die Passage war 1946 in das Statut eingeführt worden, nachdem der SS-Führer Heydrich als Vorsitzender von Interpol die Organisation zur Verfolgung der Gegner des Faschismus in der ganzen Welt benützt hatte. Sie hat bisher z.B. verhindert, daß die britischen Imperialisten Interpol für weltweite Fahndungen von Mitgliedern der irischen Befreiungsorganisation IRA nutzen konnten.

Unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung arbeiten die EG-Regierungen daran, die Polizeien unter einheitliches Kommando zu kriegen. Der britische Innenminister Hurd plädierte jüngst vor der Konrad-Adenauer-Stiftung für die "Internationalisierung der klassischen Innenpolitik". Das heißt, die Polizeien der Einzelstaaten sollen internationale Befugnisse erhalten – gegen Anhänger der politischen Opposition, die Anschläge auf Sachen und Menschen für ihre Politik nützlich halten, ebenso wie gegen andere Leute: Flüchtlinge und Asylsuchende z.B. werden von der Verschärfung der Visa-Bestimmungen erheblich betroffen sein.

Quellenhinweis: Frankfurter Allgemeine v. 26.9. und 9.10.; Welt v. 7.10. – (uld)

Visumpflicht für DDR-Transit Der Kampf um das Asylrecht wird in der BRD entschieden

Am 18. September teilte die amtliche DDR-Nachrichtenagentur ADN mit: "Angesichts der Einführung der Visumpflicht in vielen Ländern West- und Nordeuropas, die aus verschiedenen Gründen erfolgt, gibt das DDR-Außenministerium bekannt, daß ab 1.10.1986 nur solche Personen die DDR im Transit bereisen können, die über ein Anschlußvisum anderer Staaten verfügen. Personen aus Staaten, mit denen die DDR Visafreiheit vereinbart hat, werden von dieser Regelung nicht berührt. Nicht betroffen von dieser Regelung sind wie bisher solche Personen, die aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen in ihrer Heimat verfolgt werden, diese verlassen müssen und in der DDR um Asyl nachsuchen." (zitiert nach "Neues Deutschland" v. 19.9.)

In der bürgerlichen Öffentlichkeit der BRD und Westberlins ist diese

Entscheidung als positives Zugeständnis der DDR gewertet worden, den "Asylantenstrom zu drosseln" (FAZ v. 20.9.86). Tatsächlich müssen politische Flüchtlinge, die in der BRD Asyl beantragen wollen und über die DDR einreisen, seit 1.10.86 vorher sich in einer BRD-Auslandsvertretung eine Einreiseerlaubnis verschafft haben.

Von der Alternativen Liste in Westberlin und den Grünen in der BRD wurde die DDR kritisiert, daß sie sich mit ihrer Entscheidung zum Helfershelfer reaktionärer Asylpolitik von CDU/CSU/FDP mache. Das "Neue Deutschland" (Zentralorgan der SED) hierzu am 20.9.86: "Der in der BRD teilweise erhobene Vorwurf, die DDR hätte sich mit ihrer Entscheidung zum Kumpanen der reaktionären Asylpolitik der CDU/CSU gemacht, ist unzutreffend und erinnert eher an Resignation vor dem Kampf für Erhalt und Ausbau der demokratischen und sozialen Rechte in der BRD."

Zutreffend ist die Position des "Neuen Deutschlands", daß der Kampf gegen die reaktionäre Asylpolitik in der BRD und Westberlin entschieden wird, und nicht durch die Politik der DDR, und insofern die Kritik der AL bzw. der Grünen ins Leere geht.

Festzuhalten bleibt aber, daß sowohl die Bundesregierung wie auch die SPD-Opposition in den letzten Wochen intensiv die Forderungen erhoben hatten, daß erstens die DDR die Erteilung von Transitvisa abhängig machen sollte von der Existenz eines Einreisevisums in die BRD, und zweitens die DDR für den Transit nach Westberlin die gleichen Kriterien (Existenz eines Transitvisums für die BRD) anwenden sollte. Für die zweite Forderung waren auf Drängen der BRD-Regierung auch die Regierungen Frankreichs, Englands und der USA auch gegenüber der UdSSR im Rahmen der "Berlin-Verantwortung" vorstellig geworden.

Beiden Forderungen hat das DDR-Außenministerium mit seiner Verlautbarung von 19.9.86 entsprochen. Die Beweggründe hierfür wurden von offiziellen DDR-Stellen nicht erläutert.

Insbesondere das Anerkenntnis von BRD-Visa durch die DDR auch für Westberlin war der BRD-Regierung wichtig. Indem die DDR nunmehr für die Entscheidung, Transitvisa nach Westberlin zu erteilen, das Vorhandensein eines Einreisevisums für die "Bundesrepublik Deutschland, einschließlich des Landes Berlin" (so die offizielle Bezeichnung) zur Bedingung macht, akzeptiert die DDR in dieser Frage die Vertretung Westberlins durch die BRD. Dies steht im Gegensatz z.B. zu der dem Status Westberlins entsprechenden Praxis, in der BRD ausgestellte Reisepässe für Westberliner nicht anzuerkennen.

Quellenhinweis: Neues Deutschland vom 19.9., 20.9. – (kla)

Ägypten

IWF-Auflagen verschärfen gesellschaftliches Elend

Der Internationale Währungsfonds (IWF) fordert zusammen mit den imperialistischen Banken bei den jetzt stattfindenden Umschuldungsverhandlungen über die Außenschuld Ägyptens in Höhe von fast 39 Mrd. US-\$ ein brutales Sanierungsprogramm gegen die ägyptischen Lohnabhängigen und kleinen Bauern. Einige der IWF-Forderungen: Abbau der Nahrungsmittelsubventionen, Preiserhöhungen für staatliche Leistungen, Privatisierung von Staatsbetrieben, Lohnsenkungen, Entlassungen sowie Abwertung des ägyptischen Pfunds.

Die Regierung Mubarak steht unter



Demonstration von islamischen Fundamentalisten in Kairo

Druck: Führt sie das Sanierungsprogramm, das noch größere Teile der Lohnabhängigen und der Bauern ins Elend treiben wird, durch, muß sie mit heftigem Widerstand rechnen, wie bereits die Studentenunruhen im letzten Jahr, die anhaltenden Streiks in der staatlichen Textilindustrie und bei der Eisenbahn zeigten. Vielmehr, so bürgerliche Zeitungen, sei auch mit Aufständen zu rechnen, wie 1977, die schließlich Sadat dazu zwangen, die Brotpreiserhöhungen zurückzunehmen. Andererseits ist die Abhängigkeit von den Imperialisten durch gesunkene Einnahmen aus dem Erdöllexport, bei den Suez-Kanal-Gebühren und im Tourismus weiter angestiegen.

Einige IWF-Auflagen mußte Mubarak so bereits umsetzen. Anfang des Jahres wurde heimlich ein Teil der Nahrungsmittelsubventionen, die jährlich fast umgerechnet fünf Mrd. DM betragen, abgebaut. Zwei Drittel der Lebensmittel müssen importiert werden. Das billige Brot verschwindet nach und nach, an seine Stelle tritt ein "besseres", aber gleichzeitig teureres. Die Strompreise wurden auch für die Armen um 40% erhöht. Manche

Lebensmittel verschwanden plötzlich vom Markt, so gab es Linsen in ganz Kairo nicht zu kaufen. Das monatliche Durchschnittseinkommen der Lohnabhängigen liegt bei 130 DM, selbst die Staatsangestellten verdienen mit durchschnittlich 200 DM nicht einmal das zum Leben Nötigste. Die meisten der fast vier Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst müssen deshalb regelmäßig zwei Beschäftigten nachgehen, manche sogar drei. Die letzten Lohnerhöhungen blieben um 50 % unter der Inflationsrate. Auf dem Lande leben über 50 % der Bevölkerung, kleine Bauern und Landarbeiter, direkt im Elend. Die Billignahrungsmittelimporte aus den USA und der EG haben die Existenz vieler Bauern vernichtet.

Im März und April griff die Regierung erstmals den Lebensstandard der Mittelklassen über die höhere Besteuerung von Konsumartikeln an. Gleichzeitig kündigte sie an, ein Gesetz Nassers aufzuheben, wonach alle Hochschulabsolventen einen Anspruch auf Beschäftigung beim Staat haben.

Mit zwei im März verabschiedeten Gesetze wurden die Lebenshaltungskosten um bis zu 50 % verteuert. Die Regierung hat, wie vom IWF gefordert, das Wechselkursverhältnis zwischen Dollar und ägyptischem Pfund geändert. Ein Großteil der importierten Nahrungsmittel wird von staatlichen Gesellschaften zum Schwarzmarktpreis, also teurer als bisher, importiert. Außer Brot und den Nahrungsmitteln, die aufgrund eines Rationskartensystems preislich gebunden sind, wurden alle anderen erheblich teurer. Im Staatshaushalt für das Steuerjahr 1986/87, im Mai vorgelegt, beschloß die Regierung nochmals eine weitere Reduzierung der Subventionen für Nahrungsmittel und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst. Quellenhinweis: The Middle East, Mai u. Juni 1986; Neue Zürcher Zeitung, 18.09.86; Christ und Welt, 05.09.86 – (sie)

Iran

Regierungsparole: Hungern für den Sieg

In den letzten Monaten haben iranische Lohnabhängige wiederholt gegen die drastische Absenkung der Lebensbedingungen protestiert. Im Mai besetzten Mitglieder radikaler islamischer Gruppen eine Zeitungsredaktion und erzwangen die Veröffentlichung einer Petition gegen die hohen Lebensmittelpreise und gegen "blutsaugende Großhändler". Das Regime sah sich gezwungen, im Juni eine Kampagne gegen Kriegsgewinnler und Spekulanten zu eröffnen, ließ Lagerhäuser nach gehorteten Lebensmittelvorräten durchsuchen und brachte hun-

derte Großhändler als Wirtschaftsverbrecher hinter Gittern. Als Reaktion auf den verbreiteten Protest gegen die reichen Händler zogen Ende Juni die Teheraner Basaris vor das Regierungsgebäude und bezeugten ihre Unterstützung des Regimes und des Krieges mit der Übergabe von 500 LKW-Warenladungen. Denn bislang genießen die iranischen Bourgeois und Mittelklassen die Unterstützung des Regimes; noch in diesem Sommer hatte Khomeini die Bedeutung des Privateigentums und der Privatwirtschaft hervorgehoben.

Daß jetzt im Zentrum der Aktionen der islamischen Radikalen, oft Jugendliche aus den Armenvierteln und einst die Sturmtruppen des Regimes, zunehmend soziale Forderungen stehen, ist Ausdruck zunehmender Klassenpolarisierung und des Abbröckelns der fundamentalistischen Verkleisterung sozialer Widersprüche. Die iranische Regierung hatte zunächst mit einer Reihe von Maßnahmen – höheren Mindestlöhnen, subventionierten Lebensmittelpreisen, günstiger Kreditvergabe für arme Bauern – die Lage der armen Bauern und der untersten

Schichten in den Städten verbessert, ohne aber das Wohllleben der iranischen Bourgeois und Mittelklassen ernsthaft anzutasten. Der inzwischen siebenjährige Krieg gegen Irak und der völlige Verfall der Ölpreise haben den Investitions- und Konsumtionsfonds der iranischen Gesellschaft drastisch eingeschränkt. Agrarinvestitionen mit dem Ziel der Selbstversorgung unterbleiben, Fabriken liegen aufgrund von Rohstoffmangel still, die Arbeitslosigkeit wächst.

Nach offiziellen Statistiken stiegen die Preise von Agrarprodukten gegenüber dem Vorjahr um 25 %, der Reispreis auf dem freien Markt sogar um das Zehnfache. Fleisch- und Getreideimporte wurden gedrosselt, der Mangel an Grundnahrungsmitteln ist allgemein. Ministerpräsident Mussavi dazu: "Das Kabinett wird die Devisen, die für den Krieg und den Kauf von Waffen bestimmt sind, niemals für Fleisch und Lebensmittel ausgeben".

Quellenhinweis: Middle East Ec. Digest, 19.7.86; Nachrichtenbulletin der Volksmoudjahedin Iran 10/86; L. Meyer: Islamische Republik Iran, in: Orient 3/85 – (wom)

USA

Antidrogenkampagne – den Dreh gefunden?

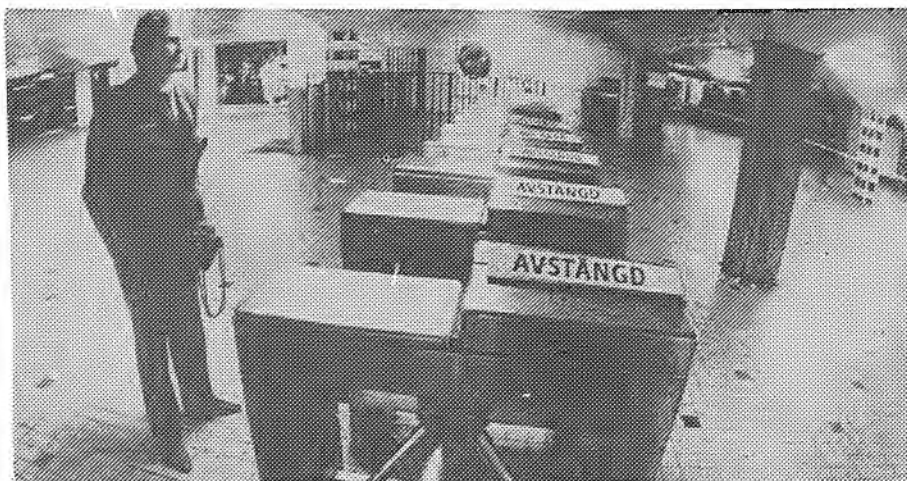
Vorwarnung: Dies ist kein Artikel zum Drogenproblem. Dies ist der Versuch einer Analyse, wie und warum die US-Bourgeoisie derzeit die Weichen stellt für die Sanktionierung einer beispiellosen Unterdrückungskampagne gegen die amerikanischen Volksmassen. Daneben wird McCarthy verblissen (McCarthy: Hetzjagd in den 40er und 50er Jahren zur Unterdrückung jeglicher Opposition im Innern gegen die US-Weltmachtspolitik unter dem

Schlagwort "Sind Sie oder waren Sie je Mitglied in einer kommunistischen Partei?").

Sommer 1986, Schlag auf Schlag: * Im Juni machen zwei Drogenfälle Schlagzeilen. Zwei junge College-Spitzensportler, Schüler teurer Privatschulen, sterben an Überdosis illegaler Drogen. * Mitte Juli: Der demokratische Sprecher des Repräsentantenhauses beauftragt etwa ein Dutzend Ausschüsse, bis Mitte August



Zwangsuntersuchung auf Drogen am Arbeitsplatz und in Schulen, Todesstrafe für Drogenhändler, Armee gegen die Zivilbevölkerung, Aufhebung der Rechte gegen unbegründete Durchsuchung – sind nur einige der Maßnahmen aus dem Gesetzentwurf des Repräsentantenhauses.



Seit Samstag, den 4. Oktober, dehnt sich der Streik verschiedener Bereiche der öffentlichen Dienste in Schweden weiter aus. Ab 18 Uhr schlossen sich die Beschäftigten der U-Bahn in Stockholm an. Der Streik wird von den Arbeitern der Kommunen, die zum Verband der LO gehören und denen der SACO/SR geführt. In der Arbeitergewerkschaft LO hat der Tarifstreit auf deren Kongress zu Spannungen geführt, die eine Spaltung möglich erscheinen lassen. Der Grund ist, daß die Industriearbeiter nach den Generalverhandlungen sich mit entsprechenden Tarifverträgen zufrieden gaben, während jetzt die Gemeindearbeiter ein gleiches Volumen nicht akzeptieren und streiken. — (uwb)

Großbritannien: Streik auf Kanalfähren

Seit dem 3. Oktober streiken abwechselnd die Gewerkschaften der Seeleute und der Offiziere auf den Fähren der britischen Sealink-Linie. Die Gewerkschaften protestierten zunächst nur gegen die Entlassung von 492 Seeleuten auf den Fähren zu den Kanalinseln. Inzwischen geht es um das gesamte Verhalten der Firma. U.a. fordern sie, daß keine Seeleute über Agenturen angeheuert werden dürfen und vor Entlassungen die Gewerkschaften gefragt werden müssen. Nach letzten Meldungen wird die Firma zumindest die Entlassungen zurücknehmen. Am 10.10. gab Sealink die Streichung der Dividende bekannt

und begründete das mit den erwarteten Kosten von Entlassungen und Streik. — (hef)

Warum die Imperialisten die UdSSR subventionieren

Die USA haben der SU mit 15\$ pro Tonne subventionierten Weizen angeboten; die EG subventioniert Weizen für die SU sogar mit 270 DM/t. Diese hat die USA auf dem Angebot sitzen lassen und in Kanada und der EG gekauft. Die USA mögen toben, aber: Die Imperialisten haben einen neuen erfolgreichen Angriff auf die sowjetische Landwirtschaft durchgeführt. Solange die SU sich mit billigerem Getreide auf dem Weltmarkt versorgt, vernachlässigt sie die Entwicklung ihrer eigenen Landwirtschaft. — (scc)



Mitglieder und -Sympathisanten, die nach wie vor unter Überwachung durch den Geheimdienst stehen, davor warnen, sich neu zu formieren und den revolutionären Kampf gegen die indonesische Militärregierung zu organisieren. — (wom)

Vorschläge für ein Anti-Drogengesetz vorzulegen. Anfang August: Präsident Reagan setzt sich mit einer Radioansprache an die Spitze der Anti-Drogenkampagne und weist die Richtung an: Verlagerung des Gewichts weg vom Produzenten hin auf den Drogenkonsumenten. * Anfang September: Das Repräsentantenhaus verabschiedet mit großer Mehrheit (Demokraten und Republikaner) einen Gesetzentwurf, der sich gewaschen hat (siehe Bildunterschrift), der Senat folgt drei Wochen später nach. * Am 14. September ruft das Präsidentenehepaar in einer nationalen Fernsehansprache das amerikanische Volk zu einem Kreuzzug gegen Drogen auf. Es ist unamerikanisch drogenabhängig zu sein! * Am 15. September unterzeichnet Reagan eine Verordnung, die über die Hälfte der 2,8 Millionen Beschäftigten der US-Bundesregierung zwingen wird, ihren Urin für Test

auf Drogen einzureichen.

Fazit: Die Gesetzentwürfe beider Häuser des Kongresses (Repräsentanten und Senat) befinden sich derzeit in einem gemeinsamen Ausschuß. Es ist fraglich, ob es dieses Jahr noch zu einer Abstimmung kommt. Wahrscheinlich ist, daß die Zwischenwahlen zum Kongreß im November abgewartet werden, um zu sehen, wie die Drogenkampagne sich in Wahlergebnissen niederschlägt. Unterm Strich bleibt die Propagandakampagne und Reagans Verordnung.

Der außerordentlich reaktionäre Gesetzesvorschlag der demokratischen Partei spiegelt neu gefundene Einigkeit im bürgerlichen Lager, die höchst gefährlich ist. An Uneinigkeit gescheiterte Versuche: Kurz nach dem Fernsehauftritt des Präsidentenehepaares versucht der kanadische Premier ein gleiches und wird vom eigenen Lager niedergeschrien. Und,

man erinnere sich an den ersten Versuch der Reaganregierung, zur Volkunterdrückung die Einführung von Lügendetektoren zu lancieren. Damals sollten sich alle Regierungsmitglieder dem Lügentest unterziehen. Verschiedene Minister drohten mit Rücktritt — ihren Urin zum Test auf Drogen haben sie alle eingereicht!

Falsch ist der Eindruck, es handle sich um eine Neuentdeckung, das Drogenproblem als Vehikel für Unterdrückung zu benutzen: Mit Antritt der Reaganregierung, 1981, werden Drogentests bei den Streitkräften eingeführt — einem der entrechteten Teile der Gesellschaft. Von rund 46000 Soldaten ist bekannt, daß sie aufgrund falscher Testergebnisse diszipliniert wurden. Nancy Reagan führt seit derselben Zeit "ihre" Anti-Drogenkampagne hauptsächlich unter der Jugend, hauptsächlich unter dem Motto "Sag einfach nein zu Drogen!".

Großbritannien: Aids als Vorwand für Rassismus

Afrikanische Zeitungen werfen der britischen Regierung Rassismus vor: Diese will Reisende aus Afrika an der Grenze obligatorisch auf Aids-Infektion untersuchen lassen. Daß die britische Regierung die Aids-Gefahr lediglich als Vorwand für rassistische Schikanen nimmt und die Maßnahme eine weitere Beschränkung der Einreise für Afrikaner ist, geht für die Zeitungen auch daraus hervor, daß Einreisende aus den USA trotz größerer Verbreitung von Aids in den USA nicht untersucht werden sollen. – (scc)

CUSA und AZACTU schließen sich zusammen

Die beiden azanischen Gewerkschaftsbünde CUSA und AZACTU haben sich in einem gemeinsamen Dachverband zusammengeschlossen. Sie hatten übereinstimmend eine Mitgliedschaft in dem vor einem Jahr gegründeten Gewerkschaftsbund COSATU abgelehnt und danach eine engere Zusammenarbeit beschlossen. In beiden Dachverbänden sind über 20 Einzelgewerkschaften Mitglied. Beide Organisationen betrachten sich als Teil des Befreiungskampfes. Darüber gibt u.a. eine Resolution der CUSA vom März dieses Jahres Auskunft: "Beteiligt euch am Befreiungskampf – Wir begrüßen es, daß die politische Befreiungsbewegung eine ungeheure Wucht erlangt hat, die wir als Arbeiter noch weiter vorantreiben müssen. Wir sehen, daß es eine Reihe von Organisationen gibt, die die Befreiungsbestrebungen der Arbeiter vertreten. Cusa verpflichtet sich deshalb dazu, mit allen Organisationen, die an die Befreiung der Arbeiter von Südafrika glauben und sich dafür einsetzen, den Dialog zu suchen und einzuleiten; kein

Bündnis zu suchen mit irgendwelchen parteipolitischen Organisationen; an den Aktivitäten aller authentischen Befreiungsorganisationen für die Befreiung Südafrikas teilzunehmen." – (uld)

Philippinen: Armee verhaftet NPA-Chef

Nachdem Agenten der Armee am 29.9. in Manila R. Salas, Kommandeur der Neuen Volksarmee verhaftet hatten, unterbrach die Frontorganisation NDF die Waffenstillstandsverhandlungen (Bild: Frau Aquino). Genau das dürfte das Ziel der Armeeführung um

Verteidigungsminister Enrile und Stabschef Ramos (beide alte Marcos- und US-Vertraute) gewesen sein: Immer wieder hatte Enrile Gespräche mit NDF, NPA und CPP abgelehnt und eine Verstärkung des Kampfes gefordert. Nach der Verhaftung erklärte er: "Ich weiß nicht, was das für die Friedensgespräche heißt, aber wir mußten unsere Pflicht tun." Jetzt sind die liberalen Kräfte in der Regierung unter Druck: Eine Freilassung von Salas bedeutet eine Brückierung der Armee, die Einleitung eines Prozesses ist das offene Einschwenken auf den Kurs der Reaktion. – (wom)



Am 05.10.86 schossen Soldaten der nicaraguanischen Armee ein Transportflugzeug mit Angehörigen des US-Geheimdienstes CIA an Bord ab. Deren Auftrag war, die von den USA unterstützten Contras in Nicaragua mit militärischem Gerät zu versorgen. Dies gab auch der einzige Überlebende, der 45jährige US-Amerikaner Eugene Hasenfus, vor der Presse in Managua zu. Die US-Regierung wies zunächst jegliche Beteiligung von sich. Es hätte sich um "private Hilfe" US-amerikanischer Bürger gehandelt. Durch den Abschub des CIA-Transportflugzeuges wurde jetzt auch bekannt, daß fast alle Contra-Gruppen aus der Luft versorgt werden. Das abgeschossene Flugzeug war von einem Flugplatz in El Salvador gestartet. Hasenfus und seine getöteten CIA-Freunde waren mit Wissen des Präsidenten Duarte als Militärberater dort tätig. – (sie)

Ihr erklärtes Ressort sind drogenfreie Schulen. Schon gibt es 10000 Sag-einfach-nein-Clubs, schon bilden sich jugendliche Schlägertrupps Marke Saubermann heraus.

Ihr Präsidentenehemann dagegen will sich auf drogenfreie Arbeitsstätten spezialisieren. Schon haben etwa ein Drittel der 500 Spitzenkonzerne Urinuntersuchung auf Drogen zu einer Einstellungsbedingung gemacht, ohne große Propaganda. Anfang Oktober kündigte der größte US-Automobilkonzern, General Motors, ein umfangreiches Drogentestprogramm öffentlich an. Rechtlichen Schutz gibt es nicht. Wer nein sagt zum Test, wird nicht eingestellt oder gefeuert. Kampf dagegen? Einzelpersonen und Einzelgewerkschaften klagen. Der AFL-CIO (Gewerkschaftsdachverband) ist auch für drogenfreie Arbeitsplätze. Er ist für eine einschränkende Regelung: nur bei "begründe-

tem" Verdacht soll getestet werden. Was ist ein begründeter Verdacht? Schon wer nein sagt zum Test, ist doch verdächtig, oder nicht?!

Was die Bourgeoisie vorhat mit dieser Kampagne gerade jetzt, kann hier lediglich vermutet und angedeutet werden. Zunächst handelt es sich um einen weiteren Versuch, die Reaganregierung für ihre reaktionären Zwecke zu nutzen. Etwas konkreter: Die geplante Fortsetzung der militärischen Aufrüstung wird weitere Milliarden Dollar verschlingen, Sozialversicherungen werden weiter abgebaut. Die Zahl der Armen steigt ständig an und kann womöglich bald kritische Ausmaße erreichen. Die Arbeiterbewegung beginnt, den Kampf gegen die ständigen Lohnstreichungen und Werksschließungen aufzunehmen. Einzelne Gewerkschaften gewinnen neue Mitglieder, die Streikfähigkeit ist dieses Jahr nach fünfjährigem Nie-

dergang wieder wesentlich gestiegen. Also Furcht treibt die Bourgeoisie.

Die US-Wirtschaft muß sich gegen ihre internationale Konkurrenz rüsten. Anzeichen dafür ist das ständige Anwachsen von "mergers", Aufkäufe von Gigantenkonzernen untereinander. Experten sind sich einig, daß Spekulationsgewinne lediglich ein kurzfristiges Ergebnis dieser Umorganisation sind. Tatsächlich handelt es sich um eine beschleunigte Umstrukturierung der US-Wirtschaft zur Beseitigung von Unwirtschaftlichkeit. Das heißt, alles was dem Profit im Wege steht, muß weg. Dem Profit im Wege steht die organisierte Arbeiterschaft. Gegen sie richtet sich ohne Zweifel der Hauptstoß des derzeitigen Angriffs. Die prominenten Drogentoten erscheinen im Rückblick lediglich als Anlaß, die Kampagne in der Öffentlichkeit zu sanktionieren. – (her, ger)

* Veröffentlichungen *

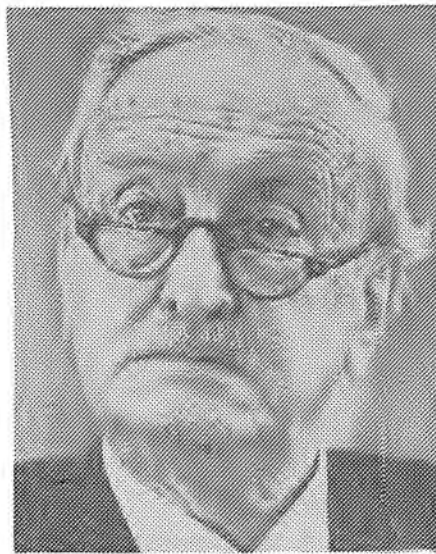
"Kurdistan Report" zu von Weizsäckers Türkei-Besuch

Der im September erschienene "Kurdistan Report", Organ der Europavertretung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans, befaßt sich mit dem Besuch des Bundespräsidenten von Weizsäcker in der Türkei am 26. Mai 1986. Anlässlich dieses Besuchs werden die Beziehungen zwischen dem Osmanischen Reich bzw. der Türkei und Deutschland bzw. der BRD untersucht. Der Kurdistan Report schätzt den Besuch von Weizsäckers als eine Unterstützung des türkischen Faschismus ein, der in der Tradition "Dann mit Volldampf zum Euphrat und Tigris" Wilhelms II sich gründet. Wilhelm II hatte bei seinem Besuch Ende des 19. Jahrhunderts in Istanbul erreicht, daß die Deutsche Bank das Privileg über die Bagdad-Bahn erhielt und daß Firmen wie Krupp, Mauser u.a. große Waffengeschäfte mit dem türkischen Reich machen konnten. Während des 2. Weltkrieges gab es zwar keine "Waffenbruderschaft" zwischen der Türkei und Deutschland, aber 1941 wurde ein 10jähriger Freundschafts- und Nichtangriffspakt unterzeichnet. In den Kriegsjahren verkaufte die Türkei 90% ihrer Exportwaren an Deutschland und kaufte selber 75% ihrer Importe beim Deutschen Reich. Allein in Istanbul gab es während des Krieges 175 deutsche Handelsfirmen und Vertretungen. Das Sonderheft erklärt, warum die westdeutschen Politiker die Tradition zwischen Deutschland und der Türkei so hoch preisen. Es ist ein wichtiger Beitrag für die Kritik der Machenschaften des BRD-Imperialismus in der Türkei. Zu beziehen über Serxwebun, Postfach 101683, 5000 Köln 1, Preis: 2,- DM - (eve)

Interview der "Welt" mit Hermann J. Abs

Anlässlich des 85. Geburtstages von Hermann Josef Abs führte die "Welt" ein Interview mit ihm durch, das in drei Folgen in den letzten Septemberwochen erschien. Abs wird als gewichtiger Zeitzeuge, als "ein Mann, der die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit geprägt hat", als Bankier und Finanzdiplomate vorgestellt, und ihm wurden Fragen zur Gegenwart und zur Geschichte gestellt: "Abs über den Erfolg: Das Studium ist keine Garantie"; "Abs über Tscher-nobyl: Kein Grund zum Ausstieg"; "Abs über Adenauer: So einfach war das mit ihm"; "Abs über seine Mutter: Sie schrieb an den Kanzler"; "Abs über Bonn: Konsens der Großen - was sonst?"; "Abs über den DGB: Politik bedroht seine Einheit"; "Abs über Erhard: Er war zu gut für diese Welt"; "Abs über deutsche Manager: Mehr

Team als Tycoon"; "Abs über die Banken: Sie sind keine Nonnenklöster"; "Abs über die Kunst: Jeder Bürger kann was tun"; "Abs über Südafrika: Will jemand den Krieg erklären?" und schließlich "Abs über sich: Ich habe keine Angst" lauten die einzelnen Überschriften. Durchgehendes Thema der Serie ist die "Deutsche Politik" aus der Sicht von Hermann J. Abs, die er als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank ab 1938 maßgeblich mitbestimmt hat. Abs repräsentiert die Kontinuität, die Verbindung zwischen Faschismus und der BRD. Das Interview verzerrt und beschönigt sein Wirken während des Faschismus. Die Finanzabteilung, Sektion für fi-



Hermann J. Abs

nanzielle Nachforschungen der US-amerikanischen Militärregierung für Deutschland, gab nach der Untersuchung der Politik der Deutschen Bank, die die Annexions- und Aggressionspolitik des Faschismus ermöglicht, gefördert und mitbetrieben hat, bekannt: "Es wird empfohlen, daß: 1. die Deutsche Bank liquidiert wird, 2. die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden, 3. die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden." Zu den verantwortlichen und leitenden Mitarbeitern gehörte auch Hermann Josef Abs als Leiter der Auslandsabteilung im Vorstand der Deutschen Bank und Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte, der nach 1945 wie die anderen Vorstandsmitglieder keiner Strafe zugeführt wurde, sondern als Vorstandssprecher der Deutschen Bank und als außenpolitischer Berater von Adenauer die Politik des deutschen Imperialismus weiter gestalten konnte. Das "Welt"-In-

terview zeichnet stattdessen das Bild eines erfolgreichen Bankiers mit Verantwortung für "Deutsche Politik", ob als Chef der deutschen Delegation bei den "Stillhalte"-Verhandlungen 1941 in der Schweiz über die Schulden des Deutschen Reiches, als Beauftragter der Bundesregierung bei den Londoner Schuldenverhandlungen von 1952 oder als Leiter der Schuldenkonferenz für Indonesien 1969. "Drei Tage vor dem Attentat auf Hitler 1944 in der Wolfsschanze machten Widerstands-Kreise dem Bankier Hermann Josef Abs das Angebot, die Kapitulations-Verhandlungen Deutschlands zu führen", überschreibt die "Welt" die dritte Folge des Abs-Interviews.

Tatsächlich war die Deutsche Bank ab 1943 an den Nachkriegs-Planungen der deutschen Imperialisten maßgeblich beteiligt und hatte Kontakte zur Umgebung des großbürgerlich-aristokratischen Widerstands, mit dem Abs offensichtlich Differenzen hatte über die Frage der bedingungslosen Kapitulation, die Abs vorausschauend unterstützte, "um später, in der Periode des Aufbaus, die besten Kräfte mobil zu machen und wieder Anschluß an die Welt zu gewinnen". Abs repräsentiert auch den wiederhergestellten "Anschluß".

Quellenhinweis: Die "Welt", 15./17./20.09.86 - (sie)

"Schwarze Visionen"

Die Kritik der politischen Theorie des Konservatismus ist unter Grün-Alternativen nicht gerade beliebt. Da ist es allein schon bemerkenswert, wenn ein ehemaliger TAZ-Mitarbeiter sich der Sache annimmt. Bei P.J. Grafe erfährt man zunächst einiges über die Organisation der CDU. In der Führung des Parteiapparats haben in den vergangenen Jahren gerade solche Leute Einfluß gewonnen, die ihre Karriere in der Auseinandersetzung mit den Kräften gemacht haben, die heute die grün-alternative Partei darstellen. Leute wie Geißler, Diepgen, Wissmann, Süßmuth haben einerseits den Apparat zu einer schlagkräftigen Organisation ausgebaut, andererseits zu programmatischen Neuerungen initiiert. Dabei wird die Rolle der Zeitschrift "Sonde" für die Diskussion innerhalb der CDU hervorgehoben. Weiter wird die Politik der CDU gegenüber den GRÜNEN und den Gewerkschaften behandelt ("neue soziale Frage") und die "Zukunftsperspektiven" der CDU. Allerdings geht Grafe durchgängig davon aus, daß die Politik der CDU eigentlich nicht durch soziale Interessen bestimmt sei. "Die modernisierte CDU verfolgt also kein besonderes Ziel außer dem Machterhalt selbst." (S. 37) Entsprechend heißt es zur Konkurrenz von CDU und SPD, sie würden "immer mehr zu politischen Markenartikeln, mit fast gleichem Inhalt, doch sehr unterschiedlicher Ver-

packung." (S. 57) Diese Abstraktion von gesellschaftlichen Interessen als Gründen der Politik läßt dann auch gewisse Aussagen der CDU vollkommen unerklärlich erscheinen. Von N. Blüm heißt es, er "eifert gegen eine Gleichheit, die er selbst erfindet." "... gegen seine eigenen Vorstellungen von Andersartigkeit, denen er dann sein Verständnis von Normalität entgegenstellt." (S. 91f) Blüms Eifer läßt sich sogar nicht als seismographische Reaktion auf das gegen die gesellschaftliche Ungleichheit gerichtete Bedürfnis nach Kollektivismus, das aus der Fabrikarbeit permanent entsteht, begreifen. Dieser Mangel macht bei allem interessanten Material die Sache doch etwas blutarm. (Peter J. Grafe, Schwarze Visionen – die Modernisierung der CDU, rororo-Aktuell Nr. 5913, 220 Seiten, DM 10,80 – chf)

Zukunft der Arbeitsmedizin

Die "Zukunft der Arbeitsmedizin" war Gegenstand einer Tagung, die der Kölner Verband der Metallarbeitgeber durchführte. Die sieben ärztlichen Teilnehmer waren Werksärzte und Arbeitsmediziner. Sie zeigten besorgniserregende Übereinstimmung in zwei Bereichen: Erstens sehen sie eine Hauptaufgabe der Arbeitsmedizin darin, die Verantwortung des Einzelnen für seine Gesundheit zu stärken – und damit meinen sie vor allem die private Lebensführung und weniger die Umstände, denen der Lohnabhängige während der Arbeit ausgesetzt ist. Sie zweifeln die Notwendigkeit kollektiver Überwachung nicht an, behaupten aber, für die Verhütung von Krankheit sei die Einzelverantwortung ein entscheidender Faktor. Zweitens sehen sie eine wichtige Forschungsaufgabe darin, die individuelle Anfälligkeit der Lohnabhängigen für bestimmte Krankheiten besser bestimmen zu können und damit einen Grund zu haben, gefährliche Arbeiten nur an mehr "immune" Arbeiter zu vergeben. Eingeschränkt wird bereits so verfahren. Der Rückgang der Staublungerkrankungen bei Bergleuten beruht z.B. nicht einfach auf einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern auch darauf, daß in ständigen Vorsorgeuntersuchungen festgestellt wird, wie weit die Quarzablagerung in der Lunge beim einzelnen Arbeiter fortgeschritten ist. Bei zu hohen Ablagerungen muß der Arbeiter den Arbeitsplatz wechseln. Diese Selektion von Arbeitskräften soll weiter vorangetrieben werden, statt die Änderung der Arbeitsbedingungen ins Zentrum zu stellen, zunächst vor allem im Bereich allergischer Erkrankungen. (F. Diller, W. Hollmann, B. Marschall, H. Schäfer, H. Valentin, Die Zukunft der Arbeitsmedizin, Hrsg.: Arbeitgeberverband der Metallindustrie Köln; Herwarthstr. 18–20, 5000 Köln 1 – uld)

Vereinigung KPD/GIM

KPD und GIM bilden "Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)"

Am 4./5. Oktober führten KPD und GIM ihren Vereinigungsparteitag durch. 145 Delegierte beider Organisationen berieten die Entwürfe für ein Programm und Statut, billigten einzelne Änderungen und verabschiedeten das Programm ohne Gegenstimmen, das Statut gegen wenige Gegenstimmen. Eine "Resolution über das Selbstverständnis und die Rolle der Partei" wurde mit einer geringfügigen Änderung, der Beschluß zur IV. Internationale (siehe Politische Berichte 13/86, S. 19f.) unverändert beschlossen. Der Name der neuen Partei lautet: "Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)". Die zweiwöchentliche Zeitung der neuen Partei soll "Sozialistische Zeitung" heißen und ab November erscheinen. Sitz der neuen Partei ist Köln. Die Ergebnisse des Vereinigungskongresses werden als gemeinsame Ausgabe von "Was Tun" und "Roter Morgen" veröffentlicht.

In zwei wichtigen Fragen hat der Vereinigungskongreß die Position der künftigen Partei präzisiert bzw. erstmalig festgelegt. Die erste Frage betrifft den Antiimperialismus. Hier verabschiedeten die Delegierten eine Einfügung in den bisherigen Programmentwurf, die lautet:

"Die Aufhebung der imperialistischen Beziehungen des westdeutschen Kapitals zu den halbkolonialen Ländern ist eine zentrale Aufgabe der westdeutschen Revolution. Das bedeutet: Annullierung aller Schulden von halbkolonialen Ländern, Übergabe von Eigentum des westdeutschen Kapitals in diesen Ländern an die jeweiligen Nationen, tatkräftige materielle Hilfe beim Aufbau der halbkolonialen Länder – kurz ein Beitrag zur Errich-

tung einer neuen Weltwirtschaftsordnung."

Das ist eine deutliche Abgrenzung zum Expansionismus und Imperialismus der BRD. Erstmals berieten die Delegierten über die Haltung der neuen Partei zur Volksfront. Sie billigten zwei Ergänzungen des Aufgabenpapiers, die die Arbeit von VSP-Mitgliedern in der Volksfront ausdrücklich gutheißen. (siehe umseitig) Das war bisher offen gewesen.

Nicht geklärt wurde das Konzept der neuen Zeitung, d.h. an wen sie sich wendet, welche Schwerpunkte sie verfolgen soll, ob und wie mit anderen Organisationen zusammengearbeitet werden soll usw. Die Delegierten entschieden lediglich, daß die neue Zeitung vom ZK bzw. dem Sekretariat erstellt werden soll und daß keine Redaktion gebildet wird. Das wird das ZK schwächen und die Behandlung schwieriger Fragen in der Zeitung eher behindern.

Hinsichtlich der Bundestagswahlen billigte die Konferenz ein Papier, das wir umseitig in Auszügen dokumentiert haben. Ein Antrag, zur Wahl der Grünen aufzurufen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Dennoch ist die Abgrenzung der neuen Partei zu SPD und Grünen schwach. Der Imperialismus der SPD wird z.B. in dem Papier nicht kritisiert. Die VSP strebt nun örtliche Direktkandidaturen an. Was daraus praktisch werden soll, ob damit z.B. Landeslisten ausgeschlossen sind, ließen die Delegierten offen. Darüber wie über die Fortsetzung der programmatischen Debatte unter den revolutionären Sozialisten wird auf dem kommenden Kongreß in Köln Anfang November zu beraten sein. – (rül)



KPD und GIM auf der 1. Mai-Demonstration 1986 in Köln.

Aufgabenpapier, Beschluß zu den Bundestagswahlen

Aufgabenpapier ...

... Hier stellen sich konkret folgende Aufgaben:

a. 35-Stunden-Woche. Der Fortgang des Kampfes um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wird bereits ein Teil der Wahlkampfauseinandersetzung Ende '86 sein müssen ... wenn die Sache erfolgreich weitergeführt werden soll. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ... ist das offensivste Mittel zur Mobilisierung gegen die Massenarbeitslosigkeit ...

d. Arbeitszeitordnung. Die Aufzählung kann nicht den Anspruch der Vollständigkeit erheben. Berücksichtigt man aber, was gerade auch im Rahmen der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche und Kampf gegen Arbeitslosigkeit eine erhebliche Rolle spielt: Flexibilisierung, Ausdehnung Schichtarbeit usw., dann wird es vermutlich sinnvoll sein, Aktivitäten zur Änderung der Arbeitszeitordnung zu entfalten. Dabei geht es einmal um die Abwehr der Vorstöße von Unternehmern und aus der CDU/FDP, zum anderen um die Unterstützung fortschrittlicher Bestrebungen der AZO (Einschränkung Überstunden u.ä.)

e. Arbeitsgemeinschaft für autonome Gewerkschaftspolitik (Arbeitstitel)

Diese Aufgabe stellt sich natürlich nicht unabhängig von den oben genannten Ansatzpunkten des politischen Eingreifens, sondern wird im Gegenteil mit diesen Fragen verknüpft werden müssen. Aber die Probleme bei der Einwirkungsmöglichkeit einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik erfordern die besondere Anstrengung zur Zusammenfassung von aktiven Kolleginnen und Kollegen, die für eine nicht an Sozialpartnerschaft orientierte Gewerkschaftspolitik eintreten.

2. Friedenspolitik

Beide Organisationen haben sich in der Vergangenheit um eine Arbeit im Rahmen des BUF (Bündnis unabhängiger Friedensgruppen) bemüht, und dies sollte neben den verschiedenen örtlichen Anstrengungen ein wesentlicher Rahmen der Tätigkeit im nächsten Jahr sein ... treten wir ein für Forderungen nach einseitigen Abrüstungsschritten und für den Austritt der BRD aus der NATO und wollen dies auch in die Wahlauseinandersetzung hineintragen ... Ein wichtiger Gesichtspunkt unserer Arbeit in der Friedensbewegung ist, daß diese die Fähigkeit entwickelt, gegen konkrete militärische Aggressionen wie jüngst gegen Libyen zu mobilisieren und hier massiven Druck gegen die Politik der Bundesregierung zu entfalten

...

5. Gegen Ausländerfeindlichkeit

Dies hat sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Feld des Kampfes gegen reaktionäre Bestrebungen entwickelt. Die vereinigten Organisationen haben hier eine Reihe von Erfahrungen und auch eine gemeinsame Praxis. Aktuell bleibt der Kampf für das kommunale Wahlrecht bzw. das Wahlrecht für Ausländer ... Dazu gehört auch unsere Unterstützung eines Niederlassungsrechts für die Immigrantinnen und Immigranten ... Wir treten ein für eine Arbeit im Rahmen des Frankfurter Appells als positivem Ansatz im Kampf für die Gleichstellung ... Darüber hinaus wird der Kampf gegen die Angriffe auf das Asylrecht zu einem immer wichtigeren Thema ...

6. Kampf dem Neonazismus

Am aktuellsten ist hier die sich verbreitende Bewegung nach dem Verbot der FAP. Diese wird von der vereinigten Partei unterstützt ... Im antifaschistischen und demokratischen Kampf waren die praktische Politik von GIM

und KPD zum Teil, die theoretische Beurteilung wichtiger Fragen sehr unterschiedlich. Dies erfordert eine intensive Auseinandersetzung in der vereinigten Partei. Deshalb soll für diesen Politikbereich eine zentrale Arbeitsgruppe gebildet werden. Wie im Aufgabenpapier angesprochen wird die vereinigte Organisation auch ihre Bündnispolitik in diesem Bereich diskutieren und klären müssen. Dabei muß erstens berücksichtigt werden, daß eine nicht geringe Zahl von Mitgliedern der vereinigten Organisation auch als Mitglieder der Volksfront aktiv sind, daß zweitens die Unterstützung der Volksfront die – wenn auch umstrittene – Beschlußlage der KPD war, daß von daher die Volksfront in besonderer Weise ein berechtigtes Interesse daran hat zu erfahren, wie die Diskussion über die Haltung der vereinigten Organisation zur Volksfront verläuft. Die vereinigte Organisation von GIM und KPD betrachtet die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg als eine befreundete Organisation und solidarisiert sich mit ihren Zielen, wie sie in der Satzung formuliert sind. Die Arbeit dieser Organisation ist ein wichtiger Beitrag zur Schaffung eines wirkungsvollen Bündnisses gegen reaktionäre und antidemokratische Maßnahmen des Staates, gegen ausländerfeindliche, rassistische und nationalistische Bestrebungen, gegen die Formierung faschistischer Kreise und gegen die imperialistische Kriegsgefahr. Der Parteitag billigt, daß Mitglieder unserer Organisation aktiv in der Volksfront mitarbeiten und sich für deren Ziele einsetzen.

7. Internationalismus

Hier geht es vor allem um die praktische internationale Solidarität, die für eine revolutionäre Partei ein wichtiger Teil ihrer Arbeit ist. Konkret wird dies auch weiter gegenüber Nicaragua und gegen alle Angriffe auf die Bestrebungen dort gelten müssen. Daneben ist Südafrika und die Befreiungsbestrebungen dort ein wichtiger Brennpunkt und zunehmend die Angriffe und die imperialistische Hetze gegen Libyen ...

Bundestagswahl 1987: Weg mit der CDU/CSU/FDP-Regierung!

... GIM und KPD bzw. die vereinigte Organisation unterstützen den Kampf für die Beseitigung dieser Regierung und rufen unmißverständlich gegen die Wahl der Unionsparteien und der FDP auf.

Nach Lage der Dinge besteht realistisch zur derzeitigen Regierung nur die Alternative einer SPD-Alleinregierung oder einer durch Unterstützung der GRÜNEN (Tolerierung oder Koalition) ermöglichten SPD-geführten Regierung. Eine auch denkbare große Koalition wäre überhaupt keine inhaltliche Alternative zur jetzigen Regierung.

Wir verstehen, daß aus diesem Grund viele SPD wählen werden. Aber wir geben zu bedenken, daß die bisherige Opposition der SPD gegen die Wendepolitik kaum Anhaltspunkte dafür geboten hat, daß die SPD an der Regierung einen grundlegenden politischen Kurswechsel herbeiführen wird ...

Die GRÜNEN haben in vielen Fragen im Bundestag eine richtige Opposition geleistet und nützliche Initiativen eingebracht ... Aber der Druck auf die GRÜNEN zur Anpassung an die durch die kapitalistische Wirtschaft und den bürgerlichen Staat gesetzten Rahmenbedingungen ist stark ... Die GRÜNEN sind keine sozialistische Partei und keine Partei, die sich in besonderer Weise den Interessen der Arbeiterklasse verpflichtet fühlt. Uns kommt es aber auch im Rahmen unseres Eingreifens in die Bundestagswahlen wesentlich darauf an darzulegen, daß der konsequente Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse notwendig die Perspektive des Sozialismus mit einschließen muß ... Die Politik von GIM und KPD bzw. der vereinigten Organisation zur Bundestagswahl hat darum die Niederlage der Wendeparteien zum Ziel, will aber insbesondere die klassenkämpferischen Kräfte stärken ...

"Tag X" – Brokdorf ging ans Netz

Hamburg. Wenige Stunden nach dem Bekanntwerden der Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Brokdorf versammelten sich am 08.10.1986 ("Tag X") in Hamburg mehr als 10000 AKW-Gegner auf dem Heiligegeistfeld (Ort des "Hamburger Kessels") zu einer Demonstration. Am Rande und nach der Demonstration gingen zahlreiche Scheiben zu Bruch, wurde eine Sparkassenfiliale demoliert, eine ausgeräuchert und ein Kaufhaus teilgeräumt. Während die GAL die "nicht gewünschten Aktionen", die dem "Ziel der Demonstration geschadet" hätten, verurteilte, nahmen CDU und SPD sie als Anlaß, ihre Wahlpropaganda zu verschärfen. Bürgermeister v. Dohnanyi, der sich im Fall des Verlustes der absoluten Mehrheit keinen "Zentimeter" mit der GAL einlassen wollte, legte sich nun auf "keinen Millimeter" fest. Die CDU warf dem alten und neuen Innensenator Pawelczyk vor, die Sicherheit der Stadt nicht gewährleisten zu können und den Polizeieinsatz nicht gemäß seiner eigenen Erkenntnis "Wo die GAL ist, ist Gewalt, wo Gewalt ist, ist die GAL" geleitet zu haben. Die CDU forderte Pawelczyks sofortigen Rücktritt. Pawelczyk sprach von Fehlern auf der Polizeiebene; Befehle seien verweigert worden. Tatsächlich hatten viele Polizisten Schuß. Pawelczyk kündigte an, die "Gewalttäter" nun mit zivilen Greiftruppen bekämpfen zu wollen. – (wal)

Landeswahlausschuß be- schließt über Kandidatur

Hamburg. Am 10.10.1986 tagte der Landeswahlausschuß; der Landeswahlleiter ließ mehrere faschistische Gruppen zu den Bürgerschaftswahlen zu. Viele Antifaschisten waren gekommen, um gegen eine Kandidatur von Faschisten zu protestieren. Die Öffentlichkeit wurde für den Fall von Meinungsäußerungen mit Rausschmiß bedroht. Auch Vertreter der anderen sich um eine Kandidatur bewerbenden Parteien durften sich lediglich in eigener Sache äußern. Die reinweg formelle Zulassungsprozedur – sind alle Unterlagen korrekt eingereicht und die Unterstützungsunterschriften ausreichend? – ermöglichte den faschistischen und reaktionären Gruppen (HLA, FAP, ARG, Patrioten, FSU, EFP) die Wahlzulassung. Zur Forderung nach Verbot äußerte sich Innensenator Pawelczyk am 04.09.1986 vor der Presse ablehnend: "Damit würde die Beobachtung verfassungsfeindlicher Aktivitäten durch den Verfassungsschutz erschwert." Die Republikaner, die Bürgerpartei und ein Einzelbewerber scheiterten an den benötigten Unterstützungsunterschriften. – BWK und DKP wurden zu den Wahlen zugelassen. – (hep)



In Brokdorf demonstrieren die Bewohner der umliegenden Ortschaften gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks (Bild). Sie wiesen auf die Bedrohung des Lebens der Menschen, die in nächster Nähe wohnen, hin. Auf Tafeln waren die Namen der Ortschaften und die Anzahl ihrer Bewohner verzeichnet. Die Grünen und zwei weitere Kläger haben die Gerichte angerufen. – (anl)

Kriegspreisverleihung der Gewerkschaft HBV

Frankfurt. Chr. Götz griff beim Anti-Empfang der HBV am 4.10. in Frankfurt v.a. die Förderung faschistischen Gedankengutes an. Gegen den Großversuch der Konservativen, das politische Spektrum nach rechts zu drängen, müsse die Front in den Betrieben aufgebaut werden. Gegen viele Versuche, die Grenzen nach Osten zu verschieben, trat Professor N. Paech, Hamburg, in der Anti-Laudatio auf. Einer der größten Geschichtsfälscher sei A. Schickel, Leiter der historischen Forschungsstätte Ingolstadt. Sein Buch: "Vergessene Zeitgeschichte", Ullstein-Verlag. Schickel konzentriert sich auf Rechtfertigung der Überfälle der Hitler-Armee auf die östlichen Länder. So habe eine Großmachtpolitik Polens gegenüber der Tschechoslowakei Hitlers Überfälle regelrecht in den Schatten treten lassen, etc. Schickel bestreitet folgerichtig auch die Festlegung der westlichen Neiße als Grenze im Potsdamer Abkommen. Die HBV verlieh ihm dafür den Kriegspreis. – (rst)

Keine Transplantation für Asylbewerber

Augsburg. Drei Tage nach seiner Ankunft im Asylager Neuburg/Donau erlitt der Pakistani M. Sajid einen Herzinfarkt. Ein volles Jahr mußte er danach im Krankenhaus zubringen. Nur eine Herztransplantation kann sein Leben retten. Der Leiter des Transplantationszentrums München-Großhadern, Prof. Klinner, lehnte jedoch eine Herzverpflanzung ab, denn zu einer erfolversprechenden Transplantation gehöre auch das "soziale Umfeld des betreffenden Patienten". Wer wie Sajid nicht in eine Familie eingebunden sei, die ihn nach der Operation lebenslang umsorge, falle durch das Raster des Negativkatalogs.

Erstens stellt sich die Frage, ob nicht die Zustände im Asylager maßgeblich für den Infarkt waren. Zweitens verhindert die Regierung das geforderte Familienleben. Drittens erklärt damit der Professor, daß arme Alleinstehende ohnehin nicht für die teuren Transplantationen infrage kommen. – (elf)

Anklage-Erhebung im Fall Günter Sare

Frankfurt. Am 13.6.86 hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt Klage gegen den Fahrer und den Kommandanten des Wasserwerfers 9 (IV/1) erhoben, durch dessen Einsatz Günter Sare getötet wurde. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft waren von vornherein auf den Vorwurf der fahrlässigen Tötung beschränkt, obwohl genügend Anhaltspunkte für vorsätzliches Handeln vorliegen: Als der Wasserwerfer IV/1 in den Kreuzungsbe- reich einfuhr, stand ein Besatzungsmitglied im Führerhaus mit Blick zum späteren Tatort. Der Führerstand ist rundum panoramaverglast und gewährt beste Sicht. Günter stand zum Zeitpunkt der Tat allein auf der hell erleuchteten Kreuzung. Er wurde von dem fraglichen und einem weiteren Wasserwerfer gleichzeitig zielgerichtet unter Beschuß genommen, also auch gesehen. Ausgerechnet zum Tatzeitpunkt wurde die Tonaufzeichnungsanlage funktionsuntüchtig. Unmittelbar vor und nach der Tatzeit war der Fahrtschreiber geöffnet worden. Die Anwältin der Nebenkläger – Mutter und Schwestern von Günter Sare – hat Beschwerde eingelegt u.a. gegen die Ablehnung des Ermittlungsverfahrens gegen den Polizeiführer vor Ort und den Polizeipräsidenten Gemmer. Gleichzeitig hat sie Klage beim Verwaltungsgericht erhoben zur Feststellung der Rechtswidrigkeit der Wasserwerfer-Einsätze, die zu Günters Tod führten. – (udi)

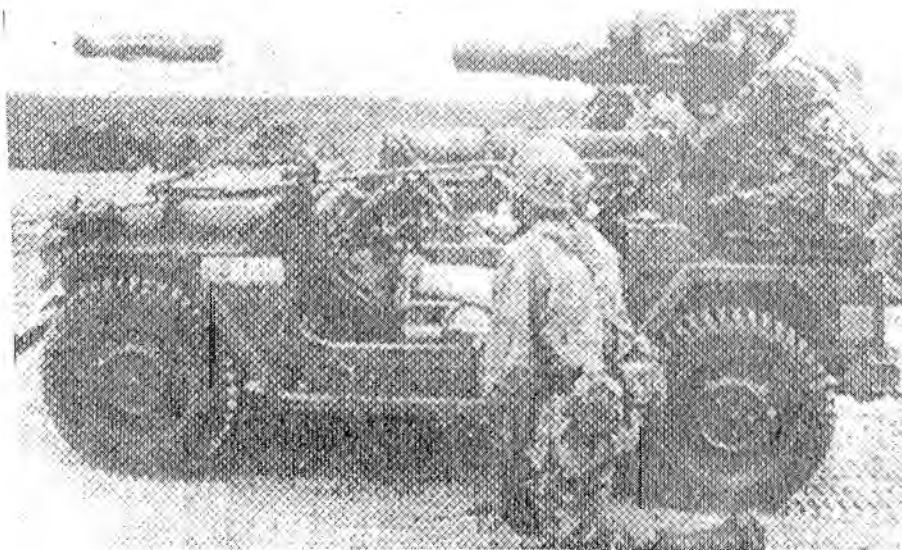
Waffenhandel

Ehrbare Hamburger Kaufleute wollen am Golfkrieg kräftig verdienen

Hamburg. Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate ist in Hamburg eine Bande von Waffenhändlern aufgefliegen, die Waffen in enormem Umfang in das Kriegsgebiet Iran/Irak liefern beziehungsweise vermitteln wollten. Im Juni waren von der Hamburger Kriminalpolizei sechs Kaufleute verhaftet worden, die in das gleiche Kriegsgebiet Waffen im Wert von ca. 1,6 Mrd. DM liefern wollten. Dabei soll es sich um 30 US-Kampfhubschrauber vom Typ Bell-Textron AH-1S Cobra, 5000 Panzerabwehrraketen, 30 veraltete Kampfpanzer vom Typ M48, Flammenwerfer und Haubitzen gehandelt haben. Diese Waffen sollen in England, Belgien und Italien gelagert worden sein. Die Sache flog auf, weil die Polizei einen Tip aus den USA bekam, wonach 30 Cobra-

Jagdbombers Mig-23, 900 Panzerabwehrraketen, 30000 Panzerfäuste und 1500 Geschütze (Typ und Kaliber sind nicht bekannt) und 10 Mio. Schuß Munition. In beiden Fällen traten die Waffenhändler als Makler auf – sie vermittelten den Kontakt zwischen Lieferanten und Kunden und planten, wie jeder Makler gewissermaßen parasitär eine fette Provision zu kassieren. Diese Provision soll im zweiten Fall bei ca. 27 Mio. DM gelegen haben.

Die Beschuldigten verfügen über einige Beziehungen und Erfahrungen im Handel mit dem Iran: Ihr übliches Handelsgut besteht aus Klimageräten, Baumaterialien, Fertighäusern und Gewürzen. Sie sollen diese Beziehungen und die logistischen Einrichtungen ihrer Handelsunternehmen wie Telex, Fernschreiber usw. benutzt haben, um



Die Panzerabwehrrakete TOW, die zur geplanten Lieferung gehörte, ist auch bei der Bundeswehr im Einsatz.

Kampfhubschrauber direkt vom Hersteller in das Kriegsgebiet Iran/Irak geliefert werden sollten und westdeutsche Kaufleute dabei die Vermittlerrolle übernommen hätten. Dieses Geschäft sollte in Verbindung mit einem Schweizer Kapitalisten und mit beratender Unterstützung eines Rüstungskonzerns und einer Versicherung abgewickelt werden. Gleichfalls als Berater in diesem Geschäft waren zwei ehemalige Oberstleutnants der Bundeswehr tätig.

Im September verhaftete die Polizei eine weitere Bande hanseatischer Kaufleute, u.a. einen Vetter des Schnaps-Kapitalisten Unterberg. Diese Bande soll versucht haben, Waffen im Wert von 900 Mio. DM in das Kriegsgebiet am Persischen Golf zu liefern. Im einzelnen geht es dabei um 100 Triebwerke des sowjetischen

diese Waffengeschäfte zu vermitteln.

Der Springerzeitung "Die Welt" zufolge droht der Kaufmannsbande Saurer: "Zehn Jahre Haft drohen", so die Überschrift des "Welt"-Artikels zu diesem Thema. Die ehrbaren Kaufleute haben nämlich gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz von 1961 verstoßen, wonach u.a. auch der Versuch unter Strafe steht, mit ausländischem Kriegsgerät zu handeln oder dessen Verkauf zu vermitteln. Dies gilt auch, wenn die Waffen nicht innerhalb der BRD transportiert, hergestellt oder gelagert werden. Bis heute jedoch sitzt keines der Bandenmitglieder in Untersuchungshaft, sie dürfen im Gegenteil sogar im Ausland weiterhin ihren Geschäften nachgehen. Angeblich besteht keine Fluchtgefahr – ein deutlicher Wink der Justizbehörden an

die einschlägigen Kreise.

Die Kaufleute, gegen die jetzt ermittelt wird, brauchen sich tatsächlich keine Sorgen zu machen. Seit Bestehen des Kriegswaffenkontrollgesetzes hat es bisher nur eine Verurteilung wegen Verstoßes dagegen gegeben: Vier Manager des Rüstungskonzerns Rheinmetall wurden wegen Waffenlieferungen in Krisengebiete zu Gefängnisstrafen verurteilt, die alle zur Bewährung ausgesetzt wurden. Insgesamt hatte dieses Verfahren über fünf Jahre gedauert. Kein Wunder also, daß Franz-Josef Unterberg und seine Kumpane den Dingen gelassen entgegen sehen.

Hamburg ist jedoch nicht nur, wie das "Hamburger Abendblatt" meint, "Schaltstelle des illegalen Waffenhandels", sondern auch des "legalen" Waffenhandels. So werden im Rahmen der westdeutschen Rüstungshilfe vor allem für die Türkei Waffen im Hamburger Hafen verschifft. Größtenteils handelt es sich dabei um ausrangierte Bundeswehrbestände, die zunächst in einem Bundeswehrdepot bei Glinde in der Nähe von Hamburg zentral gelagert und dann über den Hafen exportiert werden. Daneben werden auf Hamburger Werften Fregatten und andere Kriegsschiffe für den Export gebaut, derzeit wird von der Werft Blohm & Voss ein Großauftrag für Portugal abgewickelt.

Quellenhinweis: Hamburger Tagespresse 25.-27.09. – (ano, jok)

Ausländerwoche

CSU: Aus Christlichkeit noch lange kein Kommunalwahlrecht

Nürnberg. Vom 27.9. bis zum 5. 10. 1986 führte der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg unter dem Motto "Gemeinsam leben – gemeinsam entscheiden" erneut eine Ausländerwoche durch. Träger der Woche waren weiter der DGB, die IG Metall, Wohlfahrtsorganisationen und kirchliche Gruppen. Politische Schwerpunktthemen waren die Trennung ausländischer Familien, die Situation der Flüchtlinge in der BRD und das Kommunalwahlrecht für Ausländer in der BRD.

Eine Podiumsdiskussion zum Kommunalwahlrecht für Ausländer bildete die politische Abschlußveranstaltung der Woche. Im Podium saßen Politiker von CSU, FDP, SPD, GRÜNEN und der DKP, unter ihnen der CSU-Landtags- und Nürnberger Oberbürgermeisterkandidat Beckstein. SPD, GRÜNE und DKP sprachen sich für das Kommunalwahlrecht für die ausländischen Bürger aus. Den Worten des SPD-MdL Langenberger konnte man aber unschwer entnehmen, daß die SPD politische Initiativen für das Kommunalwahlrecht in Bayern mit dem Verweis

auf das Erfordernis einer Änderung der Bayerischen Verfassung bremsen wird. Einem dafür notwendigen Volksbegehren weist sie keine Erfolgsaussicht zu.

Der eurovölkische FDP-Vertreter, der das Kommunalwahlrecht beschränkt auf EG-Staatsangehörige wünschte, regte in aller Unschuld an, angesichts der derzeitigen Volksstimmung das Thema nicht anzufassen. CSU-MdL Beckstein warf nach eindeutiger Ablehnung des Kommunalwahlrechts für die CSU ("weil wir Deutsche zueinander eben doch in größerer Solidarität stehen und weil wir keine grundlegende Umgestaltung unseres Landes wollen") der SPD demagogisch vor, sie möge doch dort, wo sie Mehrheiten habe, erst einmal das Wahlrecht einführen. Außerdem sei es unseriös, nicht zu bekennen, daß das Kommunalwahlrecht nur ein Einstieg in das allgemeine Wahlrecht sei. Am meisten Aufregung löste bei Herrn Beckstein und den CSU-Anhängern der Vorwurf aus dem Publikum aus, die Ausländerpolitik der Union sei "unchristlich". Die Forderung nach Rechten lasse sich aus christlichem Verständnis nicht ableiten.

Die Nürnberger Linke war auf der Veranstaltung nur schwach vertreten. Auch von (deutscher) gewerkschaftlicher Seite fanden die ausländischen Bürger, die ihre Interessen gegen den CSU-MdL verfochten, kein klärendes Wort zur Unterstützung. — (mas)

Sonntagsarbeitsverbot

Taugt "Schutz der Familie" gegen Sonntagsarbeit?

Friedrichshafen. Am 15.9.86 veranstaltete die KAB (Katholische Arbeiterbewegung) in Friedrichshafen eine Podiumsdiskussion zum Vorhaben der CDU, in einem neuen Arbeitszeitgesetz das Sonntagsarbeitsverbot aufzuheben. Die KAB Bodenseegau hatte auf den Landesverbandstag im Juni eingebracht: "Erst werden aus Wettbewerbsgründen zu teure menschliche Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzt, jetzt sollen wiederum aus Wettbewerbsgründen die Menschen am Sonntag arbeiten, weil die Maschinen zu teuer sind, um sie am Wochenende abzuschalten."

Auf dem Podium: CDU-MdB Kolb, CMV-Sekretär Ehret, der ehemalige Landes- und Bundespräsident, Monsignore Burger.

MdB Kolb: "Wollen sie 2 DM Aufschlag aufs Bier zahlen?" Das müssen sie, wenn die Gewerkschaften die Arbeitszeit weiter verkürzen, der Sonntag aber arbeitsfrei bleiben soll. Er erntete Gelächter und Protest. CMV-Sekretär Ehret entgegnete, die Arbeitszeitverkürzung böte die Chance, den Sonntag neu zu entdecken, da er

nicht mehr zur Erholung von der Arbeit benötigt würde. Der Sonntag dürfe deshalb nicht eingereicht werden in die zur freien Verfügung stehenden freien Tage, er müsse für die Familie reserviert werden.

Auf den Einwurf, die Arbeit hat die Frau, wenn sich die Familie einen schönen Tag macht, erklärte Monsignore Burger, die Kocherei sei nicht mehr nötig, um den Sonntag herauszuheben. Heutzutage gäbe es jeden Tag was Gutes zu Essen. Aber als die Kirche mal zu fleischfreien Sonntagen aufgerufen hatte, habe sich auch niemand drangehalten. Das Anspruchsdenken sei schuld, wenn das Sonntagsarbeitsverbot fällt. Sonntagsarbeit gäbe es, weil "wir nicht bereit sind, auf die frischen Brötchen am Montagmorgen, den Sportbericht in der Montagszeitung zu verzichten".

Verzichten — das Stichwort für MdB Kolb. Er zog vom Leder gegen zu viel Freizeit. "250000 haben sich in ihrer Freizeit berufs- und erwerbsunfähig gemacht." Nicht er sei für die Sonntagsarbeit, sondern die IGM. "Wer den Samstag nicht in die Flexibilisierung reinnehmen will, gefährdet den Sonntag."

CMV-Sekretär Ehret. Über Sonntagsarbeit muß gesprochen werden. Aber wer Sonntagsarbeit einführt, "legt Axt an die Grundlagen der Familie". DGB-Kreisvorsitzender Siefertz verpflichtet ihm bei, "der Sonntag gehört der Familie". Schon seit dem Plakat "Samstags gehört Vati mir" habe der DGB gezeigt, daß es ihm um die Familie ginge. Er appellierte an einen "nationalen Konsens" gegen die Aufhebung des Sonntags-Arbeitsverbots "zum Schutz der Familie".

Eine besonders raffinierte Taktik? Der auf ein entspanntes Verhältnis mit der katholischen Kirche erpichte DGB-Kreisvorsitzende sitzt wie ein hypnotisiertes Kaninchen vor der Schlange: Er akzeptiert das reaktionäre Familienbild — gegen das Anspruchsdenken. Wer glaubt, daß das taugt, um den Anspruch auf das freie Wochenende zu verteidigen, der muß an Wunder glauben. — (lfn)

Ritterkreuzträger

Antifaschisten bekämpfen "Ordensgemeinschafts"treffen

Goslar. An dem Anfang Oktober abgehaltenen 32. Bundestreffen der "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e. V." (etwa 100 Mitglieder) nahmen ca. 400 (inkl. Gästen) teil. Das "Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes" in seinen diversen Ausführungen (7200 "Träger") hat von 1939 bis 1945 den Militärorden "Pour le merite" (Für das Verdienst) abgelöst, der nur an Offiziere vergeben wurde. Es wurde direkt durch den "Führer" verliehen und ist

nicht zu verwechseln mit den in verhältnismäßig hoher Zahl ausgeschütteten "Tapferkeitsmedaillen" EK II und EK I. Oberst Rudel ("goldenes Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz") und Göring ("Großkreuz") führen die Hierarchie derer an, die ausgezeichnet wurden für besondere "Verdienste" für das faschistische Deutschland im Rahmen des imperialistischen Angriffs- und Eroberungskriegs bzw. für ihre persönliche Verantwortung von Verbrechen des deutschen Faschismus. Die "Ordensgemeinschaft" betreibt eine Politik der Verherrlichung des deut-



"Ehrenmal der Goslarer Jäger" — der von den "Ritterkreuzträgern" niedergelegte Kranz blieb nicht lange vor der "Gedenkstätte" liegen.

schen Faschismus, der Glorifizierung der "Werte Familie, Heimat, Volk, Vaterland", was noch immer Rassismus und Unterwerfung fremder Völker zum Ergebnis hatte, und des großdeutschen Revanchismus.

Das von der "Initiative für ein Antifaschistisches Plenum Goslar" — bisher unterstützt von SJD / Die Falken, DDF, DKP, SDAJ, Volksfront, VVN / BdA und Friedensliste — herausgegebene Flugblatt (Auflage: 2000) mit dem Titel "Das Ritterkreuz — ein Orden für's Morden!" wurde ferner unterzeichnet von Grün-Alternativer Wählergemeinschaft (GAW), VVN / BdA Südharz und MSB Clausthal. Die Aktionseinheit konzentrierte ihre Aktivitäten auf den Empfang im Rathaus zwei Tage vor der Kommunalwahl ("Kommunalpolitischer Skandal: Würdenträger der faschistischen Wehrmacht werden im Rathaus empfangen" — im Flugblatt wurden Forderungen nach Umbenennung von Straßennamen sowie Beseitigung der Gedenktafeln für die Generäle der faschistischen Wehrmacht, Rommel und Guderian, erhoben) sowie auf die "Gedenkfeier" am "Ehrenmal der Goslarer Jäger". Gut 30 Antifaschisten konnten das "Heldengedenken" (Beteiligung u. a. von Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, englischen und französischen Streitkräften) trotz starken Polizeiaufgebots beeinträchtigen. — (mio)

Niedersächsische Kommunalwahlen

Die Reaktion kann sich weiter festigen – große Koalition wird geübt

Hannover. Trotz Verlusten von -4,2% bei den Kreiswahlen, -4,4% bei den Gemeindewahlen, bleibt die CDU mit 46% im Landesdurchschnitt stärkste Partei in den niedersächsischen Kommunalparlamenten. Die SPD gewinnt gegenüber den letzten Kommunalwahlen im Landesdurchschnitt zwar 3,6%, bleibt aber mit 40,5% unter dem Landtagswahlergebnis. Die FDP verliert im Landesdurchschnitt 1,5% und erreicht nur noch 4,9%. Die GRÜNEN, die in 35 von 38 Landkreisen und in acht von neun kreisfreien Städten kandidierten, erreichten bei den Kreiswahlen 5,4% (1981: 3,6%) und bei den Gemeindewahlen 3,7% (1981: 1,3%). Sie sind, auch durch grün-alternative Wählergemeinschaften, nun in allen Landkreisen und kreisfreien Städten vertreten.

Jeder Wahlberechtigte hatte drei Stimmen, die er einzelnen Kandidaten kumuliert oder gesplittet zukommen lassen konnte. Von Bedeutung für die Bewertung der Kommunalwahlen ist die Ende 1984 auf Betreiben der CDU-Landesregierung vorgenommene Änderung des niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes. Das bis dahin gültige Zählverfahren für Mandate nach Hare-Niemeyer wurde durch das Sy-

stem d'Hondt ersetzt, wodurch kleinere Parteien erheblich benachteiligt werden.

Die faschistische NPD und FAP konnten – gefördert durch CDU und FDP – trotz zahlreicher Proteste und Aktionen von antifaschistischen Kräften kandidieren. Die NPD konnte ihr Ergebnis von 1981, als sie 0,1% erreichte, halten. Ihre 2226 Stimmen (1,3%) in Helmstedt haben ihre Grundlage in der von der CDU/FDP-Landesregierung betriebenen rassistischen Hetze gegen die dort über die DDR eintreffenden Asylbewerber. Erfreulich ist, daß die NPD ihre fünf Mandate in Gemeindeparlamenten und Kreistagen verloren hat.

Die FAP kandidierte u.a. in zwei Landkreisen (193 Stimmen) und in Hannover in einem Wahlkreis für den Bezirksrat. Ihre Bemühungen, mit offener faschistischer Politik und mit Überfällen auf Antifaschisten und Ausländer einen "Stützpunkt" in Hannover zu errichten, wird mit 229 Stimmen, das entspricht 0,3%, gefördert. Darüber hinaus kandidierten an zahlreichen Orten nationalistisch/faschistische "Wählergemeinschaften", so in Braunschweig mit Mitgliedern der "Konservativen Aktion" (1,5%) und in

Celle, wo der Chefredakteur des rassistischen Hetzblatts "Sonntags Kurier" mit 8,2% in Rat und Kreistag einzieht.

Die DKP, die in 14 Landkreisen und in allen neun kreisfreien Städten kandidierte, erreicht wie 1981 im Landesdurchschnitt 0,4%. Daß sie gegenüber 1981 (20) drei Mandate verliert, liegt nicht nur am geänderten Auszählverfahren. In Hannover, Göttingen und Oldenburg führen Stimmverluste bis zu 40% auch zu Mandatsverlusten. Andererseits erzielt die DKP auch z.T. erhebliche Stimmgewinne, so im Landkreis Bentheim, in Rotenburg und in Nordenham. Der DKP-Bezirksvorstand Niedersachsen bezeichnet die Verluste als Beitrag der DKP zur "Ablösung der Bonner Rechtskoalition". Aber wie ist es mit den Gewinnen? Gibt es Anhaltspunkte, daß die DKP dort, wo sie Ansprüche der Lohnabhängigen zu den Kommunalwahlen geltend machte, sich stabilisieren und festigen konnte?

In Lüneburg kandidierte die Ortsgruppe der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg unter dem Wahlauftrag "Für Arbeiterinteressen! Gegen Volksgemeinschaft und Ausländerfeindlichkeit!" in zwei von vier Wahlkreisen und erhielt 76 Stimmen. Bemühungen von Volksfront und BWK, unter Beteiligung der DKP ein Bündnis zu den Kommunalwahlen in Lüneburg zu errichten, waren letztendlich an der DKP gescheitert, wirkten aber dennoch auf das DKP-Kommunalprogramm. Daß die DKP in Lüneburg mit 440 Stimmen gegenüber 476 Stimmen (1981) nur geringe Verluste hat und daß Volksfront und DKP zusammen mehr Stimmen haben als die DKP 1981, zeigt die Unterstützung für eine Politik im Interesse der Lohnabhängigen und verlangt – zumal die Ergebnisse der DKP qualitativ nicht so viel besser sind als die der Volksfront – die Erneuerung des Bündnisses.

Die neuerlich vertretene Auffassung, die Reaktion sei geschwächt, können wir nicht teilen. Die GRÜNEN, die sich vielerorts als "entscheidende Kraft" sehen, werden häufig "übergangen". So plant die Hannoverische SPD, ihren alten und neuen Oberbürgermeister mit den Stimmen der FDP zu wählen und die Mehrheiten über den Haushalt '87 "zu suchen". Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 07.10. schreibt: "Einiges spricht dafür, daß es eher zu stillschweigend verabredeten großen Koalitionen zwischen SPD und CDU kommen wird, die es auch in der Vergangenheit schon gegeben hat..."

Ohne daß Arbeiterinteressen gerade auf kommunaler Ebene mehr Gewicht erhalten, wird man der Reaktion nicht beikommen.

Quellenhinweis: UZ, 07.10; div. Tageszeitungen aus Nds.; Vorläufiges amtliches Ergebnis der Kommunalwahlen in Nds. – (gec, hgh)



Das Auftreten zahlreicher reaktionärer und faschistischer Listen bei den Kommunalwahlen war begleitet durch faschistischen Straßenterror. In Hannover gab es Anschläge auf Unterkünfte für Asylbewerber. Ausländer und Antifaschisten wurden des Nachts überfallen und krankenhaushausreif geschlagen, in Braunschweig bewarfen Skinheads und Faschisten ein Haus, welches Antifaschisten bewohnten, mit Brandsätzen und schossen mit Schreckschußpistolen um sich. In der Woche vor der Wahl gab es dagegen in Hannover, Braunschweig und Lüneburg Demonstrationen, an denen sich ca. 600 Personen beteiligten. In Osnabrück blockierten am 29.9. 150 Antifaschisten eine Veranstaltung der faschistischen DVU, und in Goslar protestierte eine Aktionseinheit gegen das 32. Bundestreffen der "Ritterkreuzträger".

§ 129a

Zum Umgang der Linken mit "ihren" Gefangenen

Duisburg. Über 300 Leute kamen am 6.10. zu einer Veranstaltung zu den Verhaftungen von Barbara Perau, Norbert Hofmeier und T. Thoene, gegen die als "illegale Militante der RAF" wegen § 129a StGB ermittelt wird.

Zu der Veranstaltung aufgerufen hatten neben verschiedenen autonomen und antiimperialistischen Gruppen aus dem Ruhrgebiet u.a. BWK, Volksfront, KPD und die Vollversammlung des Oberhausen Kolleg. Das Spektrum der Teilnehmer reichte von Oldenburg über Köln bis Berlin. Beiträge gab es von dem Anwalt von Norbert zur Situation der drei Verhafteten sowie zur "fünften Front" (Front gegen die innere Subversion) der NATO, zur Konstruktion der "vier Ebenen der RAF", zur Frontbildung "Was wir unter Solidarität verstehen"; es wurde ein Brief von Norbert aus dem Knast vorgelesen.

In der Vorbereitung der Veranstaltung war es nicht gelungen, sich auf konkrete Forderungen zu einigen. Als Gegensatz stand: Soll die Veranstaltung auch dazu dienen, gegen die Verhaftungen weitere gemeinsame Schritte zu besprechen, oder sollen nur Standpunkte dargelegt werden? Entsprechend schwierig gestaltete sich die Diskussion auf der Veranstaltung. Während manche die Forderung nach Freilassung als Minimalforderung einbrachten, waren andere der Ansicht, daß dies illusionär wäre angesichts der Linie, die der Staat im Moment durchzusetzen versucht. Die Teilnehmer wollten wissen, was denn nun konkret gemacht werden könne. Darauf kam die Antwort, daß jeder machen könne, was er richtig hielt. Dieser Standpunkt, nur die subjektive Auffassung als Maßstab für weiteres Handeln zu nehmen, zeigte sich dann auch, als ein Solidaritätstelegramm verabschiedet werden sollte. Es wurde bezweifelt, daß das Telegramm sinnvoll sei, weil es nicht aus einer total widerspruchsfreien Situation heraus entstanden war. Erst aufgrund eines Hinweises auf Mehrheitsbeschlüsse konnte es verabschiedet werden.

Der Streit, "Wer ist hier der wahre Revolutionär?" zeigte sich schon auf dem Antiimperialistischen Kongreß Anfang des Jahres in Frankfurt und konnte da auch nicht geklärt werden. Soll Bündnispolitik auf die Kräfte abzielen, die objektiv und auch ganz praktisch (z.B. die Thyssen-Kollegen von Norbert) gegen die Verhaftungen sind oder sollen Bündnisse sich begrenzen auf Kräfte, die sich auch subjektiv bereits in absoluter Gegnerschaft zu diesem Staat befinden?



Für die politischen Gefangenen wurden spezielle Isolationsknäste wie hier in Köln gebaut.

Kommt es nicht gerade jetzt darauf an, gezielte Aufklärung und Kritik gegen die Verhaftungen und die hiermit bezweckten Verschärfungen, die über die drei hinausgehen, zu entwickeln? Es stellt sich die Frage, ob man Aufklärung und Information ausschließlich begreift und somit andere Formen des Protestes ausgrenzt, wie es umgekehrt auch gemacht wird, oder dieser Spaltung entgegentritt. Auf der Veranstaltung wurde der Vorschlag gemacht, eine neue Veranstaltung zu den aufgetretenen Widersprüchen zu machen. Das ist richtig, will man die Lage der politischen Gefangenen ändern. Geäußert hat sich dazu niemand. Man wird sich wohl streiten müssen. — (i.)

Krankenhausfinanzierung

CSU gibt Geld, wenn Fünftagewoche kippt

Augsburg. Seit Jahren hält die Auseinandersetzung um die Finanzierung für den laufenden Unterhalt des Augsburger Zentralklinikums an. Das Defizit macht bisher jährlich 50 Mio. DM aus. Das Land gibt keine Zuschüsse, weil dies ein kommunales Krankenhaus ist, im Gegensatz zu einer Universitätsklinik. Es erscheint zunächst als Erfolg der SPD in den Wochen vor der Landtagswahl, die CSU soweit unter Druck gesetzt zu haben, daß die sich taktisch entzweite und eine Bezuschussung versprechen mußte. Deren Form und Höhe allerdings stehen noch keineswegs fest, die Gelder sollen aber an die "medizinische Spitzenversorgung" in einigen Abteilungen geknüpft werden, parallel zum Münchener Herzzentrum.

Anfang September schrieben die Chefarzte des Zentralklinikums einen offenen Brief an Strauß, in dem sie erklärten, der medizinische Standard sei in Gefahr, wenn die Finanzierung von Ersatz- und Neuinvestitionen in medizinisches Gerät nicht gesichert

sei. Damit hatte sich eine Gehaltsklasse zu Wort gemeldet, die in München schnell Gehör findet. Bemerkenswerterweise sprachen sich die Chefarzte auch gegen die Stellenstreichungen aus, die in einem Gutachten des kommunalen Prüfungsverbandes gefordert worden waren. Eine Woche später deutete der bayerische Wirtschaftsminister Jaumann an, daß Gelder für den laufenden Unterhalt gezahlt werden sollen. Der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion Tandler besuchte kurz darauf das Klinikum und sagte ebenfalls Finanzmittel zu, nachdem die Krankenkassen durch die Zustimmung zu einem Pflegegesetz von 322 DM pro Tag und Patient ihre Anerkennung der medizinischen Leistungen am Klinikum ausgedrückt hatten.

Die SPD konnte demgegenüber darauf verweisen, daß eine so vage Zusage keine wirkliche Zusage ist, zumal die CSU erst noch durch ein Gutachten klären lassen will, ob die im Augsburger Klinikum erbrachten medizinischen Leistungen tatsächlich "universitätsgleich" seien. Dies wurde u.a. auf einem Expertengespräch, zu dem das DGB-Bildungswerk einlud, deutlich.

Was jedoch in der öffentlichen Diskussion bisher an den Rand gedrückt zu werden scheint, ist die Tatsache, daß die Bayerische Staatsregierung Rationalisierungsergebnisse zu sehen wünscht, ehe sie Gelder gibt. Und Rationalisierung bedeutet bekanntlich Stellenstreichung. Der Krankenhauszweckverband Augsburg, in dem SPD-OB und CSU-Landrat vertreten sind, hat die Betriebsvereinbarung über die Fünftagewoche zum Jahresende gekündigt. Bisher hatte die SPD in der Stadtverwaltung nicht direkt die ÖTV am Krankenhaus angegriffen. Das scheint der Preis zu sein, den Strauß für die Landesgelder verlangt. Die ÖTV führt eine Unterschriftensammlung am Zentralklinikum zur Verteidigung der Fünftagewoche durch. — (ael)



Das Augsburger Zentralklinikum wird kommunal betrieben.

Hamburg

Bürgerschaftswahlkampf: Der Ausländerfeindlichkeit bleibt Tür und Tor geöffnet

Hamburg. Keine Gelegenheit lassen SPD, CDU und FDP gegenwärtig aus, sich von Gewalt gegen Ausländer in Hamburg zu distanzieren und den "Bürger" zu mehr Verständnis und Toleranz aufzurufen. Ausländerpolitik steht im Wahlprogramm der SPD unter dem Stichwort "Frieden", bei der FDP unter Minderheitenschutz. Das ist ihre Art Antwort auf die Morde an Mehmet K. und Ramazan Avci Ende vergangenen Jahres durch neofaschistische Skinheads und eine Welle rassistischer Übergriffe. Inzwischen planen vier faschistische Parteien, NPD, FAP, HLA und ARG, ihre Kandidatur zur Bürgerschaftswahl. Die Verbreitung rassistischer Parolen wird nicht nur geduldet, sondern durch die Politik des Hamburger Senats und die programmatischen Aussagen von SPD, CDU und FDP unterstützt.

Das soll im folgenden an einigen Punkten der Senatstätigkeit sowie der politischen Aussagen zur Bürgerschaftswahl bewiesen werden.

In einer Erklärung, die 24 türkische Organisationen nach dem Mord an R. Avci veröffentlicht haben, hieß es dazu:

"Der Tod von Ramazan ist kein Zufall... Er ist das Ergebnis der Gesetze und der Politik, die gegen die Ausländer durchgeführt werden. Er ist das Ergebnis des Verhaltens und der Politik, die gegen die Ausländer durchgeführt werden. Er ist das Ergebnis des Verhaltens und der Politik, die der Staat, die Polizei und andere Institutionen selbst durchführen. Es ist nicht möglich, nur ein paar Mörder für den Mord an Ramazan verantwortlich zu machen. Die Verantwortlichen sind diejenigen, die die gesellschaftlichen Bedingungen für diesen Mord geschaffen haben..."

Was für "gesellschaftliche Bedingungen" für Ausländer in Hamburg sind damit gemeint?

167.502 Ausländer gab es im März 1986 in Hamburg. Ihre Zahl geht zurück. 1980 standen 14.435 Zuzügen aus den "Hauptanwerbeländern" nur 4.799 Fortzüge gegenüber. 1984 dagegen kamen auf 3.339 Neuhinzugezogene 10.682 Rückkehrer. Dies ist das Ergebnis der staatlichen Maßnahmen zur Rückkehrförderung, der Begrenzung des Familiennachzuges, des rechtlichen Vorrangs deutscher Arbeitnehmer gegenüber gleichqualifizierten Ausländern bei der Besetzung von Arbeitsstellen etc.

Fast 80% der ausländischen Arbeitnehmer waren Mitte dieses Jahres in Hamburg als Arbeiter beschäftigt, dagegen nur knapp 40% der deutschen Arbeitnehmer. Die Arbeitslosigkeit

trifft Ausländer entschieden stärker: Ende 1984 waren 19,4% der Männer und 27,9% der Frauen arbeitslos. Die Schwerpunkte der Ausländerarbeitslosigkeit liegen laut Senatsdrucksache vom 5.3.86 bei Männern im produzierenden Gewerbe (Metallerzeugung, Schlosser, Ernährungs- und Baugewerbe), bei Frauen in Ernährungs- und Reinigungsberufen.

Obwohl inzwischen ca. 65% der Ausländer seit mehr als zehn Jahren hier sind, obwohl jeder dritte hier aufgewachsen ist, stehen sie nach wie vor

daß deutsche Lohnabhängige Vorrang hätten. 1.323 Ausländer hat diese Regelung im ersten Halbjahr 1984 getroffen.

Wer den Nutzen aus der rechtlosen Lage der ausländischen Arbeiter zieht, ist klar. Selbst im Ausländerbericht der Bundesregierung (E. Funcke 9/86) ließ sich nicht verschweigen, daß die Arbeitsplätze in den Zentren der kapitalistischen Schwerindustrie liegen und dort, wo die Löhne am niedrigsten sind. Seit Wallrafs "Ganz unten" sind für jedermann die Bedin-

*Der Tathergang läßt jeglichen
Vorsatz vermissen - die Jungs
würden einfach jeden erschlagen.*



Regierungsamtliche Verharmlosung. Das war die Senatslinie bei der Strafverfolgung der vier Skinheads, der Mörder von R. Avci.

unter der Knute einer Fülle von Sondergesetzen. So hatte z.B. fast die Hälfte der ausländischen Arbeitnehmer in Hamburg im Juni 1984 nur eine befristete Arbeitserlaubnis, unter den arbeitslosen Ausländern waren es 56%. Befristete Formen der Arbeitserlaubnis gibt es sowohl bei der allgemeinen wie bei der besonderen Arbeitserlaubnis. Mehr als 13% der ausländischen Arbeitnehmer (nicht EG) in Hamburg hatten zum o.g. Zeitpunkt nur die allgemeine Arbeitserlaubnis. Diese wird in der Regel nur in einem bestimmten Betrieb erteilt und auf längstens zwei Jahre befristet. Sie wird nicht erteilt, wenn ein Deutscher oder ein ihm gleichgestellter Ausländer (z.B. aus der EG) Anspruch auf den Arbeitsplatz erhebt. Unter diesen Bedingungen einmal arbeitslos geworden, hat man kaum eine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz. Seit Anfang 1983 verweigern außerdem die Arbeitsämter bundesweit die Erteilung bzw. Verlängerung der allgemeinen Arbeitserlaubnis mit der Begründung,

ungen nachlesbar, unter denen sich ausländische Arbeiter verkaufen müssen, wenn sie, wie oben beschrieben, keine allgemeine Arbeitserlaubnis besitzen.

Was ziehen die bürgerlichen Parteien daraus für Konsequenzen? Die CDU tritt für "Rückkehrförderung" ein. Das sei zugleich "Entwicklungshilfe für die Herkunftsländer". Des SPD-Senats größte Sorge ist, arbeitslosen Ausländern "vermehrt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zuzuweisen, sowohl im Bereich der öffentlichen als auch der privaten Träger" (Senatsdrucksache 11/5891). Beide Parteien kümmern sich also in gleicher Weise darum, daß auf keinen Fall die ausländische Arbeitskraft nutzlos brachliegt, statt westdeutschen Kapitalisten hier oder im Heimatland billig zur Verfügung zu stehen. Deswegen ist auch nur konsequent, daß keine von beiden ein Interesse hat, an der Rechtlosigkeit der Ausländer etwas zu ändern. Bloß kein Zusammenschluß um gewerkschaftliche oder politische

Rechte. Das könnte die Kapitalisten ja teuer zu stehen kommen.

Seit Jahren steht am Anfang und insofern im Mittelpunkt der Forderungen nach politischen Rechten für Ausländer die Einführung des kommunalen Wahlrechts. Das ist in Hamburg das aktive und passive Wahlrecht zu den Bezirksversammlungen. Obwohl es hier nur um so einfache und beschränkte Rechte geht wie Einfluß auf die Wohnbedingungen, die Verkehrsverbindungen zum Arbeitsplatz etc. zu nehmen, obwohl die minimalen Rechte der Bezirksversammlungen noch weiter beschnitten werden sollen, weil sie "sich zu oft gegen den Senat gestellt" haben (Innensenator a.D. Rolf Lange), sperrt sich der Senat mit allen Mitteln. Gegen die Mehrheit selbst in der eigenen Partei, die diese Forderung schon ins Arbeitsprogramm des Senats für 1982-86 gebracht hatte, gegen den Widerstand der Bezirksversammlungen, von denen sechs der sieben bestehenden die Forderung beschlossen haben, gegen eine große Zahl von Initiativen und nicht zuletzt gegen Beschlüsse in den Gewerkschaf-

ten setzt der Senat unter Führung von Bürgermeister Dohnanyi seinen Standpunkt durch.

Und wie lautet der Standpunkt Dohnanyis? "Wir sind keine Einwandererstadt, wir sind kein Einwandererland. Hamburg kann nicht Zufluchtstätte für alle Not in der Welt sein." Dazu ein zweites Zitat: "Aber die Bundesrepublik Deutschland ist weder ein Einwanderungsland noch Weltsozialamt und schon gar nicht geeignet, die politischen Probleme der Welt zu importieren." Von wem stammt das wohl? Nummer eins ist aus Dohnanyis Buch "Hamburg – Mein Standort", veröffentlicht im April 1986. Nummer zwei ist aus "Deutsche Stimme", September '86, Zeitung der NPD. Der Vollständigkeit halber noch eine Beigabe aus dem Wahlprogramm der CDU, wo sie das Gespenst von den "Deutschen" an die Wand malt, die "sich als Fremde im eigenen Stadtteil fühlen".

Und wie stellt sich der SPD-Senat, wenn er vor die Früchte solcher Parolen gestellt wird? Mit regierungsamtlicher Verharmlosung der Skinheads, deren Verbindungen zu Neofaschisten

(FAP) belegt sind und die Ausländer überfallen und morden, mit der Leugnung rassistischen Terrors überhaupt. Für die Aufrechterhaltung des rechtlosen Zustands ausländischer Arbeiter greifen Senat und CDU zu den gleichen Argumenten wie die Faschisten. Auch für die nächsten vier Jahre ist hier der Weg vorgezeichnet. "Integration" ("Deutscher werden"), "Zuzugsbegrenzung", "Rückkehrförderung" heißt die ausländerpolitische Linie bei der CDU. Auf keinen Fall will sie Wahlrecht für Ausländer schaffen. Die SPD hat dies zwar im Wahlprogramm. Beim Bürgermeisterkandidat Dohnanyi aber heißt es: "Wir sollten in den kommenden Jahren durch Ausländerbeauftragte, Ausländerbeirat und die Förderung einer viel zügigeren Einbürgerungspraxis in der Bundesrepublik die Integration weiter beschleunigen." (Hamburg, Mein Standort, 4/86). Längst existiert dazu auch ein Senatsvorschlag auf Einrichtung eines Beirates im Herbst 1987. Und zwar einer von der Sorte, die für den Kampf um gleiche Rechte nur im Wege sind. – (ruo)

Asylpolitik als Vorbild für Bonn

Die Bundesregierung hätte sich nach Auffassung des Hamburger Innensensors und zweiten Bürgermeisters Pawelczyk längst der erfolgreichen Hamburger Ausländerpolitik anschließen sollen. Dem Senat der Hansestadt ist es gelungen, die Zahl der Asylsuchenden von ca. 16000 im Jahre 1981 auf weniger als 8000 1985 zu senken. Nur jeder Fünfte hat überhaupt Aussichten auf Anerkennung seines Asylantrages, und in der Zahl der Abschiebungen hält Hamburg bundesweit den Rekord. Diese Politik stößt auf vielfältigen Widerstand. Anfang 1986 hat eine große Zahl von Initiativen und Organisationen, zusammengefaßt in der "Koordination Flüchtlinge in Hamburg", ein "Schwarzbuch Asyl" zur Unterstützung der Kämpfe gegen die offizielle Ausländerpolitik im "Tor zur Welt", Hamburg, herausgegeben. Daraus einige Auszüge:

Hamburg hat eigene Initiativen ergriffen zur Beschleunigung des Asylverfahrens. Als erste Maßnahme zur "Eindämmung der Asylantragsflut" beschloß der Hamburger Senat Mitte November 1980, sechs zusätzliche Kammern für Asylverfahren und eine zusätzliche Kammer beim Oberverwaltungsgericht einzurichten. Im Dezember 1981 trafen Bundesinnenminister Baum und Hamburgs Innensenator Pawelczyk die Vereinbarung, in Hamburg eine Außenstelle des Bundesamtes für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge einzurichten, die über Asylanträge direkt ent-

scheiden sollte. Mit dieser zunächst als Modellversuch von zweimonatiger Dauer geplanten Einrichtung strebten sie die Verkürzung der Verfahrensdauer von zwölf auf drei Monate an. Im März 1982 war der Modellversuch abgeschlossen: Die Verfahrensdauer konnte auf zwei Monate reduziert werden! Von 650 bearbeiteten Anträgen sind in dieser Zeit 630 abgelehnt worden. Hamburg war damit – laut Presseberichten – zur schärfsten Gangart gegenüber den Asylsuchenden im Bundesgebiet übergegangen. Noch im November 1980 hat sich der Hamburger Senat in einem Grundsatzbeschuß gegen die Einrichtung von Sammelagern für Asylbewerber ausgesprochen ... Sozialsenator Ehlers warnte vor einer KZ-Architektur in der Hansestadt. Der überwiegende

Teil der in Hamburg lebenden Flüchtlinge lebte damals in privaten Wohnungen, die sie von ihrem eigenen Lohn bezahlten. Als 1982 das Arbeitsverbot für Asylbewerber erlassen wurde, hatten Neueinreisende keinerlei Chance mehr, eine Privatwohnung zu halten und konnten sofort in Lager gesteckt werden. Für die Lager wurden Gebäude ausgewählt, oft ehemalige Obdachlosenheim, leerstehende Firmengebäude, die alle am Stadtrand oder in Industriegebieten angesiedelt sind. So konnte der Kontakt zur deutschen Bevölkerung vermieden werden. In den Lagern besteht Anwesenheitspflicht. Bei längerem Fernbleiben wird vielfach die Auszahlung der Sozialhilfe verweigert. Auf Initiative Hamburgs ist 1982 auch die im Asylverfahrensgesetz festgelegte Quotenregelung zustande gekommen. Auf deren Grundlage betreibt die Hansestadt eine rigorose Verteilungspolitik in andere Bundesländer. Viele Flüchtlinge, die in Hamburg Halt gefunden haben, kommen dem Verteilungsentscheid nicht nach. Sie werden nicht gewaltsam verlegt. Aber gehen sie zum Sozialamt, so wird von dort aus die Ausländerbehörde verständigt, die für den Abtransport sorgt.

Hamburgs Senat brüstet sich mit einer Zahl von 1500 Abschiebungen allein für das Jahr 1984. Das war die weitaus höchste Zahl im gesamten Bundesgebiet. Auch 1985 wurden allein bis Oktober 778 Menschen abgeschoben. (Schwarzbuch Asyl, Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V., Martin Garske, 2000 Hamburg 61)

SCHWARZBUCH ASYL LAGER VERTEILUNG ABSCHIEBUNG



Gegen Privatisierung am Klinikum

Mannheim. Ca. 350 Beschäftigte des Klinikums versammelten sich am 6.10. zu einer Protestaktion auf dem Klinikgelände zum Beginn der Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Klinik. Die Kassen verlangen den Abbau von 315 Stellen v.a. im Pflege- und Wirtschaftsbereich. Sie stützen sich dabei auf den Prüfungsbericht von Ernst & Whinney, der u.a. Privatisierung beim Reinigungsdienst verlangt. Den Kassenvertretern wurden 5869 von ÖTV-Vertrauensleuten gesammelte Unterschriften von Beschäftigten und Publikum überreicht. — (bri)

Arbeitslose Lehrer besetzen Schule

Hannover. Am 1.10.86 besetzten ca. 80 arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer eine Schule in Hannover. Sie wollten damit der Forderung nach Einstellung aller Lehrer Nachdruck verleihen und symbolisch ihren "Arbeitsplatz besetzen". Die Besetzer übernahmen in einigen Klassen den Unterricht und führten mit den Schülern Projekte durch. Nach einiger Zeit kam der zuständige Schulrat und forderte die Besetzer auf, die Schule zu verlassen. Da die

Köln. 17000 Arbeiter und Angestellte der Post demonstrierten am 4. Oktober gegen Pläne der Bundesregierung "zur Zerschlagung des öffentlichen Fernmelde- und Postwesens". Die Demonstration richtete sich vor allem dagegen, daß Bereiche der Post wie die Telekommunikation zur Privatisierung freigegeben werden sollen. Die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies sprach sich gegen "versicherungsfreie Beschäftigung" aus und rief dazu auf, "öffentliche Dienstleistungen zu verteidigen". — (rub)

se die Anweisung nicht befolgten, veranlaßte der Schulrat den Abbruch des Unterrichts. Dennoch blieben einige Schülerinnen und Schüler in der Schule, um mit den Arbeitslosen zu diskutieren und an vorbereiteten Spielen teilzunehmen. Eltern einer anderen Schule erklärten sich solidarisch, ebenso die GEW, deren Landesvorsitzender Wilke persönlich in die Schule kam und an einer anschließenden Pressekonferenz teilnahm. Unterstützung kam auch von Seiten der SPD, die erklärte, daß sie "hinter den Besetzern" stehe und deren Forderungen unterstütze. Kultusminister Oschatz hatte vor einer solchen Aktion gewarnt. — (usm)



VVN/BdA: Auch Bosch soll zahlen

Hildesheim. Vor 30 Anwesenden bei einer VVN/BdA-Veranstaltung am 30.9. forderte Alfred Hausser, im Faschismus Bosch-Zwangsarbeiter und heute Vorsitzender der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter, die materielle und moralische Wiedergutmachung der Ausbeutung der Zwangsarbeiter. Bosch zahlte keine Entschädigung und verweigert Bescheinigungen über ausgeübte Zwangsarbeit für die Rente. In der Diskussion wurde die Art der Prämienzahlung anlässlich "100 Jahre Bosch" angegriffen, die nur dem "Betriebswohl" dient. — (rab)

Continental erneut 17 Schichten

Hannover. Bei der Einführung von Samstagsarbeit verfolgt die Geschäftsführung der Continental-Gummi-Werke — bisher mit Erfolg — eine Salami-Taktik. Abteilung für Abteilung erhält "ihre" Wochenendarbeit. Gleichzeitig testet sie Schichtenmodelle. Eine zweite jetzt abgeschlossene Betriebsvereinbarung (betroffen sind 18 Arbeiter) enthält folgenden Schichtplan: 1. Woche 6x8 Stunden, 2. Woche 6x8 Stunden, 3. Woche 5x7 Stunden (Nachtschicht), 4.-6. Woche das Gleiche noch einmal, 7. Woche arbeitsfrei. Durch die Freiwoche besteht kein Anspruch auf die zwei Tage Sonderurlaub für Wochenendarbeit, sie wird allerdings gewährt. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit für Drei-Schicht-Ar-

beit bei Conti beträgt 38,3 Stunden, die neue Schichteinteilung bedeutet 37,4 Wochenstunden, die Differenz wird bezahlt. Dafür sind sechs von sieben Samstagen hin: viermal Arbeit, zweimal "frei" nach der Nachtschicht. — (gea)

Aufruf zur Nur-Nachtschicht

Stuttgart. Mit Aushängen an allen Schwarzen Brettern im Pumpenwerk fordert die Werksleitung von Bosch Arbeiter (Lohngruppe 04/05) auf, sich für Arbeit in Dauernachtschicht/Dreischicht für einen Zeitraum von drei Monaten ins Lichtwerk versetzen zu lassen. Eine solche Aktion gab es bisher nicht. Die derzeitigen Lohneinbußen durch Kurzarbeit im Pumpenwerk werden als Druckmittel eingesetzt, um die Nachtarbeit im anderen Betriebsteil auszuweiten. Die Dauernachtschicht von 22 bis 6 Uhr wurde erstmals 1985 in den Vereinbarungen zur 38,5-Stundenwoche als Regelarbeitszeit erwähnt. — (ros)

CDU: Abendverkauf im Dorf

Stuttgart. Seit Änderung des Ladenschlußgesetzes überrascht die CDU in Baden-Württemberg ständig mit Vorschlägen. Jetzt hat ihre Landtagsfraktion in einem parlamentarischen Antrag eine Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen kleinerer und mittlerer Betriebe gefordert. Deshalb will sie u.a. eine Änderung des Ladenschlußgesetzes mit dem Ziel, Nebenerwerbskaufleuten auf dem Lande den Abendverkauf zu ermöglichen! — (ccs)



Geismar/USA: Die BASF-Kapitalisten haben mit einer Medien-Kampagne die Angriffe auf die Chemiearbeitergewerkschaft OCAW ausgeweitet, die die 370 seit Juni 1984 ausgesperrten Arbeiter vertritt. Die OCAW und der Gewerkschaftsbund AFL-CIO propagieren einen Boykott der BASF-Produkte und weisen auf die fehlende Sicherheit in der Produktion hin, da die Geschäftsleitung Leiharbeiter als Streikbrecher einsetzt. Arbeitsgerichte wiesen Klagen der BASF gegen die Gewerkschaft bisher ab. Bild: Demonstration in Geismar gegen die Aussperrung, mit der die BASF Verschlechterungen bei Lohn und Arbeitsbedingungen erzwingen will. — (gba)

Neues Schwerbehindertengesetz

"Für die Arbeitgeber ein Bombengeschäft"

Heidelberg. "Für die Arbeitgeber ein Bombengeschäft" – diese Rechnung hat der "Reichsbund der Kriegsopter und Behinderten" aus Anlaß des Inkrafttretens des geänderten Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) aufgemacht. Die Erhöhung der Ausgleichsabgabe je unbesetztem Pflichtplatz um 50 auf 150 DM pro Monat koste die Kapitalisten und Dienstherren ganze 21,4 Mio. DM im Jahr mehr. Da die 150 DM steuerlich abzugsfähig und somit als tatsächliche Belastung nur ca. 75 DM sind, bringen die Kapitalisten letztlich nur rund 137 Mio. DM Gesamtabgabe pro Jahr auf. Die Kürzung des Zusatzurlaubs von sechs auf fünf Tage im Jahr werde dagegen zu einer Entlastung von 192 Mio. DM führen, so daß unterm Strich, laut Reichsbund, 52 Mio. DM Plus für die Kapitalisten stehen.

"Wirklich Behinderte"

In der BRD sind ca. 4,5 Millionen als Schwerbehinderte anerkannt. Dazu Originalton Vilmar, Präsident der Bundesärztekammer:

"Schwerbehinderte, die eigentlich nicht schwerbehindert sind, blockieren Arbeitsplätze für wirklich Schwerbehinderte."

Tatsächlich liegt allein die Zahl der Hörbehinderten bei 5,7 Millionen, von denen aber nur ca. 167 000 (2,9 %) offiziell als Schwerbehinderte gelten. Andererseits sind z.B. viele Querschnittsgelähmte gezwungen zu arbeiten, obwohl sie laut Ausweis einen Grad der Behinderung (GdB) von 100 % haben.

Insgesamt stehen derzeit knapp eine Million Schwerbehinderte in einem Beschäftigungsverhältnis. Arbeitslos gemeldet sind offiziell etwa 125 000, zwei Drittel davon älter als 45 Jahre. Der Anteil der über ein Jahr Arbeitslosen ist doppelt so groß wie bei Nichtbehinderten. In nur 25 % der Betriebe ist die Beschäftigungspflicht von 6 % voll erfüllt, in rund 37 000 beschäftigungspflichtigen Betrieben ist überhaupt kein Schwerbehinderter eingestellt. Seitens der 19 Hauptfürsorgestellen (HaFu) der Landeswohlfahrtsverbände ist 1984 nur bei 4 403 (18,9 %) von 23 324 Anträgen auf ordentliche Kündigung die Weiterbeschäftigung durchgesetzt worden. Die Bundespost z.B. konnte die Zahl der Schwerbehinderten in einem Jahr um 898 auf 31 078 im Dezember 1985 drücken. Meist werden Schwerbehinderte durch millionenfache tägliche Gesundheitsschädigung aus dem eigenen Betrieb rekrutiert.

DGB- und Vdk-Forderungen

Entwürfe der Regierungsparteien zur Verschlechterung des seit 1974 gültigen Schwerbehindertengesetz existieren bereits seit zwei Jahren. Im Januar 1985 war es zu einem ersten gemeinsamen Forderungspapier von DGB, dem Verband der Kriegs- und Wehrdienststopfer (VdK) und dem Reichsbund gekommen. Darin wird verlangt:

- deutliche Erhöhung der Ausgleichsabgabe bzw. alle zwei Jahre Anpassung an die Lohnentwicklung,
- keine Anrechnung der Auszubildenden bei der Pflichtzahlermittlung,
- keine Kürzung des Urlaubs,
- Unwirksamkeit von personellen Maßnahmen gegenüber Schwerbehinderten ohne Anhörung des Schwerbehinderten-Vertrauensmannes.

Die IG Metall und der DGB hatten bereits 1980 verlangt:

- Beschäftigungspflichtquote 8 %,
- Ausgleichsabgabe von 1/8 der gesetzlichen Bemessungsgrenze der Rentenversicherung (z. Zt. 700 DM) und
- Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit,

- stärkere Rechtsstellung des Vertrauensmannes durch Angleichung an den Betriebsrat bzw. Absicherung des Stellvertreters,
- Vorschlagsrecht des DGB für die Mitglieder des Widerspruchsverfahrens bei der Hauptfürsorgestelle,
- Möglichkeit von Ordnungswidrigkeitsverfahren auch gegen "öffentliche Arbeitgeber".

Gesetzesänderungen

Nachdem der DGB über die § 116 AFG-Kampagne einiges aus den Augen verloren hatte, ist nun seit dem 1. August 1986 folgendes Gesetz:

- Neben der Kürzung des Urlaubs wurde der Kündigungsschutz ("nur mit Zustimmung der Hauptfürsorgestelle") für die ersten sechs Monate sowie für Ältere ab 58 Jahren "mit Abfindungsanspruch" gestrichen.
- Während "behinderte Arbeitgeber" volle Berücksichtigung finden, werden Auszubildende bis 1989 bei der Berechnung der Pflichtplätze nicht mehr miteinbezogen bzw. zählen schwerbehinderte Auszubildende doppelt. Insgesamt entfallen so weitere 70 000 Pflichtplätze und sinkt die Beschäftigungspflichtquote auf unter fünf Prozent.

– Die Begrenzung der Mehrfachanrechnung eines Behinderten auf höchstens drei Plätze gilt für alte Bescheide vor dem 1.8.1986 nicht.

– Zusätzlich zum Geschäft mit der Ausgleichsabgabe können die Kapitalisten von den Hauptfürsorgestellen "für außergewöhnliche Belastungen, die mit der Beschäftigung Schwerbehinderter verbunden sind und zur behindertengerechten Einrichtung von Arbeitsplätzen finanzielle Hilfen bis Dauerleistungen" erwarten. Aus dem Ausgleichsfond extra gesponsert werden auch Kapitalisten, die sich zur Einstellung "längerfristig arbeitsloser Schwerbehinderter" durchringen.

– Begleitet wurde das Ganze mit Schminke wie der Ersetzung von "Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE)" durch "Grad der Behinderung" (GdB) bzw. von Peinlichkeiten wie "Vergünstigung" durch "Nachteilsausgleich".

Erreichen konnten DGB, VdK und Reichsbund wenigstens: keine allgemeine Überprüfung alter Bescheide durch die Versorgungsämter, weiterhin 20 % Untergrenze GdB statt 10 %, keine Anrechnung von Kuren auf den Urlaub und kein Amtsenthebungsverfahren gegen den Vertrauensmann durch die Kapitalisten. Gleichgestellte (30 % bis 49 % GdB) erhalten außerdem bereits mit Antragstellung beim Arbeitsamt Kündigungsschutz. Der Vertrauensmann muß zu den Monatsbesprechungen zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat hinzugezogen werden, der Stellvertreter hat den selben Kündigungsschutz wie Ersatzbetriebsräte und ist "bei ständiger Heranziehung" auch für Schulungen freizustellen. In Betrieben mit weniger als 50 (bisher 30) Schwerbehinderten kann im vereinfachten Wahlverfahren gewählt werden. Ab 300 Schwerbehinderten im Betrieb können dem Stellvertreter bestimmte Aufgaben übertragen werden. Dies setzt aber eine Betriebsgröße von rund 5 000 Beschäftigten voraus (im Saarland z.B. gerade drei von 292 Betrieben).

Vertrauensleute wählen

Der DGB verbindet die derzeit stattfindenden Wahlen mit einer Aufklärung über dieses jüngste Blümsche Gesetzeswerk "zur Beseitigung beschäftigungs- und ausbildungshemmender Vorschriften". Der IG Metall-Vorstand hält im Entschliessungsantrag E 15 zum laufenden Gewerkschaftstag an der Forderung fest:

"Erhöhung der Pflichtquote und Anhebung der Ausgleichsabgabe auf 1/8 der Rentenversicherungsbemessungsgrenze." Im Antrag 388 wird u.a. verlangt: "Arbeitnehmerstatus für Behinderte in sogenannten 'Werkstätten', eigene Tarifverträge und ein fester Lohn, der unabhängig von der Sozialhilfe macht." – (mho)

Analphabetismus

"Einzelschicksale mit ungewöhnlichen Bildungsausfällen"



Seit dem 15.8. läuft Freitag abends in den III. Fernsehprogrammen von NDR, RB, SFB und HR eine Sendereihe mit dem Titel "Kampf dem Analphabetismus". Die zehn ca. fünfminütigen Spots, die inzwischen auch sonntags zweimal wiederholt werden, sollen laut Presseerklärung des NDR "einerseits die Öffentlichkeit auf das Problem des Analphabetismus aufmerksam machen, andererseits sollen die Betroffenen ermutigt werden, Kurse aufzusuchen". Nach kurzen Filmszenen, in denen Analphabeten von ihren Erfahrungen berichten, sprechen Prominente wie Marianne Koch oder Götz George einen – zumeist mitleidsvollen bis melodramatischen – Kommentar und am Ende der Sendung werden Nummern von Beratungstelefonen genannt. Trotz der ungünstigen Sendezeit, der abschreckenden Auftaktmusik à la Sesamstraße u.ä. wurden bereits nach den ersten Spots mehrere hundert Anrufe verzeichnet.

Nach Schätzungen der UNESCO gibt es in der BRD zwischen 50000 und 3 Mio. Menschen, die nicht oder nur völlig unzureichend lesen und schreiben können. 1985 nahmen nur knapp 7000 von ihnen an Kursen, vor allem an Volkshochschulen, teil. Über die Ursachen des "unverständlichen Phänomens" (Kapitalistenchef Esser) werden in den Fernsehspots wie auch in den

zahlreichen Beiträgen in Presse und Rundfunk nur vage Andeutungen gemacht. Schlagzeilen wie "Analphabetismus und Armut gehören eng zusammen" (Stader Tageblatt, 11.9.) sind die Ausnahme. DGB-Vorsitzender Breit munkt immerhin von einer "besonders dunklen Ecke der an düsteren Stellen nicht gerade armen Bildungslandschaft", und Bremens SPD-Bildungssenator Franke stellte fest, daß die sozialen Verhältnisse ausschlaggebend seien. Warum er dann allerdings ein "Fernsehverbot für Vorschulkinder" als geeignete Maßnahme ins Gespräch brachte, bleibt Geheimnis sozialdemokratischer Bildungspolitik.

Die Reaktion bemüht sich vor allem, das Bildungswesen aus der Kritik zu halten, und das Problem als individuelles zu behandeln. Esser behauptet, der Analphabetismus sei "unverständlich insbesondere vor dem Hintergrund der enormen Bildungsanstrengungen von Staat und Gesellschaft in den letzten zwei Jahrzehnten". Westberlins Schulsenatorin Laurien (CDU) meint in einer Pressemitteilung vom 13.8., die Zahlen seien "pure Übertreibung", man dürfe kein "Horrorgemälde vom Bildungselend malen" und es gebe in der BRD überhaupt "kein Analphabetenproblem, sondern höchstens Einzelschicksale mit ungewöhnli-

chen Bildungsausfällen". Daß sie gleichzeitig die Erwachsenenbildung aufruft, sich des Problems anzunehmen, ist eine besondere Unverschämtheit angesichts ihrer Politik in Westberlin. So befürchtete die Volkshochschule im Stadtteil Neukölln, Anfang Sep-

tember ihr gesamtes Alphabetisierungsprogramm platzen lassen zu müssen, weil der Senat keine zusätzlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen will. Quellenhinweis: WM-Extra "Analphabetismus und Alphabetisierung in der BRD", Bonn 1986 – (ank)

Fernsehen

Apostelgymnasium kein Hort des Widerstandes

Der halbstündige Film von Hanno Brühl, am Freitagabend im WDR gezeigt, trägt den Titel eines 1985 erschienen Buches "Ich bin katholisch getauft und Arier". Die Autoren Sibille Westerkamp, Otto Geudtner und Hans Hengsbach, Lehrer des Kölner Apostelgymnasiums, wollten zum 125jährigen Schuljubiläum einen Beitrag zur NS-Zeit an der Schule schreiben. In einer 1960 erschienenen Festschrift hieß es damals, daß die stark katholisch geprägte Schule ein Hort des Widerstands gegen den Nationalsozialismus war. Der Film zeigt, wie die Lehrer Material zusammentragen, eher gegen den Widerstand der Schulleitung und anderer Apostolaner. Was herauskommt, gehört nicht in eine Festschrift: Der letzte jüdische Schüler hatte schon vor 1939 die Schule wegen des von Schülern und Lehrern gegen ihn laufenden Kesseltreibens verlassen; Schüleraufsätze zur Blut- und Bodenideologie, von den Lehrern noch verschärfend korrigiert; die Sammelbestellung von Hitler-Bildern

für die Klassenzimmer etc. Der Gymnasial-Stiftungsfond finanziert die Veröffentlichung eines so beschmutzten Bildes der Schule nicht mehr, der Bach-Verlag springt ab. Als das Buch eine Woche vor dem Schuljubiläum doch noch erscheint, lehnt das Festkomitee die Ausstellung und den Verkauf in der Schule ab. In der Schulkonferenz lastet die Schulleitung den Autoren Störung des Schulfrie-



dens an, Sibille Westerkamp quittiert den Dienst. Die Schüler begrüßen, daß Tatsachen über ihre Schulgeschichte ins Licht kamen. – (düb)

Die Farbe Lila

Frauenunterdrückung als rassistischer Vorwurf

Wie gehen die armen schwarzen Farmer in den US-Südstaaten mit ihren Frauen und Kindern um? Sie schlagen und unterdrücken sie, schänden ihre Frauen und Kinder. Dieses rassistische Zerrbild hat der US-Regisseur Steven Spielberg in seinem Film "Die Farbe

Lila", der gegenwärtig auch in westdeutschen Kinos läuft, ausgebreitet. Gezeigt wird die Geschichte der Schwarzen Celie, die, von ihrem Vater zweimal geschwängert, mit dem schwarzen Farmer "Mister" verheiratet wird und von diesem jahrelang gedemü-

tigt, geschlagen, gequält wird. Ihre Schwester Nettie, die kurz nach Celies Heirat vor den Zudringlichkeiten des Vaters zu Celie flüchtete, wird von "Mister" brutal vertrieben, nachdem er ihr erfolglos nachgestellt hat. Eine andere schwarze Frau, die Bluessängerin Shug Avery, ermuntert Jahre später Celie dann dazu, ihren Mann zu verlassen. Auf rätselhafte Weise scheint sich so ihre Lage zu bessern, und am Ende trifft Celie auch ihre aus Afrika heimgekehrte Schwester und ihre beiden Kinder, die ihr Vater damals

weggegeben hatte, wieder. Der Film endet mit einer feierlichen Versöhnung aller beteiligten Schwarzen – die weißen rassistischen Unterdrücker kommen nur ganz am Rande vor – beim Gesang in der Kirche. Frauenunterdrückung unter Schwarzen als Beweis für reaktionären Theorien von der Gewalttätigkeit der Unterlassen – so wird aus der scheinbaren Anteilnahme für unterdrückte Frauen eine Rechtfertigung rassistischer Herrschaft über alle unterdrückten Schwarzen in den USA. – (rül)

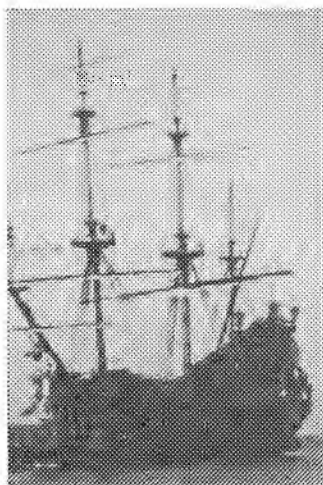
Polanskis "Piraten"

Polemik gegen Piratenfilme und "Panzerkreuzer Potemkin"

Der Regisseur Polanski erklärt, er bilde in seinen Filmen die Realität ab. Daran stimmt, daß er auch im neuesten Film "Piraten" keine besonderen Trickaufnahmen benützt, sondern die Kulisse und die Ausstattung "real" sind, d.h. das gefilmte Wasser ist Wasser, die benützten Gegenstände sind vorhanden. Realistisch ist Polanskis Film insofern, als die Piraten sich des Schiffes durch Meuterei der Mannschaft bemächtigen. Die Mannschaft rebellierte gegen die Prügelstrafe, gegen die schlechte Versorgung und die harte Arbeit auf dem Schiff. Vordergründig ist der Film eine Persiflage auf die in den fünfziger Jahren produzierten Piratenfilme, die weniger in den Kinos als vielmehr im Fernsehen immer wieder aufs neue gezeigt werden und die Polanski als bekannt voraussetzen kann. Im Gegensatz zu diesen Heldenfilmen, in denen entweder der Pirat oder der überwundene Kapitän als "Gute" die herrschende Ordnung verteidigen, sind Polanskis Hauptfiguren keine guten oder bösen Helden, und das glückliche Ende bleibt aus. Der Piratenkapitän ist ein goldgieriger Mann, der versucht, seinen einzigen Kompagnon zu fressen, als sie schiffbrüchig auf dem Meer treiben. Der spanische Kapitän, der vom Piratenkapitän überwunden wird, transportiert

einen von den Azteken geraubten Goldthron. Er war ursprünglich erster Offizier des Schiffes und hat den ersten Kapitän vergiftet. Dafür hat er den Segen der Kirche.

Gleichzeitig polemisiert Polanski in seinem Film gegen den Film "Panzerkreuzer Potemkin" des sowjetischen Regisseurs Eisenstein. Die Mannschaft meutert – wie im Eisenstein-Film – als eine Ratte im Mannschaftsessen gefunden wird. Anders als auf dem Panzerkreuzer Potemkin, auf dem die Ratte im Essen die elenden Lebensverhältnisse der Mannschaft symbolisiert, hat bei Polanski der Piratenkapitän die Ratte ins Essen geschmuggelt, um die Meuterei für seine Zwecke zu provozieren. – (uld)



Kolonialschiff der Spanier

Adenauer-Stiftung

Europäische Strategie für Süd- und Mittelamerika

1981 beauftragte die Konrad-Adenauer-Stiftung Prof. Manfred Mols, Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Mainz, ein detailliertes Gutachten über die Aussichten von "Demokratie in Lateinamerika" zu erstellen. Zu diesem Zweck befand sich Mols auch unter den Begleitern von Kanzler Kohl auf dessen Reise durch süd- und mittelamerikanische Länder 1984. 1985 lag das Gutachten in Buchform (1) vor. Ende 1985 erschien ein Artikel von Mols im Europa-Archiv (2).

"Europa ist zu lange der schweigende Teilhaber in den internationalen Beziehungen Lateinamerikas gewesen, der die große Politik den Vereinigten Staaten überließ" (2), dies ist nach Mols künftig nicht mehr zu verantworten. Der Strategie des US-Imperialismus, der die traditionellen Eliten und Militärdiktaturen unterstützt und wachsender Kritik in den süd- und mittelamerikanischen Ländern ausgesetzt ist, will Mols "Europas Interesse an einem demokratischen Lateinamerika" als Prozeß der "Neudefinition globaler europäischer politischer Verantwortung" entgegengesetzt sehen. Mols begründet die Vorherrschaft der europäischen Imperialisten in Süd- und Mittelamerika mit dem Hinweis auf die westlichen Ursprünge Lateinamerikas, also den Kolonialismus. Demokratie und Wohlstand Europas wären gefährdet, "wenn sich nicht auch in anderen Teilen der Welt Kräfte etablieren oder stabilisieren, die den Vorstellungen westlicher Lebensformen nahekommen". (2) Europa sollte deshalb die "Demokratisierung" fördern.

Nach Mols würden in den süd- und mittelamerikanischen Ländern die "demokratische Tradition", die "politische Kultur" und die "soziale Trägerschaft" für "Demokratie" fehlen, bedingt letztlich durch die Rückschrittlichkeit der ökonomischen Systeme, vor allem der vielfach noch vorhandenen feudalen Verhältnisse auf dem Lande. Er geht davon aus, daß die nächsten Jahre von einem Pendeln zwischen Militarismus und Zivilismus bei Vorhandensein eines Übergangsstadiums von "Militärregierung zu Demokratie" gekennzeichnet sein werden. Verschiedene Militärdiktaturen hätten ihren Zweck für die Imperialisten erfüllt, indem sie die revolutionäre und soziale Opposition niederschlugen.

Mols sucht jetzt nach Kräften unter der Opposition gegenüber den Militärregierungen, die für die "Demokratie" zu erwärmen sind. Von der Trägerschaft europäischer Demokratiesegnung ausgeschlossen sollen allemal die Indianer sein, die als Wandlungsträger nicht effektiv seien und keine "Partizipationsfähigkeit" vorweisen würden, weil sie in ihren Dorfgemeinschaften verhaftet blieben. Ein Teil der "Halbmarginalen", im wesentlichen verarmte und vertriebene Bauern und Landarbeiter, wäre – in Kooperationsprojekten von Kirchen und "Entwicklungsgruppen" – am Demokratisierungsprozeß teilhabefähig: "Unterschichtsegmente, die ein soziales und politisches Selbstbewußtsein entwickeln, lassen sich durchaus dauerhaft in den politischen Prozeß integrieren, wenn geeignete Auffangorganisationen zur Verfügung stehen." (1) Träger des Demokratisierungsprojekts sollen die Mittelklassen, die Kleinkapitalisten, sofern sie unter dem Einfluß der katholischen Soziallehre stehen, die modernen Agrarkapitalisten, die Gewerkschaften und vor allem die Kirchen sein. Besonders die katholische Kirche würde heute Funktionen einer "Ersatz-Opposition" übernehmen und somit die Rah-

menbedingungen für "offene Gesellschaften und offene politische Systeme" (1) aufbauen. Mols kritisiert das ausländische Kapital, das seiner "politischen Verantwortung für die Gastländer" nicht nachkommen würde. Die entsandten Diplomingenieure, Diplomaufleute und Juristen seien nicht genügend vorbereitet als Sendungsträger in Sachen abendländischer Demokratie. Mols empfiehlt für die europäische Einflußnahme den "gezielten Umgang mit demokratiefähigen Gruppen" und ihre "Anlehnung an internationale (sprich: europäische) Parteienverbände" (1) und Gewerkschaften. Geißlers jüngster Chile-Besuch und seine Teilnahme an Protesten der christdemokratischen Opposition entsprechen dieser Strategie.

Quellenhinweis: (1) Manfred Mols, Demokratie in Lateinamerika, 1985; Latin America Weekly Report, 6.6.86; (2) Manfred Mols, Möglichkeiten Europas bei der Konsolidierung lateinamerikanischer Demokratie, in: Europa-Archiv 10/85 – (sie)

Die Linke und die Neue Heimat

Die Gemeinwirtschaft aufgeben wäre falsch!

Die Auswirkungen der seit vier Jahren mit Kreditsperre, Verweigerung öffentlicher Mittel und Verhetzung von der Reaktion erzwungene Privatisierung der Neuen Heimat erschließen sich erst voll, wenn man die dahinterstehenden Interessen bloßlegt.

Hauptsächliche Nutznießer und politische Drahtzieher sind nach unseren Untersuchungen die im Immobiliengeschäft tätigen Branchen des Finanzkapitals. Der größte Grundstücks- und Wohnungsbesitz im gemeinwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Sektor steht vor der Zerlegung. Weiteren gemeinwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen droht Auflösung durch Beschlußfassung von CDU/CSU/FDP nach der Wahl 1987. Insgesamt hielt der vor vier Jahren noch weitgehend preis-, standard- und belegungsgebundene gemeinnützige Wohnungssektor bis zu 60% des Boden- und Wohnungsmarktes in den industriellen Ballungsräumen. Jetzt winken weitgehend ungebremsste Steigerungen der Grundrente aus Vermietung, Eigentums-umwandlungen und Spekulation mit unbebauten Grundstücken; ein weiterwachsender Realkreditmarkt lockt. Die gesamte Bourgeoisie stachelt die Aussicht an, durch Vereinigung des Grundbesitzes in den Städten mit dem industriellen Kapital in der Hand des Finanzkapitals, "die Arbeiter im Kampf um den Lohn praktisch von der Benutzung der Erde als ihrem Lebensraum auszuschließen" (Marx).

Die ersten Veröffentlichungen der Linken im weitesten Sinne nach dem Verkauf der Neuen Heimat greifen im wesentlichen nur Kohl, Strauß und Geißler als Hauptwahlkämpfer der Reaktion an. Im Vordergrund der Stellungnahmen stehen aber hastige Distanzierungen von der DGB-Führung. Sie speisen sich bei den im Kasten zitierten Kieler Sozialdemokraten aus lädierten Hoffnungen auf mehr Spielraum durch einen rot-grünen Bundestagswahlsieg; denn gerade die zitierten Kieler hatten sich mit örtlichen GRÜNEN bereits für einen kommunalen Haushaltstitel von 16 Mio. DM zum Aufkauf von NH-Wohnungen durch die bisher solide finanzierte Kieler Wohnungsbaugesellschaft gegen das Veto der CDU-Kommunalaufsicht stark gemacht. Bei der Bundestagsfraktion der GRÜNEN dürfte es ähnlich gewesen sein; sie brauchte erhebliche Erholungszeit, um sich an Teile ihrer Reformvorstellungen zum gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungssektor zu erinnern.

Bei Organisationen des revolutionären Sozialismus wie der KPD verführte möglicherweise ebenfalls Sorge um ein "Ende der Wende" zu einer derart schiefen Stellungnahme; jedenfalls kann man dem zitierten Artikel von H.D. Koch ernsthafte Überlegungen um die Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften nicht absprechen. Auffällig war bei den bis hierhin zitierten Stellungnahmen aber schon auch die freundliche Schonung der Politik des SPD-Bundesvorstandes in dieser Frage. Die MLPD hingegen scheint zu glauben, ohne gründliche Kritik der Absichten der Bourgeoisie und ihrer Parteien und ohne gründliche Formulierung der Interessen der Arbeiter dagegen mit der Fortführung der alten ML-Gewerkschaftslinie vom Wegputschen der "ultrarechten" DGB-Führung klassenbewußte und revolutionäre Positionen stärken zu können.

Wenn damit unzulässig ist, den bisher vorliegenden Stellungnahmen zu unterstellen, sie wollten das Geschäft der Reaktion betreiben, so wird sich aber die indirekt oder offen empfohlene Aufgabe des Kampfes um gemeinnütziges Wirtschaften und Grundsätze dafür schädlich auf die Lebensumstände der Lohnabhängigen auswirken.

Man kann weder den verbliebenen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Gewerkschaften oder der Kommunen vorwerfen, daß sie auf Profitbasis arbeiten, noch kann man von ihnen einen durchgreifenden Beitrag zu einer Umwälzung der kapitalistischen Wirtschaft hin zu einer "gemischt-alternativen" oder gar sozialistischen Wirtschaft erwarten. Beides wäre illusionär.

Tatsächlich geriet die Neue Heimat Ende der 70er Jahre auch nicht über kapitalistische Nebengeschäfte von Managern und Vorständlern in die Krise. Sie geriet in die Krise über den spekulativen Einstieg in große Bodenbevorratung und Baubetreuung für kapitalistische Innenstadtsanierungen, für Umsiedlung der dort früher lebenden und neu in die Ballungsräume angesogenen Lohnabhängigen in gigantische Stadtrandghettos, für Eigentumsbildung und Auslandsengeschäfte. Das war Ausdruck sozialdemokratischer Politik auf dem Irrglauben von der Vereinbarkeit einer florierenden kapitalistischen Konjunktur mit stetig wachsenden Löhnen, Gehältern und Kaufkraft der Lohnabhängigen. Deswegen wurde die Neue Heimat sorglos hochverschuldet. Deswegen geriet der Konzern in Abschußgefahr, als sich der SPD-Parteivorstand unter Willy Brandt und Helmut Schmidt Ende der 70er Jahre von dieser Illusion verabschiedete.

Das heißt aber nicht, daß eine am Durchschnittsprofit oder darunter orientierte, auf Besserung der Lage der werktätigen Bevölkerung bedachte Geschäftspolitik nicht möglich gewesen wäre. So betrugen die Preisvorteile der

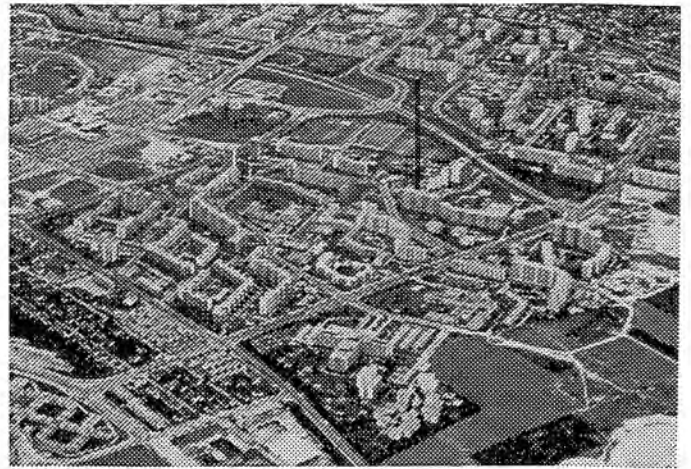


Die Neue Heimat unterstützte die Streiks 1978.

Neuen Heimat in industriellen Ballungsräumen noch Anfang der 80er Jahre zwischen 1,50 und 0,60 DM/qm gegenüber freien Vermietern; fand keine generelle Diskriminierung unterer Lohngruppen bei der Vermietung statt; baute auch eine bereits taumelnde Neue Heimat noch in unterversorgten Gebieten Mietsozialwohnungen in beschränktem Umfang; beteiligte sie sich an Planungen für spezielle Schichtarbeiter-, Behinderten- und Altenwohnungen; wurde z.B. durch den Verbund von Neuer Heimat, Volksfürsorge und BfG der große Drucker- und Metallstreik 1978 durch Miet-, Prämien- und Zinsstundungen unterstützt.

Es würde der Bourgeoisie passen, wenn die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung diese Erfahrungen vergäße. Entsprechend wichtig wäre demgegenüber eine Verständigung in der Linken über den Erhalt der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen und realistische Grundsätze für ihre Geschäftspolitik schon Anfang der 80er Jahre gewesen. Um so dringender ist sie heute.

Hinsichtlich der bereits verkauften Grundstücke und Wohnungen der Neuen Heimat bleibt der schlichte Ruf nach Aufkauf durch Länder und Gemeinden eine viel zu unsicherere Lösung. Die Lohnabhängigen werden eine solche Lösung aus Steuermitteln zu tragen haben. Wenn das schon unvermeidlich scheint, gilt es Bedingungen gegen eine spä-



Bei kapitalistischer Stadtsanierung verspekuliert. tere Privatisierung nach Aufkauf aufzustellen. Sie wären: Entschuldung der Bestände nach Aufkauf im wesentlichen durch die Länder als einer Ebene der zentralen kapitalistischen Staatsgewalt; kostenlose Übertragungen an kommunale gemeinnützige Wohnungsunternehmen oder die Kommunen selbst; entscheidende Mitspracherechte der Gewerkschaften bei der Verwaltung. – (ped)

Stellungnahmen

Die Bankrotteure vor Gericht ...

"Wir Sozialdemokraten verurteilen ohne Wenn und Aber die Bankrotteure der Neuen Heimat. Wir sind der Auffassung, der Staatsanwalt sollte sich der Herrschaften annehmen ... Die heutigen Klugschieter, die es vor 20 Jahren auch nicht besser wußten, können unsere Zustimmung aber auch nicht erfahren." (Frischgewählte Kieler SPD-Stadtpräsidentin Reyer und fünf linke SPD-Stadträte als Neue-Heimat-Mieter, "Markt am Sonntag", 5.10.1986)

... Schießer vor den Ausschuß

"In die Neue Heimat sind 10 Mrd. DM öffentliche Gelder geflossen. Die Neue Heimat ist mit 17 Mrd. DM verschuldet. Die Verantwortung für die Verschleuderung der öffentlichen Gelder und die Verschuldung hat das alte Management zu tragen ... Unvorstellbar ist aber auch, wie der Unternehmer Schiesser mit einem Jahresumsatz von 300 Mio. DM ... eine Entschuldung oder Konkursabwehr betreiben will ..." "... der wohnungspolitische Sprecher der GRÜNEN IM BUNDESTAG ... widersprach der Darstellung von Bundesminister Schneider, daß die Mieter keine Angst ... zu haben bräuchten; denn die Politik im sozialen Wohnungsbau der letzten Jahre habe die Schutzvorschriften vielfältig durchlöchert ..." "GRÜNE fordern Anhörung von Schiesser ... vor dem Untersuchungsausschuß in Bonn" "... den Charakter der Ausschubarbeit radikal zu ändern und sich nun verstärkt oder ausschließlich um den Teil des Untersuchungsauftrages zu kümmern, der mit der Lösung des Problems für die Mieter zu tun habe ... Zielsetzung der GRÜNEN ist ... die Überführung der Wohnungsbestände in 'kommunale Sondervermögen' und die Einrichtung von selbstverwalteten Mietergenossenschaften." (Presseerklärungen der GRÜNEN vom 22.9., 23.9. und 25.9.1986)

... DGB-Unternehmen verstaatlichen

"Kanzler Kohl sprach vom 'Volksbetrug'. Geißler warf der DGB-Führung vor, wie 'skrupellose Kapitalisten' gehandelt zu haben ... Es hat nichts mit Schönfärberei im Hinblick auf die Haltung der DGB-Führung zu tun, wenn man diese absurde Heuchelei, diese Beschönigung des alltäglichen Kapitalismus zurückweist ... Ernst Breit hat

den NH- Verkauf u.a. damit begründet, daß der DGB erpreßbar geworden wäre. Das ist zutreffend. Aber nicht nur in dem Sinne, daß es immer schwieriger geworden wäre, sich der Forderung, weitere Gewerkschaftsgelder in den Konzern zu stecken, zu entziehen. Die Frage der Erpreßbarkeit der Gewerkschaften im Zusammenhang mit den gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen steht grundsätzlicher ... Weil die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen bei Strafe ihres Unterganges in die kapitalistische Wirtschaft integriert sein müssen, werden sie auch ständig gewerkschaftlichen Zielsetzungen zuwiderhandeln ... Rückhaltlose Unterstützung für die Forderung, daß der DGB sich von der gemeinwirtschaftlichen Unternehmensgruppe trennen soll ... müssen die Gewerkschaften die Übernahme aller Unternehmen und Beteiligungen ... durch die öffentliche Hand fordern ... sollen die Gewerkschaften demokratische Kontrollmöglichkeiten fordern ..." ("Roter Morgen", Organ der vor-maligen KPD, 3.10.1986)

... Arbeiterverrat, Revolution!

"Kanzler Kohl spricht demagogisch von 'Volksbetrug', obwohl die Bonner Regierung ... bestrebt war, der Neuen Heimat die Gemeinnützigkeit abzuverkennen ... die Betroffenen werden ihre Sache besser selbst in die Hand nehmen ... Alle Neue-Heimat-Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben. Der Charakter der Sozialwohnungen darf nicht geändert werden. Auf einem sofort einzuberufenden außerordentlichen DGB-Bundeskongreß müssen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden!" "Von Anfang an verkaufte die Gewerkschaftsführung die Bildung des gewerkschaftseigenen Wohnungskonzerns als 'humane Alternative' zum Privatkapitalismus. Wahre Wunderdinge sollte der Konzern vollbringen: Nämlich gleichzeitig Wohnungen zu angemessenen Preisen für die arbeitenden Menschen bauen und Gewinne machen ... Doch schon bald bestätigte sich, was Marx und Engels schon 100 Jahre zuvor analysiert hatten: Wer auf Gewinn aus ist, unterliegt zwangsläufig den Gesetzen der kapitalistischen Profitmaximierung ... Der Fall der Neuen Heimat macht den Gewerkschaftsmitgliedern deutlich, daß es im Kapitalismus keine 'humanen Inseln' geben kann ..." ("Rote Fahne", Organ der MLPD, 27.9. und 4.10.1986).

Russische Revolution 1917 bis 1921

"Alle Macht den Sowjets" und Aufbau des sowjetischen Zentralstaates sind doch zwei Paar Schuhe

Der Forschungsauftrag der 6. o. DK des BWK, den die unterzeichnende Politische Berichte-Redaktionsarbeitsgruppe, der auch zwei Mitglieder der FAU/R angehören, übernommen hatte, lautet: "Die Politik der Bolschewiki in den Räten und gegenüber anderen Parteien und Klassen in den Jahren 1917 bis 1921. Untersuchung, Darstellung und Kritik, unter Einbeziehung der bisherigen Rezeption der Erfahrungen der russischen Revolution in dieser Zeit durch die revolutionären Sozialisten in der BRD." In der Begründung des Forschungsprojektes in den Pol.Ber. 20/85, die nicht Gegenstand der Beschlußfassung der 6. o. DK war, heißt es: "Mehrere Organisationen, die wir zu den revolutionären Sozialisten rechnen, werfen uns in letzter Zeit zunehmend vor, wir würden bei der Vereinigung der revolutionären Sozialisten zu einem einheitlichen Kommunistischen Bund wie bei unserer Politik in der Volksfront und zwecks Schaffung einer Partei für Werktätigeninteressen prinzipienlos, spontaneistisch und zugleich sektiererisch vorgehen. Zumeist ist dieser Vorwurf verbunden mit einem weiteren: Daß wir theoretisch und praktisch revisionistische Politik entwickeln würden ... Wir müssen uns diesen ... Vorwürfen so stellen, wie sie auch vorgebracht werden. Der Vorwurf lautet: Verstoß gegen die leninistischen Prin-

zipien des Parteaufbaus. Sowohl der KB, wie auch die KPD und die KG (NHT) berufen sich, teilweise ausdrücklich, in ihrer Kritik an unserer Politik auf diese Prinzipien, auf das Parteaufbaukonzept der russischen Bolschewiki, auf die Erfahrungen der russischen Revolution. Also müssen wir diese Erfahrungen erneut studieren ..." Die Begründung hält weiter fest, daß sich die Organisationen der revolutionären Sozialisten "nur wenig" mit dem Zeitraum 1917 bis 1921 befaßt haben. Schulungsgegenstand aller seinerzeitigen kommunistischen Bünde war Lenins Text "Staat und Revolution". Weite Verbreitung fand zudem das Werk von Charles Bettelheim "Die Klassenkämpfe in der UdSSR – Band 1, 1917 bis 1923". Die Redaktionsarbeitsgruppe hat sich bemüht, auf knapp bemessenem Platz wichtige Erfahrungen des russischen Proletariats aus den Jahren 1917 bis 1921 darzulegen, Erfahrungen, die heute eine konkrete Auseinandersetzung zwischen den revolutionären Sozialisten in der BRD um leninistische Auffassungen über die kommunistische Partei ermöglichen sollen. Über die Richtung der Bewertung der Politik der Bolschewiki 1917 bis 1921 gab es in der Redaktionsarbeitsgruppe Übereinkunft, nicht so über alle folgenden Erwägungen bzw. deren Gewichtigkeit im einzelnen.

**Lenin im April 1917:
"Alle Macht den Sowjets"**

Nach nicht einmal neun Monaten entzogen die Arbeiter und Bauern den Sozialrevolutionären, die als weitaus stärkste nichtbürgerliche Partei zusammen mit den Menschewiki nach der Februarrevolution 1917 die Sowjets beherrschten, das Vertrauen. Die Sozialrevolutionäre unterstützten nicht die Landnahme der Bauern, sondern vertrösteten sie auf die Konstituierende Versammlung, deren Einberufung sie zugleich verzögerten. Statt für einseitige Beendigung des imperialistischen Krieges einzutreten, unterstützten die Sozialrevolutionäre die bürgerliche Regierung, die treu zum Kriegspakt mit Großbritannien und Frankreich stand. Zeitweise traten sie sogar in diese Regierung ein. Der Zerschlagung der Doppelherrschaft und einer Phase verschärfter Konterrevolution im Juli/August 1917 folgte eine gravierende Verschiebung des Kräfteverhältnisses. Die Bolschewiki eroberten Ende August/Anfang September die Mehrheit in den Räten Petrograds, Moskaus und zahlreicher weiterer Städte. Der Sieg der Oktoberrevolution war das Werk der von den Bolschewiki geführten sozialistischen Arbeiterbewegung in den Städten und der Bauern, die in das ganze Land ergreifenden Aufständen der Gutsherrschaft den Garaus machten. Die praktische Landnahme wurde von der Sowjetmacht sofort dekretiert.

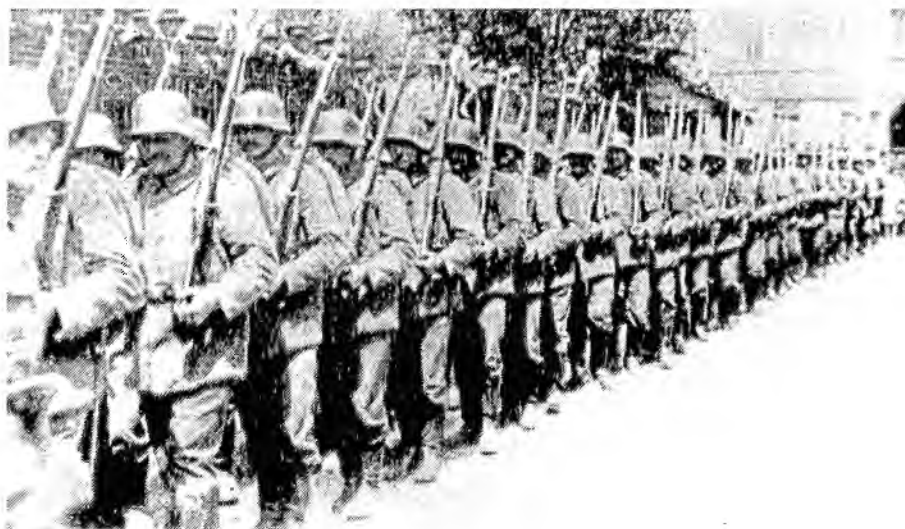
Lenin erkannte in Anlehnung an die Erfahrungen der Pariser Kommune in den Räten "die einzig mögliche Form der Regierung ... Keine parlamentarische Republik – von den So-

wjets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückzukehren wäre ein Schritt rückwärts –, sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande, von unten bis oben. Abschaffung der Polizei, der Armee, der Beamenschaft. Entlohnung aller Beamten, die durchweg wählbar und jederzeit absetzbar sein müssen, nicht über den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters hinaus." (1)

Juli 1917: Statt "Alle Macht ..." – "Aufstand"

Im Juli 1917 konnte die bürgerliche Regierung durch militärische Unterdrückung den Zustand der Doppelherrschaft beenden und die Partei der Bol-

schewiki in die Illegalität treiben. Lenin propagierte die Notwendigkeit der unmittelbaren Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes und schrieb: "Die Losung 'Alle Macht den Sowjets!' war die Losung der friedlichen Entwicklung der Revolution ... Jetzt ist diese Losung bereits falsch, denn sie zieht nicht in Betracht, daß sich dieser Übergang der Macht vollzogen hat und daß die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Revolution in der Tat glatt verraten haben ... Das Ziel des bewaffneten Aufstandes kann nur der Übergang der Macht an das von der armen Bauernschaft unterstützte Proletariat sein, um das Programm unserer Partei zu verwirklichen." (3) Deutlich wird, wie Bettelheim zustimmend no-



Deutsche Truppen marschierten Anfang 1918 in Kiew ein. Eine russische Armee bestand zu diesem Zeitpunkt faktisch nicht mehr. Die v.a. bäuerlichen Soldaten hatten über die Fortsetzung des Krieges abgestimmt: Sie desertierten.

tiert, daß Lenin "niemals eine 'fetischistische' Vorstellung von der Rolle der Sowjets gehabt" (4) hat. Eine "fetischistische", tatsächlich prinzipielle Haltung zu den Räten einzunehmen hätte bedeutet, den bewaffneten Aufstand unter "Alle Macht den Sowjets" als Losung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern vorzubereiten.

September 1917 wieder: "Alle Macht den Sowjets"

Nach der Niederschlagung des reaktionären Kornilow-Putsches durch die bewaffneten Arbeitermassen im August 1917 schlug Lenin den Sozialrevolutionären und Menschewiki in seiner Schrift "Über Kompromisse" vor, die kurzfristig handlungsunfähige bürgerliche Regierung zu stürzen und eine nur den Sowjets verantwortliche Regierung zu bilden, "wobei auch die ganze örtliche Macht an die Sowjets übergehen müßte. Das wäre die 'neue' Bedingung. Weitere Bedingungen würden die Bolschewiki, denke ich, nicht stellen, da sie sich darauf verlassen, daß die tatsächlich volle Agitationsfreiheit und die unverzügliche Verwirklichung eines neuen Demokratismus bei der Zusammensetzung (Neuwahlen) und der Tätigkeit der Sowjets die friedliche Vorwärtswicklung der Revolution und das friedliche Austragen des Parteienkampfes innerhalb der Sowjets ganz von selbst sichern würden." (5) Lenin ging zu diesem Zeitpunkt von der Möglichkeit eines (Arbeiter-)Parteienbündnisses innerhalb der Sowjets aus.

Diesen richtigen Grundsatz begriff Lenin jedoch nur als taktische Variante, als ein für wenige Tage geltendes Kompromißangebot, was auch aus der folgenden Passage im selben Aufsatz deutlich wird: "Unsere Partei erstrebt wie jede andere politische Partei die politische Herrschaft für sich. Unser Ziel ist die Diktatur des revolutionären Proletariats." (6) Sozialrevolutionäre und Menschewiki verweigerten sich dem Vorschlag der Bolschewiki und stützten erneut die Regierung der bürgerlichen Konterrevolution.

Nach Bürgerkrieg und imperialistischer Invasion

Die Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk im März 1918 mit dem Deutschen Reich verschaffte der Revolution kaum eine Atempause. Der Friedensschluß wurde zudem innerhalb und außerhalb der Partei erbittert bekämpft, da er, so Lenin, wegen der Gebietsabtretungen das russische Nationalgefühl verletzte. Die linken Sozialrevolutionäre verließen den Rat der Volkskommissare. Im Sommer 1918 ermordeten linke Sozialrevolutionäre den deutschen Botschafter Mirbach in der Hoffnung, so den "Schmachfrieden" beenden und erneut in den Krieg eintreten zu können. Zwei kommunistische Gruppen split-

teten sich daraufhin von den Sozialrevolutionären ab und schlossen sich 1918 bzw. 1920 der Partei der Bolschewiki an. Von Mitte 1918 bis Ende 1920 (Sieg über Japan erst 1922) mußte sich die Revolution der inneren Konterrevolution und imperialistischer Interventionen erwehren, die das Land ruinierten. Die Industrieproduktion 1920 in Prozent von 1913 macht dies deutlich (7):

Erdöl	42,7
Salz	30,0
Kohle	27,0
Lokomotiven	14,8
elektrische Maschinen u.	
Starkstromapparate	5,4
Zement	3,0
Roheisen	2,4
Erz	1,7

Das Donezrevier z.B., in dem ca. 2/3 der schwerindustriellen Erzeugnisse produziert wurden, wechselte zwischen 1917 und 1920 elfmal den Besitzer. (8) Millionen starben im Kampf, Millionen verhungerten.



Etwas krampfhaft wirkt Bettelheims Kennzeichnung der bolschewistischen Partei als nicht-leninistisch, weil Lenin in wichtigen Auseinandersetzungen zunächst in der Minderheit war.

In dem Maße, wie sich z.B. Sozialrevolutionäre und Menschewiki an konterrevolutionären "Gegenregierungen" in Gebieten der Weißen beteiligten oder z.B. Streiks anzettelten, die sofort auf die Versorgung der Front durchschlagen mußten, wurden sie von den Sowjetbehörden verfolgt. "Die Sowjetrepublik ist eine vom Weltkapital belagerte Festung. Das Recht, ... in ihr zu leben, können wir nur demjenigen zuerkennen, der am Krieg aktiv teilnimmt und uns in jeder Weise hilft", (9) wehrte Lenin Kritiken an Verfolgungsmaßnahmen ab.

Zentralisation aller Ressourcen und Entscheidungen war eine Bedingung des Sieges der Revolution über

die von der imperialistischen Staatenwelt durchgeführte bzw. unterstützte und finanzierte Konterrevolution. Nicht nur aus dieser Erfahrung heraus schlußfolgerten die Bolschewiki: "Der Krieg ist nicht zu Ende, er geht an der unblutigen Front weiter ... Die Arbeiterklasse muß die Produktion ebenso organisieren, wie sie die Rote Armee organisiert hat." (10) Zentralisierung statt Kommunalisierung der politischen und ökonomischen Verantwortung, diese Richtungsentscheidung für den sozialistischen Aufbau war nicht allein den Erfahrungen der Kriegsjahre geschuldet, sondern Bestandteil schon der bolschewistischen Theoriebildung.

Eine "gigantische maschinelle Großwirtschaft"

sei die Voraussetzung für die Beseitigung der Kleinwirtschaft und der Klassenunterschiede, referierte Lenin im Dezember 1920. (11) "... Umwandlung des ganzen staatlichen Wirtschaftsorganismus in eine einzige große Maschine, in einen Wirtschaftsorganismus, der so arbeitet, daß sich Hunderte Millionen Menschen nach einem einzigen Plan richten – das ist die gigantische organisatorische Aufgabe, die uns zugefallen ist", und: "Sozialismus ist undenkbar ohne großkapitalistische Technik, die nach dem letzten Wort modernster Wissenschaft aufgebaut ist, ohne planmäßige staatliche Organisation, die Dutzende Millionen Menschen zur strengsten Einhaltung einer einheitlichen Norm in der Erzeugung und Verteilung der Produkte anhält. Davon haben wir Marxisten stets gesprochen ...", schrieb er im März bzw. Mai 1918. (12)

Ein zentraler Produktionsapparat bedarf eines zentralistisch geführten Staatsapparates. Die Errichtung eines solchen rechtfertigte Lenin unter Berufung auf Marx. In "Staat und Revolution" spitzt Lenin seine Analyse der Marxschen Schrift "Der Bürgerkrieg in Frankreich" so zu: "Marx ist Zentralist." (13) Diese Schlußfolgerung ist, den "Bürgerkrieg" betreffend, unverständlich, wenn es dort etwa heißt: "Das bloße Bestehen der Kommune führte, als etwas Selbstverständliches, die lokale Selbstregierung mit sich, aber nun nicht mehr als Gegengewicht gegen die, jetzt überflüssig gemachte, Staatsmacht." (14)

Lenin hielt eine Föderation für mit dem demokratischen Zentralismus vereinbar, wenn sie, dies als Voraussetzung, "in – vom ökonomischen Standpunkt aus – vernünftigen Grenzen durchgeführt wird ..." (15) Insofern mit "vernünftigen Grenzen" eine gigantische maschinelle Großwirtschaft eingefordert wurde, ist Lenin von Anarchisten kritisiert worden; bei Müller-Lehning etwa heißt es: "Föderalismus ist eine ökonomische Kategorie. Der politische Staatszentrismus ist nur auf ökonomischem Wege

Arbeiterkontrolle und Leitung der Wirtschaft in Revolution und Kriegskommunismus

Die Februarrevolution 1917 hat außer den Sowjets noch zwei weitere Massenorganisationen der Arbeiter hervorgebracht: Gewerkschaften und Betriebskomitees. Das Verhältnis dieser Organisationen zu den Sowjetorganen und zur Partei war in den ersten Jahren der Sowjetmacht immer wieder Gegenstand grundsätzlicher Diskussionen. Deren Ausgang hat die sowjetische Wirtschaftsorganisation und die "marxistisch-leninistische" Auffassung von den Aufgaben der Gewerkschaften dauerhaft geprägt.

In den Monaten nach der Februarrevolution entstanden rasch neue Gewerkschaften, die in örtlichen Zentralbüros zusammengefaßt waren. Auf der 1. Gesamtrussischen Konferenz der Gewerkschaften im Juni 1917 waren bereits fast 1,5 Millionen Mitglieder vertreten. Menschewiki und Sozialrevolutionäre hatten auf diesem Kongreß noch eine klare Mehrheit.

Noch vor der Neugründung der Gewerkschaften hatten die Arbeiter in den Revolutionstagen Betriebskomitees gebildet, die die Funktionen eines Betriebsrats mit denen einer Basisorganisation der neuen Macht in den Betrieben vereinten. Wo sich die Kapitalisten abgesetzt hatten, fiel den Komitees naturwüchsig die Aufrechterhaltung und Leitung der Produktion zu. In den folgenden Monaten entwickelten sich daraus die Keimformen der "Arbeiterkontrolle", d.h. die Beaufsichtigung der Betriebsleitungen, die Unterbindung von Schieberereien und Sabotage, aber auch die Kontrolle über Einstellungen und Entlassungen. Die Bolschewiki erlangten in den Betriebskomitees bald eine starke Mehrheit.

Die Gewerkschaften versuchten früh, aber zunächst erfolglos, die Betriebskomitees in ihre betrieblichen Unterorganisationen zu verwandeln. Die Komitees dagegen bildeten mit der Begründung, die Gewerkschaften könnten "Aufgaben hinsichtlich der Regulierung des ökonomischen Lebens der Fabrik ... nicht leisten" (1), eigene örtliche Zentralräte. Diese Position wurde auf der 1. Gesamtrussischen Konferenz der Betriebskomitees unmittelbar vor der Oktoberrevolution revidiert. Nunmehr sollten die nationalen und regionalen Organe der Arbeiterkontrolle um Vertreter der Gewerkschaften ergänzt werden. Dahinter steckte die Erfahrung, daß z.B. die Finanzoperationen der Kapitalisten von der Warte des einzelnen Betriebs nicht zu überwachen waren, während die stärker zentrali-

sierten Gewerkschaften besser eine ganze Branche überschauen konnten und – wohl als einzige Arbeiterorganisation – über dazu qualifizierte Kader verfügten.

Lenin ging nach dem Sieg der Oktoberrevolution dieses Zugeständnis der Betriebskomitees an die Zentralisierung aber nicht weit genug. In seinem Entwurf für ein Dekret über die Arbeiterkontrolle wollte er die Betriebskomitees auf rein betriebliche Kontrollfunktionen beschränken. Die Gewerkschaften sollten das Recht erhal-



Putilow-Werke: Eine Bastion der bolschewistischen Partei

ten, Beschlüsse der Betriebskomitees aufzuheben. Das schließlich am 14. November 1917 erlassene Dekret über die Arbeiterkontrolle stellte einen Kompromiß zwischen den beiden Positionen dar. Darin war parallel zu den Sowjetorganen ein System wirtschaftlicher Räte von den Betriebskomitees über örtliche Räte bis hin zu einem Allrussischen Rat der Arbeiterkontrolle vorgesehen. In letzterem sollten aber Gewerkschaftsvertreter die Mehrheit erhalten.

Faktisch gingen die überbetrieblichen Kontrollorgane schon bald in den – staatlichen – Volkswirtschaftsräten auf. Durch Dekret vom 2. Dezember 1917 wurde beim Rat der Volkskommissare ein Oberster Volkswirtschaftsrat (OVR) gebildet. Der OVR war für die "Organisation der Volkswirtschaft und der staatlichen Finanzen" und für die Koordination aller zentralen und lokalen Wirtschaftsorgane zuständig und sollte einen "Plan zur Regulierung des ökonomischen Lebens des Landes" ausarbeiten (wozu es aber erst 1929 erstmals kam). Von den 68 Mitgliedern des OVR wurden 30 von den Gewerkschaften, 20 von den bezirklichen Volkswirtschaftsräten (die wiederum von den

Gewerkschaften beherrscht wurden) und 10 durch das Zentrale Exekutivkomitee der Sowjets benannt (die übrigen acht Mitglieder waren Vertreter einzelner Volkskommissariate).

Bemerkenswerterweise scheint damals niemand die Position vertreten zu haben, die Wirtschaftsverwaltung und -kontrolle könne oder solle unmittelbar von den allgemeinen Sowjetorganen wahrgenommen werden. Im Programm der KPR (B) von 1919 heißt es: "Der Organisationsapparat der vergesellschafteten Industrie muß sich in erster Linie auf die Gewerkschaften stützen ... Die Gewerkschaften ... müssen dahin gelangen, daß sie die ganze Leitung der gesamten Volkswirtschaft als eines einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen tatsächlich in ihren Händen konzentrieren ... Die Teilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung und die Heranziehung der breiten Massen zu dieser Arbeit durch sie ist zugleich das Hauptmittel des Kampfes gegen die Bürokratisierung des Wirtschaftsapparats der Sowjetmacht und gibt die Möglichkeit, eine wirkliche Volkskontrolle über die Ergebnisse der Produktion zu schaffen." (2)

Die Bolschewiki formulierten also als Ziel die reale Vergesellschaftung der Produktion durch die in Gewerkschaften organisierte Klasse. Sie nannten andererseits als Bedingung, die vor der Realisierung dieses Ziels geschaffen werden müßte, die "Heranziehung" und "Erziehung" immer größerer Massen von Werktätigen zur praktischen Arbeit der Wirtschaftslenkung. Folgerichtig wurden die Gewerkschaften als "Schulen des Kommunismus" bezeichnet.

Im Winter 1917/18 fand eine Welle spontaner Konfiszierungen und Nationalisierungen durch die Betriebskomitees statt. Der Zusammenbruch der Produktion und des Handels und ein dramatischer Rückgang der Arbeitsproduktivität wurden dadurch vielleicht beschleunigt. Um die Produktion überhaupt aufrechtzuerhalten, wurde in großem Maß auf bürgerliche Spezialisten, oft sogar die ehemaligen Kapitalisten selbst, zurückgegriffen. Dieses Zugeständnis an die alte Arbeitsteilung hatte um so nachhaltigere Folgen, als es mit der Einführung der "Einzelleitung" der Betriebe verbunden war, die bis heute in der SU als eherner Grundsatz der "Politischen Ökonomie des Sozialismus" gilt.

Zugleich sahen die Bolschewiki und mit ihnen die Gewerkschaften keinen anderen Ausweg, als zur Hebung der Arbeitsproduktivität typisch kapitalistische Formen der Arbeitsorganisation und Entlohnung einzuführen: Akkordarbeit und Taylorsystem. Lenin gab zu, daß das Taylorsystem mit einer "Reihe wertvollster wissenschaftlicher Errungenschaften in der Analy-

se der mechanischen Bewegungen bei der Arbeit" die "raffinierte Bestialität der bürgerlichen Ausbeutung" (3) vereinige. Aber die Kritik der kapitalistischen Form des Arbeitsprozesses kam bei den Bolschewiki eher kurz weg. Damit wurde die Grundlage für ihre Übernahme auch in Zeiten gelegt, als die Ausnahmbedingungen des Bürgerkriegs längst überwunden waren. Die Leitung der Produktion durch die Arbeiter selbst – statt an ihrer Stelle durch die Partei – rückte in weite Ferne.

Das zeigte sich in der "Gewerkschaftsdebatte" im Winter 1920/21, als der Bürgerkrieg praktisch beendet war. Eine Gruppe im ZK um Trotzki wollte militärische Formen des Befehls und Zwangs auf die Organisation der Wirtschaft und die Gewerkschaften übertragen. Statt staatliche Funktionen in die Gesellschaft (in Gestalt der Gewerkschaften) zurückzunehmen, wollte Trotzki umgekehrt die Gewerkschaften faktisch "verstaatlichen", also aus Interessenvertretungen der Arbeiter in Staatsorgane verwandeln.

Diese Linie stieß auf scharfen Widerstand der bolschewistischen Gewerkschafter. Die extreme Gegenposition nahm in der Partei die "Arbeiteropposition" ein, die ihre Forderungen so zusammenfaßte: "Die Leitung der Volkswirtschaft zu organisieren, obliegt dem Gesamtrussischen Rat der Produzenten, die in gewerkschaftlichen Produktionsverbänden zusammenzuschließen sind. Diese wählen das zentrale Organ, das die gesamte Volkswirtschaft der Republik leitet." (4)

Lenin begründete seine Position, die vom X. Parteitag 1921 mit sehr großer Mehrheit gebilligt wurde, mit einer doppelten Erwägung: Einerseits seien die im Parteiprogramm genannten Erziehungsaufgaben noch zuwenig erfüllt, als daß die Leitung der Volkswirtschaft von der Avantgarde auf die Klasse selbst übergehen könne. Andererseits aber erforderten die "bürokratischen Auswüchse des Arbeiterstaats" selbständige Gewerkschaften: "Unser heutiger Staat ist derart beschaffen, daß das in seiner Gesamtheit organisierte Proletariat sich schützen muß, wir aber müssen diese Arbeiterorganisationen zum Schutz der Arbeiter gegenüber ihrem Staat und zum Schutz unsere Staates durch die Arbeiter ausnutzen." (5)

Quellenhinweis: (1) U. Brüggemann, Die russischen Gewerkschaften in Revolution und Bürgerkrieg 1917-1919, Frankfurt 1972, S. 56; (2) zitiert nach: Lenin Werke (LW), Bd. 32, S. 92f; (3) LW 27, S. 249; (4) zitiert nach: LW 32, S. 199; (5) LW 32, S. 7; außerdem: W. Süß, Der Betrieb in der UdSSR, FfM 1981

zu vernichten. Und nur insoweit die Räte tatsächlich Selbstverwaltungsorgane, auch auf ökonomischem Gebiet, sind, ist eine föderalistische Organisation der Gesellschaft durch Räte möglich." (16) Die chinesischen Kommunisten haben die zentrale Aufbauparole des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses "Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes" (17) trotz vergleichbarer struktureller Probleme nicht übernommen, stattdessen "etwas mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher" propagiert.

Tatsächlich ist nicht erkennbar, wie die Arbeiter, Bauern und Handwerker, die Produzenten, herrschen, sich selbst befreien können, wenn nicht die Planfestlegungen für Produktion, Konsumtion und Austausch regional erfolgen, wenn nicht über das gesellschaftliche Eigentum auf einer solchen überschaubaren Ebene verfügt werden kann.

Staatsapparat nur "leicht mit Sowjetöl gesalbt"

(18) Über Monate hinweg hatte die alte Beamenschaft den Staatsapparat nach der Oktoberrevolution bestreikt, um konterrevolutionäre Bemühungen zu fördern. Die für notwendig erachteten Staatsfunktionen wurden von Arbeitern bzw. Funktionären von Arbeiterorganisationen aufrechterhalten. Deshalb konnte Lenin im Sommer 1918 feststellen: "Der alte Verwaltungsapparat der Beamten ... ist nicht mehr." (19) Monate vorher wurde die Politik des Anwerbens bürgerlicher Spezialisten zu hohen Gehältern eingeleitet, die zur Leitung von Verwaltung und Produktion für notwendig erachtet wurden, u.a. weil durch die spontane Enteignungswelle der Sowjetmacht mehr Betriebe zugefallen waren als geplant. Mit der ersten Konsolidierung der Sowjetmacht kamen dann auch die alten Beamten – oft in neuer Verkleidung – auf ihre Plätze zurück. Die Aufstockung des Staatsapparates mit bürgerlichen Kräften (nur das Volkskommissariat für Auswärtiges wurde sofort und dauerhaft personell komplett umgekrempelt) beschleunigte sich wegen des beginnenden Krieges gegen die Weißen und Imperialisten durch Abzug vieler Revolutionäre an die Fronten seit Mitte 1918. An der Spitze des Obersten Volkswirtschaftsrates z.B. wimmelte es bald von lauter ehemaligen Leitern und Eigentümern. (20)

Bereits auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) (die SDAPR benannte sich auf ihrem a.o. VII. Parteitag im März 1918 um in KPR) im März 1919 mußte Lenin feststellen: "Schon seit geraumer Zeit werden Klagen über Bürokratismus laut, zweifellos begründete Klagen." (21) Vorhaben, dem Bürokratismus den Garaus zu machen und den Staatsapparat abzuspecken, verpufften. "Im

August 1918 haben wir eine Zählung unseres Apparates in Moskau vorgenommen. Wir erhielten eine Zahl von 231000 Staats- und Sowjetangestellten in Moskau ... Unlängst, im Oktober 1922, haben wir diese Zählung erneut vorgenommen, in der Überzeugung, daß wir unseren aufgeblasenen Apparat eingeschränkt hätten ... Er kam auf rund 243000 Personen. Da haben Sie das Fazit aller Einschränkungen." (22)

"Man nehme doch Moskau – die 4700 verantwortlichen Kommunisten – und dazu dieses bürokratische Ungeheuer, diesen Haufen, wer leitet da und wer wird geleitet? ... Um die Wahrheit zu sagen, nicht sie leiten, sondern sie werden geleitet." (23) In seinen letzten Aufzeichnungen bezeichnete Lenin den Staatsapparat als "bürgerlich-zaristisches Gemisch". (18)

Die Verbürokratisierung des Staatsapparates mußte sofort auf die Partei zurückschlagen. 1921 waren nur noch 21% der Parteimitglieder in der materiellen Produktion tätig, die anderen in den verschiedenen Apparaten. Nur noch 11% gehörten der Partei bereits vor der Oktoberrevolution an. (24) So sehr stand die Situation auf der Kippe, daß Victor Serge, immerhin Anarchist, auf diesen verzweiferten Ratsschlag verfiel: "In der Partei konnte das einzige Heilmittel gegen dieses Übel nur die unausgesprochene Diktatur der Alten, der Redlichen, in einem Wort: der alten Garde sein." (25)

Ursachen des Bürokratismus

Lenin bezeichnete zwei Faktoren – neben den Maßnahmen, die der Bürgerkrieg erzwang – als grundlegend für den Bürokratismus. Erstens: "Je zersplitterter die Bauernschaft ist, desto unvermeidlicher ist der Bürokratismus im Zentrum." (26) Er kam zu dieser Einschätzung, weil er eine vorangegangene politisch-ökonomische Entscheidung als gegeben annahm – die Zentralisierung. Das Wuchern eines bürokratischen Staatsapparates jedoch ist eben dann nicht zu verhindern, wenn angestrebt wird, von Moskau aus den Deckel auf dem gesamtrussischen Topf der Kleinproduktion zu halten.

Zweitens: "Gegen den Bürokratismus werden wir noch lange Zeit zu kämpfen haben, ... denn um den Bürokratismus niederzuringen, ... braucht man allgemeine Bildung, allgemeine Kultur, allgemeine Teilnahme an der Arbeiter- und Bauerninspektion." (27) Für Lenin war das geringe Bildungsniveau der Arbeiter und Bauern – in den Städten konnten von 1000 Einwohnern 658 (Frauen 533) lesen und schreiben, auf dem Land 383 (192) – (28) ein objektiver Grund (Analphabetismus zeigt, daß wir "so etwas wie Halbwilde sind" (29)) für deren Nichtbeteiligung an der Verwaltung und somit auch für die Bestallung bürgerlicher Spezialisten.

sten. "Dieses niedrige Kulturniveau bewirkt, daß die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung durch die Werktätigen sein sollen, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung für die Werktätigen sind, einer Verwaltung durch die fortgeschrittene Schicht des Proletariats, nicht aber durch die werktätigen Massen selbst." (30)

Lenin war zutiefst davon überzeugt, daß die Reife der russischen Arbeiterklasse (und eingeschränkt auch der Bauern) hinreichte zur Erringung der politischen Macht und zur heroischen Niederschlagung der Konterrevolution, jedoch nicht ausreichte zu verwalten, den Sozialismus aufzubauen. Angriffe auf diese Position innerhalb der Partei wies Lenin so zurück: "Wenn man sagt, wir hätten Mißtrauen gegen die Arbeiterklasse, wir ließen die Arbeiter zu den leitenden Organen nicht zu, so ist das eine ausgemachte Unwahrheit ... wir leiden

Diktatur des Proletariats läßt sich nicht verwirklichen durch eine Organisation, die das Proletariat in seiner Gesamtheit erfaßt. Denn nicht nur bei uns, in einem der rückständigsten kapitalistischen Länder, sondern auch in allen anderen kapitalistischen Ländern ist das Proletariat immer noch so zersplittert, so zu Boden gedrückt, hier und da so korruptiert (nämlich durch den Imperialismus in den einzelnen Ländern), daß eine Organisation, die das Proletariat in seiner Gesamtheit erfaßt, dessen Diktatur unmittelbar nicht zu verwirklichen vermag. Die Diktatur kann nur durch die Avantgarde verwirklicht werden, die die revolutionäre Energie der Klasse in sich aufgenommen hat." (31) Was diese Aussage erst recht für die Stellung der Bauern im Sowjetsystem bedeutete, bedarf hier keiner weiteren Ausführungen.

Lenin setzte auf einen großangelegten Erziehungsprozeß, in dem Arbei-

sich in kurzer Zeit nichts machen. Hier müssen wir mehrere Jahre arbeiten, um den Apparat zu ändern, zu vervollkommen und neue Kräfte heranzuziehen. Wir machen das in ziemlich schnellem Tempo, vielleicht in zu schnellem Tempo. Es sind Sowjetschulen, Arbeiterfakultäten gegründet worden, mehrere hunderttausend junger Leute lernen, lernen vielleicht zu schnell, aber jedenfalls ist die Arbeit begonnen ... Wenn wir nicht zu hastig arbeiten, dann werden wir in einigen Jahren eine Masse von jungen Menschen bekommen, die imstande sein werden, den Apparat von Grund aus zu verändern." (32)

Diese Vorstellungen von Erziehung rührten faktisch nicht an der hergekommenen gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Statt kulturrevolutionärer Maßnahmen schlug Lenin dann auch weiter vor, die Arbeiter- und Bauerninspektion – einst geschaffen zwecks Kontrolle der bürgerlichen Spezialisten auf allen Ebenen, um gleichzeitig die Arbeiter und Bauern an die Staats- und Wirtschaftsverwaltung heranzuführen; sie war stets völlig einflußlos – durch eine gleichnamige zentrale Musterbehörde zur Bekämpfung der Bürokratie zu ersetzen. Wenige hundert gutbezahlte, aufrechte Kommunisten sollte sie haben und weitreichende Kompetenzen. Sie wurde geschaffen, konnte aber nie wirksam tätig werden.

Quellenhinweise: (1) Lenin Werke Bd. 24, S. 5 = LW 24/5; (2) –; (3) LW 25/175-6; (4) Charles Bettelheim, Die Klassenkämpfe in der UdSSR 1917-1923, Bd. 1, Berlin (W) 1975, S. 93; (5) LW 25/315; (6) LW 25/314; (7) G. Meyer, Studien zur ökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921 bis 1923 – Die Beziehungen zwischen Stadt und Land zu Beginn der Neuen Ökonomischen Politik, Köln 1974, S. 15; (8) Meyer, a.a.O., S. 14; (9) LW 29/444; (10) LW 30/517; (11) LW 31/520; (12) LW 27/77 und LW 27/352; (13) LW 25/442; (14) Marx-Engels-Werke Bd. 17/341 und LW 25/444; (15) LW 27/196; (16) A. Müller-Lehning, Anarchismus und Marxismus in der russischen Revolution, Berlin (W), Erstveröffentlichung 1929/30, S. 102; (17) LW 31/513; (18) LW 36/591; (19) LW 27/516; (20) nach: Arbeiterkampf 120 v. 9.1.1978, S. 60; (21) LW 29/167; (22) LW 33/380; (23) LW 33/275; (24) nach: D. Schneider, Von der Oktoberrevolution zur Neuen Ökonomischen Politik – Lenins Strategie für die Übergangsgesellschaft 1917-1923, Kommunistische Hefte 10, Dez. 1984, Theoretisches Organ der KPD, S. 116/7; (25) Victor Serge, Erinnerungen eines Revolutionärs 1901 – 1941, Hamburg 1974, S. 138; (26) LW 32/206; (27) LW 32/54; (28) Meyer, a.a.O., S. 294; (29) LW 33/55; (30) LW 29/196-9; (31) LW 32/3; (32) LW 33/415; (33) Meyer, a.a.O., S. 25 – (wal, gea, han, hep, kai, uga, ulg, wer)



Rotgardisten in Petrograd, Oktober 1917. – Wieder und wieder entsandte das Petrograder Proletariat Zehntausende aus seiner Mitte an die Bürgerkriegsfronten, um den Sieg der Revolution dauerhaft zu sichern. Die Partei der Bolschewiki verlor so viele ihrer aktiven, frühen Parteigänger. – Der Zusammenbruch der Produktion und die Hungersnot entvölkerte die Städte. Bis 1920 büßte Petrograd 62%, Moskau 49% seiner Bevölkerung ein. Der Kern des Industrieproletariats, Hauptstütze der Partei, zerfiel. Die Zahl der Arbeiter verringerte sich von 1917 2,6 auf 1,2 Millionen in 1920. (33)

schwer unter dem Mangel an Kräften, nach der geringsten Hilfe eines einigermaßen tüchtigen Menschen – und erst recht aus den Reihen der Arbeiter – greifen wir mit beiden Händen. Aber wir haben solche Kräfte nicht." (26)

Partei = Klasse

Die wegen des sog. niedrigen Kulturniveaus der Massen behauptete Notwendigkeit der Parteiherrschaft hat von Lenin bereits im Dezember 1920 eine theoretische Untermauerung erfahren, die Geltung über Rußland hinaus beanspruchte und noch heute z.B. als Begründung für die Institutionalisierung siegreicher KPen als Staatsparteien herhalten muß: "Aber die

ter und Bauern zur Staatsverwaltung ausgebildet und an sie herangeführt werden sollten. So hoffte er, im Staatsapparat über die Jahre hinweg die bürgerlichen Spezialisten durch gebildete Arbeiter etc. ersetzen zu können. Erziehung jedoch verstand Lenin ziemlich wörtlich, dazu quasi akademisch, und nicht vor allem im Sinne von Unterstützung der Massen in ihrem Prozeß der Selbstbefreiung: "Oben haben wir ... Maximum einige zehntausend der Unsrigen, unten dagegen haben wir Hunderttausende alter, vom Zaren, aber auch von der bürgerlichen Gesellschaft übernommener Beamter, die teils bewußt, teils unbewußt gegen uns arbeiten. Hier läßt

Die Bündnispolitik der Bolschewiki gegenüber den Bauern

Eine entscheidende Frage der Revolution war in Rußland als einem im wesentlichen Agrarland (1913 macht nach Schätzungen das Proletariat 14% der russischen Bevölkerung aus, die Bauernschaft 67%) die Herstellung des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauern.

Auf dem Land, wo hauptsächlich noch feudale Strukturen bestanden, stellte sich für die Bolschewiki als erstes die Aufgabe, die Bauern bei der Zerschlagung dieser Strukturen zu unterstützen, den Großgrundbesitz abzuschaffen, also die bürgerlich-demokratische Revolution auf dem Land durchzuführen. Die russische Revolution mußte also zwei Etappen durchlaufen und entsprechend der jeweiligen Hauptwidersprüche verschiedene Bündnislinien entwickeln: "Zuerst zusammen mit der 'gesamten' Bauernschaft gegen die Monarchie, gegen die Gutsbesitzer, gegen das Mittelalter (und insofern bleibt die Revolution eine bürgerliche, bürgerlich-demokratische Revolution). Dann zusammen mit allen Ausgebeuteten gegen den Kapitalismus, einschließlich der Dorfreichen, der Kulaken, der Spekulanten, und insofern wird die Revolution zu einer sozialistischen Revolution." (LW 28, S. 300)

Mit Sicherheit war dies Bündnis während der ersten Etappe der Revolution erfolgreich. Die Bolschewiki unterstützten bedingungslos den Kampf der Bauern gegen den Feudalismus, für die Enteignung der Großgrundbesitzer. Eine der ersten Maßnahmen nach der Revolution war das Dekret über Grund und Boden, in dem der gesamte Boden zum Staatseigentum erklärt wurde. Die Verteilung des Bodens wurde in die Hände der örtlichen Bauernkomitees gelegt. Das Dekret sah weiter den Aufbau von Musterwirtschaften vor. Aufgrund dieser Politik unterstützten die Bauern die bolschewistische Regierung. Ohne diese Unterstützung wäre der Kampf gegen die ausländische Intervention und der Bürgerkrieg nicht zu gewinnen gewesen.

Im Sommer 1918 betrachteten die Bolschewiki die demokratische Revolution auf dem Land als im wesentlichen abgeschlossen und sahen die Möglichkeit und Notwendigkeit, die Klassendifferenzierung und den Klassenkampf auf dem Dorf weiterzuentwickeln und zur sozialistischen Agrarrevolution überzugehen. Die Zielsetzung war, politisch gestützt auf die armen Bauern und das Landproletariat landwirtschaftliche Genossenschaften auf freiwilliger

Grundlage aufzubauen und den Austausch zwischen Stadt und Land genossenschaftlich und teilweise direkt zu organisieren.

Der Versuch, eine Kollektivierungsbewegung zu entfalten, wurde jedoch durch zwei Faktoren verhindert:

Zum einen durch die geringe Verankerung der Bolschewiki auf dem Land. Die Klassendifferenzierung auf dem Dorf war noch nicht weitentwickelt. Die demokratische Agrarrevolution hatte mit der Landaufteilung die Zahl der armen Bauern verringert und zu einer gewissen Nivellierung geführt. Die Mehrzahl der werktätigen Bauern war noch nicht bereit, Schritte in Richtung einer Kollektivierung zu gehen und den Bolschewiki fehlten die Kräfte, um vorbildliche Genossenschaften aufzubauen.

Zum anderen führten der Bürgerkrieg und die ausländische Intervention dazu, daß die Industrie nicht wie geplant Maschinen bereitstellen konnte und sich der "Austausch" zwischen Stadt und Land zunehmend zu einer entschädigungslosen Aneignung der landwirtschaftlichen Produkte zur Versorgung der Front und der Städte entwickelte.

Um das Bündnis mit den Bauern nicht zu gefährden, zog die bolschewistische Partei Anfang 1919 aus dieser Lage die Konsequenz, den Versuch, Komitees der Dorfarmut zusätzlich zu den Bauernsowjets, die von den reichen und Mittelbauern beherrscht wurden, im ganzen Land aufzubauen, aufzugeben und suchte verstärkt das Bündnis mit den Mittelbauern. Die Resolution des VIII. Partei-

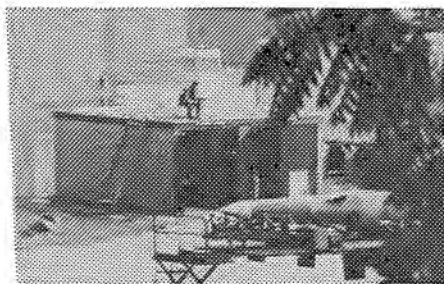
tags verurteilte Übergriffe auf Mittelbauern bei Beschlagnahmeaktionen, sprach sich für eine maßvolle Besteuerung aus und für eine großzügige Hilfe mit Erzeugnissen der Industrie. Genossenschaften und landwirtschaftliche Kommunen auf freiwilliger Grundlage sollten gefördert werden. Die Verschärfung des Bürgerkriegs verhinderte die Umsetzung dieser Politik. Stattdessen mußten die Beschlagnahmeaktionen zunehmen.

Mit dem Sieg über die weißen Armeen und die Interventionstruppen Ende 1920, die gleichermaßen Feinde der Ziele der Bauern waren, entfiel für die Bauern auch die Notwendigkeit des politischen Bündnisses mit der proletarischen Staatsmacht. Die bolschewistische Partei machte den Fehler, nicht mit Beendigung des Krieges auch die Beschlagnahmungen einzustellen, da sich innerhalb der bolschewistischen Partei die Position durchgesetzt hatte, der direkte Zugriff auf die landwirtschaftlichen Produkte sei bereits eine kommunistische Maßnahme ("Kriegskommunismus"). Erst Bauernaufstände führten zu einer Änderung der Politik, die anknüpfte an die Politik vor dem Bürgerkrieg. Ziel der "Neuen Ökonomischen Politik" in Bezug auf die Bauern war die Schaffung von Voraussetzungen für ein ökonomisches Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern. Die Zwangsabgaben wurden durch eine Naturalsteuer ersetzt verbunden mit freiem Handel im örtlichen Wirtschaftsverkehr. Die Naturalsteuer war gedacht als eine Übergangsform zu einem geordneten sozialistischen Produktaustausch zwischen Stadt und Land. Da die sozialistische Großindustrie nicht mit einem Schlag wiederhergestellt werden konnte, sollte damit zunächst die Kleinindustrie gefördert werden, um der Landwirtschaft sofort gewisse Hilfe leisten zu können. Parallel dazu sollten die Genossenschaften propagiert und gefördert werden.

Bestand zunächst in Rußland das erfolgreiche Bündnis von Arbeitern und Bauern als ein im wesentlichen politisches Bündnis gegen Kapitalismus und Feudalismus, so stellte sich die Bündnisfrage nach dem Sieg über die Konterrevolution verschärft als Notwendigkeit der Herstellung eines ökonomischen Bündnisses, d.h. welche ökonomischen Vorteile und insgesamt welche Verbesserungen ihrer Lebenslage konnte die proletarische Staatsmacht den Bauern bieten. Auf dieser Grundlage sollte sich dann erneut das politische Bündnis festigen.



Plakat der russischen Revolution, erschienen 1920. Text: Kosak mit wem hältst Du es? Mit uns oder mit jenen?



Nach Reykjavik

Die bürgerliche Presse gibt sich nach dem Scheitern der Verhandlungen in Reykjavik zwischen US-Präsident Reagan und Gorbatschow überrascht. Tatsächlich war das Scheitern sowohl von seiten der USA wie auch von seiten der Bundesregierung bewußt betrieben worden. Die USA hatten mit dem Hochspielen des "Fall Daniloff"

Vorwände für eine ungehinderte Fortsetzung ihres Rüstungskurses gesucht, die Bundesregierung noch kurz vor Reykjavik Forderungen aufgestellt, um einen Stopp der Stationierung oder gar einen Abbau der Mittelstreckenraketen zu verhindern. Die Sowjetunion versucht nun, zwischen den westeuropäischen und den US-Imperialisten zu spalten. Wie reagiert die NATO auf Reykjavik?

USA: Reagan's Steuerreform-Coup gelungen

Der amerikanische Kongreß hat kürzlich die wohl weitestgehende Steuerentlastung für die Kapitalisten seit langem endgültig verabschiedet. Das von Reagan initiierte Gesetzespaket enthält u.a. eine Senkung der Spitzensteuersätze auf Einkommen auf fast die Hälfte und eine dementsprechende Senkung der Körperschaftsteuer für Unternehmen. Westdeutsche Kapitalisten äußern unverhohlenen Neid und kündigen schon an, nach der Bundestagswahl alsbald eine vergleichbare Reform in der BRD erzwingen zu wollen. Wie sieht die US-Reform im einzelnen aus? Welche Entlastung bedeutet sie für die Kapitalisten? Und welche Steuererhöhungen kommen auf die Lohnabhängigen zu?



Verhältnisse im Tagheim

"Ich würde mein Kind nie in ein Tagheim geben." Diese Meinung zur kollektiven Erziehung wird nachhaltig gefördert von den konservativen Familienpolitikern, die für die z.T. schlechten Bedingungen in den Tagheimen verantwortlich sind, die diese Auffassung verstärken. Eltern und Erzieher aus Stuttgarter Kindertageheimen haben in den letzten Jahren mit Protestaktionen auf die Auswirkungen der schlechten Personalsituation hingewiesen. Derzeit findet eine Diskussion über Mindeststandards statt, die den Bedürfnissen von Eltern und Kindern gerecht werden. Dabei soll auch deutlich werden, was in den Tagheimen gearbeitet wird, um die Forderungen nach ausreichendem Personal zu unterstützen.

men haben in den letzten Jahren mit Protestaktionen auf die Auswirkungen der schlechten Personalsituation hingewiesen. Derzeit findet eine Diskussion über Mindeststandards statt, die den Bedürfnissen von Eltern und Kindern gerecht werden. Dabei soll auch deutlich werden, was in den Tagheimen gearbeitet wird, um die Forderungen nach ausreichendem Personal zu unterstützen.

Freilassung der Sechs von Sharpeville!

Über 80 Menschen hat das südafrikanische Rassistenregime allein in diesem Jahr hingerichtet. Unter den vielen Azaniern, denen die Hinrichtung droht, sind sechs Menschen aus Sharpeville, einem schwarzen Township, denen ihre Beteiligung an den Kämpfen gegen die sog. neue Verfassung vorgeworfen wird. Die Bundesregierung deckt mit ihrer Unterstützung für das Regime dessen brutalen Terror gegen die azanische Bevölkerung. Unterstützen wir den Kampf um die Freilassung der Sechs von Sharpeville und aller anderen namenlosen zum Tode Verurteilten! Verstärken wir unsere Anstrengungen für umfassende Sanktionen gegen ein unmenschliches Regime!



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit fünf verschiedenen Heften. Preis pro Heft:

- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Großen Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Viertel-jährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.